

Die Politische Meinung



ÖFFENTLICH

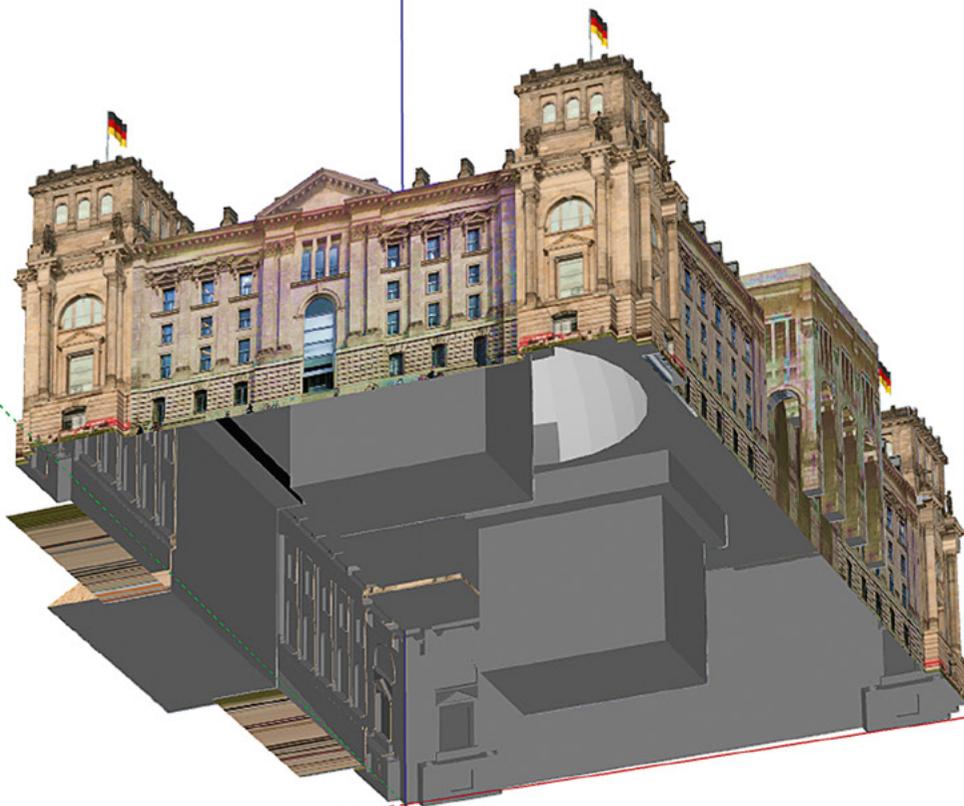
Bewegen im gemeinsamen Raum

ZUM SCHWERPUNKT Christian Bermes, Jenseits des Eigenen. Über die Idee der Öffentlichkeit; Armin Nassehi, Ein soziologischer Erklärungsversuch über Protest; Ralf Konersmann, Man spricht selbst; Barbara Pfetsch, Brauchen wir noch Meinungseliten?; Katrin Becker, Digitalisierung und soziale Distanz

SPRECHEN FÜR ANDERE Matthias Kopp, Markenkern Evangelium

ERINNERT Christoph Heusgen, 1920 und 2020. Über die Vereinten Nationen und den Völkerbund

DIALOG Die Psychologin Lilo Fuchs im Gespräch mit Axel Reitel



Editorial

Bernd Löhmann, Chefredakteur

DEM DEUTSCHEN VOLKE: Allein die Giebelinschrift blieb 1945 relativ unbeschädigt. Diffamiert und gleichgeschaltet, in Brand gesteckt und zerschossen – der Reichstag ist ein ebenso historisch wie materiell geschundener Bau. Erst die gläserne Kuppel nahm ihm die Schwere, auch die der allzu lastenden Vergangenheit. Doch vorerst ist es mit der Leichtigkeit wieder vorbei: Demonstranten, unter anderem mit schwarz-weiß-roten Fahnen, hatten sich auf den Reichstagsstufen aufgebaut. War es der einen Verwundung zu viel?

Selbstverständlich waren die Reaktionen alarmiert, wütend, verurteilend. Doch mit Abstand muss man fragen, ob die empörende Tat nicht genau auf diese Empörung setzt. Vom phantastisch übersteigerten Bild des fast überrannten Bollwerks eines angeschlagenen politischen Systems drohen extremistische Gruppierungen zu zehren.

Auch jenseits dessen ist ein Unmaß an Misstrauen und Aggression unterwegs. Wie zuvor in den sozialen Netzwerken tritt es nun bei diffusen Corona-Demonstrationen zutage. Wer soll solche aus dem Ruder laufenden Debatten noch einfangen? Beobachter sehen eine Ära der „Nichtrepräsentation“ voraus. Mit ihr würde die Stabilisierung der politischen Diskurse durch dazu berufene oder beauftragte Instanzen entfallen.

Eine Tendenz zu einer aktivistisch verstandenen Partizipation stellt diese längst infrage: Bewegungen wie *Fridays for Future* oder *Black Lives Matter* entfalten eine spontane Dynamik, die traditionelle Repräsentanten der Öffentlichkeit überfordert. Meist fällt ihnen wenig anderes ein, als auf diesen Wellen mitzureiten. Doch tun sich dadurch neue Spaltungen auf – etwa im Verhältnis zu „konventionellen“ Landwirten oder zu Polizisten, die sich nicht als „Müll“ beschimpfen lassen wollen.

Die verallgemeinerte Partizipation schwächt die Autorität repräsentativer Instanzen und ihrer Vertreter. Aus der Defensive arbeiten sie hektisch an ihrer medialen Wirksamkeit – die ureigenen Stärken übersehend, denn ihre Lenkungsmacht erwächst gerade nicht allein aus dem Versenden von Botschaften. Ähnlich den *Pressure Groups* versucht man, Positionen zu „setzen“ und zu „besetzen“; es käme jedoch weit mehr darauf an, darzustellen, wie man im breiten Austausch vermittelnde Positionen „gewinnt“.

Die Vorstellung einer einträchtigen Öffentlichkeit ist mehr denn je illusionär. Doch das Ideal einer „allgemeinen Willensbildung“, die Konflikte nicht übergeht und trotzdem integrierend wirkt, muss man deswegen nicht aufgeben, sondern im Gegenteil bestärken. Nicht zuletzt das ist es, was einen Parlamentsbau gerade mit all seinen Verwundungen so kostbar macht: DEM DEUTSCHEN VOLKE.

Bernd Löhmann

INHALT

1 EDITORIAL

SCHWERPUNKT

Öffentlich – Bewegen im gemeinsamen Raum

14 JENSEITS DES EIGENEN

Christian Bermes

Über die Idee der Öffentlichkeit

22 DEMOKRATIE- GENERATOREN?

Armin Nassehi

Ein soziologischer Erklärungsversuch
über Protest

28 MAN SPRICHT SELBST

Ralf Konersmann

Eine intakte Öffentlichkeit braucht
den Mut zum Gespräch

36 UNGETEILTE GEMEINSAMKEIT

Andreas Dörpinghaus

Das Politische in Zeiten der Post-Bildung

42 DIE TRANSPARENZFALLE

Emmanuel Alloa

Die Krise der Repräsentation und der
Verlust transformativer Öffentlichkeiten

48 „DAMIT MAL WAS LOS IST“

Juliane Stückrad

Ethnographische Erkundungen
über öffentliche Orte in Dörfern
Ostdeutschlands

58 MEINUNGSDEMOKRATISCH

Barbara Pfetsch

Brauchen wir noch Meinungs-eliten?

64 MUSTER DER MEINUNGSBILDUNG

Thomas Petersen

Öffentliche Meinung und die Ethik
des Journalismus

69 DIGITALISIERUNG UND SOZIALE DISTANZ

Katrin Becker

Körperliche Präsenz als Kern
demokratischer Repräsentation

74 NEUE BRÜCKENSCHLÄGE?

Tobias Montag

Plädoyer für einen ehrlicheren Umgang
mit Bürgerbeteiligung

83 BÜHNE DER DEMOKRATIE

Klaus Borchard

Zur Bedeutung des öffentlichen Raums

86 KOMMUNIKATION STÄRKEN

Georg Schütte

Über das Verhältnis von Wissenschaft,
Politik und Medien

91 GESTALTUNGSBEDÜRFTIG?

Ulrich Sarcinelli

Öffentlichkeit und Politikvermittlung

Sprechen für andere

33 BLOG, TWITTER ODER BIERZELT?

Yvonne Magwas

Bundestagsmandat und Öffentlichkeit

53 MARKENKERN EVANGELIUM

Matthias Kopp

Kirche zwischen analoger und digitaler
Wirklichkeit

80 RINGEN UM GEMEINSAMKEIT

Elke Hannack

Gewerkschaften im polarisierten
öffentlichen Raum

Erinnert

98 1920 UND 2020

Christoph Heusgen

Teilen die Vereinten Nationen das
Schicksal des vor 100 Jahren gegründeten
Völkerbundes?

115 ARMEE DER EINHEIT

Sönke Neitzel

Jörg Schönbohm und die Auflösung
der Nationalen Volksarmee der DDR

Gelesen

103 AMERIKA IN NÖTEN?

Michael Zöller

Zwei aktuelle Publikationen antworten
mit „Ja, aber ...“

Dialog

108 „DU BIST BEI DIR GEBLIEBEN“

Die Psychologin Lilo Fuchs im
Gespräch mit Axel Reitel

Literatur und Literaten

119 KARUSSELL DER PREISE

Michael Braun

Literatur als Wettbewerb und der
Wettstreit in der Literatur

126 AUS DER STIFTUNG



Chaotisch geordnetes Spielfeld

Die Bildserie „Crowded Fields“ des amerikanischen Fotografen Pelle Cass

Bis zu 1.000 Einzelfotografien pro Stunde nimmt Pelle Cass von Spielfeldrändern auf und kompiliert sie in wochenlanger Detailarbeit am Computer zu einem einzigen „Zeitrafferbild“. Den gemeinsamen Raum „überfüllt“ er so mit einer verwirrenden Unzahl von Bewegungen und Aktivitäten, die sich mitunter blockieren und überdecken. Im Durcheinander dieser Bilder gibt es keine zentralen Figuren, sondern viele Akteure, die sich ziemlich abzumühen scheinen, um ihren Raum zu behaupten.

Nur wer genau hinsieht, erkennt eine Choreographie, in der sich die Anarchie dann doch noch zu einer Art Ordnung fügt.

Seine Arbeit übertreibe das Chaos und ordne die Welt, sagt Pelle Cass. Macht er so möglicherweise sichtbar, was die heutige Welt, mindestens aber das, was wir Öffentlichkeit nennen, zunehmend ausmacht?

© Pelle Cass

Öffentlich

Bewegen im gemeinsamen Raum





ROBERT M. BEREN TENNIS CENTER

HARVARD	HARVARD	VISITORS
COURT 6	COURT 6	COURT 6
HARVARD	HARVARD	HARVARD
VISITORS	VISITORS	VISITORS

TENACITY
A Division of the Harvard Tennis Club

Wilson

H





Jenseits des Eigenen

Über die Idee der Öffentlichkeit

CHRISTIAN BERMES

Geboren 1968 in Trier, Professor für Philosophie und Leiter des Instituts für Philosophie, Universität Koblenz-Landau (Campus Landau).

Die Entdeckung der Öffentlichkeit ist älter als die Erfindung des deutschen Wortes „Öffentlichkeit“ vor etwas mehr als 200 Jahren gegen Ende des 18. Jahrhunderts. Überall dort wird man von Öffentlichkeit sprechen, wo Menschen an die Grenzen direkter Beziehungen untereinander

stoßen und es notwendig wird, nicht allein dem Eigenen zu trauen, sondern auch mit nicht bekannten Anderen eine Umgangs- und Verkehrsform zu finden. Öffentlichkeit, so die nach wie vor aktuelle These Helmuth Plessners aus dem Jahr 1924 in den *Grenzen der Gemeinschaft*, „beginnt da, wo Liebe und blutsmäßige Verbundenheit aufhören“, sie ist „der Inbegriff von Möglichkeitsbeziehungen zwischen einer unbestimmten Zahl und Art von Personen als ewig unausschreitbarer, offener Horizont, der eine Gemeinschaft umgibt“

(Plessner 1981, S. 55). Öffentlichkeit stellt sich ein, ist notwendig und kann sowohl gelingen als auch misslingen, wenn unvermittelte Selbstverständlichkeiten an ihre sozialen Grenzen stoßen. Sie erlaubt die Ausbildung einer neuen, jedoch dem Menschen alles andere als fremdartigen Erfahrung: Auch Provisorien, Verbindlichkeiten mit prekärem Status, sind tragfähig. Die Erfahrung des Provisorischen, das vorläufig sein mag, jedoch durchaus Belastungen standhält, ist für den Zusammenhalt einer Gesellschaft nicht nur unersetzlich, sie dürfte auch wichtiger sein als so manches Heilsversprechen.

Man wird nicht bestreiten, dass das Bild der Öffentlichkeit in der Antike ein anderes war als dasjenige des 18. Jahrhunderts. Ebenso liegt es auf der Hand, dass mit den Änderungen der Handlungs- beziehungsweise Kommunikationsformen und der Entwicklung neuer Kommunikationsmedien ebenfalls Revisionen in der Handhabung und Ausgestaltung von Öffentlichkeit einhergehen. Der Marktplatz der Antike ist etwas anderes als der Salon des 19. Jahrhunderts. Und die *res publica litteraria* unterscheidet sich markant von dem digitalen Jahrmarkt der Gegenwart.

Hannah Arendt beschreibt den Wandel in *Vita activa (The Human Condition)* aus dem Jahr 1958 im Rückgang auf die Antike und mit Bezug auf Handlungsformationen sowie die Differenz zwischen Privatem und Öffentlichem (Arendt 1994). Jürgen Habermas skizziert den *Strukturwandel der Öffentlichkeit* wenige Jahre später mit Blick auf die Verschiebungen in der Sozial- und Medieninfrastruktur, um unter anderem auf die Gefahr einer „Refeudalisierung“ der Öffentlichkeit aufmerksam zu machen (Habermas 1990, S. 337).

KEIN GESELLSCHAFTLICHES SURPLUS

Obwohl verführerisch, aber doch unverständlich ist die These, dass erst die Aufklärung die Idee der Öffentlichkeit gestiftet habe und die vorangegangenen Epochen ohne Öffentlichkeit ausgekommen seien. Eine solche Vermutung engt das Konzept der Öffentlichkeit ein und lässt nicht alle Facetten erkennen (Gerhardt 2012). *Denn die Idee der Öffentlichkeit ist eine Sache des Menschen*. Menschen stehen nicht einfach kurzfristig in der Öffentlichkeit, wie man gelegentlich auf einer Bühne steht, um dann wieder abzutreten. Als Menschen verstehen sie sich vielmehr in einem Horizont, der ihre individuellen und nächsten Begierden, Wünsche und Hoffnungen übersteigt. Und Öffentlichkeit ist in ihrem elementaren Kern auch kein gesellschaftliches *Surplus*, kein zufälliges Anhängsel, das sich bei Missfallen ablegen ließe. Denn selbst der Rückzug ins vermeintlich Geborgene, die „moderne Entdeckung der Intimität“ (Arendt 1994, S. 66), bedarf der Öffentlichkeit als ihres Gegenstücks. Und die menschlichen Orientierungssysteme der Sprache, des Rechts oder der Literatur waren nie Privatsache.

Daraus ergibt sich eine erste Konsequenz: Öffentlichkeit lässt sich nicht segmentieren, sie ist nicht einfach nur politische Öffentlichkeit oder eine jeweils spezielle Öffentlichkeit dieser oder jener Gruppe. Die Öffentlichkeit als Sache des Menschen ist nicht nur weiter, sie ist vor allen Dingen grundlegender, und zwar in dem Sinne, dass sie die soziale Welt in ihrer Vielfalt und Ganzheit in einer bestimmten Weise beschreibt. In und mit der Öffentlichkeit werden wir nicht nur mit *Teilnehmern* gesellschaftlicher Spiele konfrontiert, an denen wir selbst direkt partizipieren, sondern auch mit *Zeugen*, die nicht nur unbekannt sein können, sondern auch über anderes berichten. Dies bedeutet nicht, dass die Idee der Öffentlichkeit ohne politische Relevanz sei – im Gegenteil. Denn Öffentlichkeit bedeutet nicht nur Zugänglichkeit und Offenheit, sondern auch die Anerkennung von und der Umgang mit Stellvertretung. Wir können nicht nur auf Eindrücke aus erster Hand setzen, sondern müssen ebenso Erfahrungen aus zweiter Hand vertrauen. Das menschliche *In-der-Welt-Sein* ist stets auch ein *Zur-Öffentlichkeit-Sein*. Hier verhält man sich nicht einfach nur wertend und auch nicht nur sprachlich oder kommunikativ, sondern durch menschliches Tun und Handeln – „mit Leib und Seele“.

PARTIZIPATION UND REPRÄSENTATION

Mit der Aufklärung wird das Kunstwort „Öffentlichkeit“ in die Register der deutschen Sprache aufgenommen und steht für die unterschiedlichsten Gebrauchsweisen zur Verfügung. Eine Doppeldeutigkeit, die bis heute ihre Wirkung entfaltet, ist markant: Öffentlichkeit kann zum einem dasjenige bezeichnen, was offen zutage liegt, zugänglich ist und zur Verfügung steht. Vielleicht meint der moderne und doch arg überstrapazierte Begriff der „Transparenz“ (Bermes 2020) genau dies: eine Sichtbarkeit als Zugänglichkeit, die Teilhabe ermöglicht. Jedoch gilt dies nicht bedingungslos. Jede offene Zugänglichkeit ist zweckgebunden, und keine Teilhabe ist ohne Qualifikation möglich.

Mit der Zugänglichkeit verbunden und doch unterschieden ist der zweite Aspekt der Öffentlichkeit im Sinne des Publikums. Das Publikum ist nicht einfach Teilnehmer an den Spielen der Gesellschaft, sondern zugleich eine Instanz, die sich zu sich selbst und zu etwas noch offenem Gemeinsamem ins Verhältnis setzt und damit dem Gedanken der Repräsentation als Stellvertretung Wirklichkeit verleiht. Repräsentation als Stellvertretung in einem elementaren Sinne meint, dass „im Namen von Anderen“ und „im Angesicht von Anderen“ das Wort ergriffen und gehandelt wird. Eine solche Form von Stellvertretung institutionalisiert sich in der politischen Ordnung, praktiziert und eingeübt wird sie jedoch immer schon in der Öffentlichkeit – und zwar in der Öffentlichkeit der Kultur als Welt des Menschen.

Zum Kernbestand der Öffentlichkeit gehören somit Partizipation und Repräsentation. Diese Ambiguität des Konzepts der Öffentlichkeit mag von einigen als eine Last angesehen werden, wäre es doch einfacher, Öffentlichkeit entweder nur als Partizipation oder ausschließlich als Organisation von Stellvertretung zu verstehen. Doch es handelt sich nicht um eine begriffliche Schwäche, sondern um einen Sachzusammenhang, der nicht aufgelöst werden kann; zumindest dann nicht, wenn es um die Öffentlichkeit in einem prägnanten Sinne als Sache des Menschen geht. Öffentlichkeit allein auf Partizipation zu reduzieren, macht aus Teilhabe Gefolgschaft. In der Öffentlichkeit nichts anders als die Institutionen der Stellvertretung zu erkennen, macht aus Kritik Beifall.

KANT UND „CANCEL CULTURE“

Immanuel Kant steht die unauflösbare Ambiguität von Partizipation und Repräsentation deutlich vor Augen, wenn er 1795 beispielsweise die „transzendente Formel des öffentlichen Rechts“ (Kant 1968, S. 381) folgendermaßen bestimmt: „Alle auf das Recht anderer Menschen bezogene Handlungen, deren Maxime sich nicht mit der Publizität verträgt, sind unrecht.“ Seine Begründung lautet: „Denn eine Maxime, die ich nicht darf *lautwerden* lassen, ohne dadurch meine eigene Absicht zugleich zu vereiteln, die durchaus *verheimlicht* werden muss, wenn sie gelingen soll, und zu der ich mich nicht *öffentlich bekennen* kann, ohne dass dadurch unausbleiblich der Widerstand Aller gegen meinen Vorsatz gereizt werde, kann diese notwendige und allgemeine, mithin *a priori* einzusehende Gegenbearbeitung Aller gegen mich nirgend wovon anders als von der Ungerechtigkeit haben, womit sie jedermann bedroht.“ Kant spricht hier allerdings nicht von kommunikativen Schnellschüssen, politischen Werbeslogans, diskursiven Eruptionen oder emotionalen Enthemmungen. Er stellt einige nicht unerhebliche Bedingungen an eine solche Auseinandersetzung, in der Öffentlichkeit gelingt und gestiftet wird: Sie muss der Autonomie genügen (Selbstdenken), sie ist reziprok angelegt (an der Stelle des Anderen beziehungsweise der Anderen denken), und sie muss kohärent sein (mit sich selbst einstimmig denken). Nicht jedes Kommunikationsmedium wird allen diesen Anforderungen gerecht werden. Ebenso gehört eine gehörige Portion (keineswegs nur kommunikativer) Bildung dazu, dieses öffentliche Geschäft zu beherrschen. Dann aber kennt eine solche Auseinandersetzung bei Kant auch keine Tabus mehr: „Da ist nun nichts so wichtig, in Ansehung des Nutzens, nichts so heilig, das sich dieser prüfenden und musternden Durchsuchung, die kein Ansehen der Person kennt, entziehen dürfte. Auf dieser Freiheit beruht sogar die Existenz der Vernunft, die kein diktatorisches Ansehen hat, sondern deren Ausspruch jederzeit nichts als die Einstimmung

freier Bürger ist, deren jeglicher seine Bedenklichkeiten, ja sogar sein *veto* ohne Zurückhalten muss äußern können“ (Kant 1998, B 766f.). Die heute bekannten Formen der *political correctness* sind schwerlich mit einem solchen Gedanken zu vereinen, wohl ebenso wenig die fortwährend lauernde Versuchung, in der Öffentlichkeit nichts anderes als das Medium einer neuen Volkspädagogik zu verstehen. Eine *Cancel Culture* wird nicht zu diesen Kantischen Überlegungen passen. Das Ausladen von Kabarettisten durch Kultur- und kürzlich auch durch Forschungseinrichtungen sollte ebenso zu denken geben.

„SEINSWEISE DES MAN“

Es ist leichter, die öffentlichen Zustände zu kritisieren, als die Idee der Öffentlichkeit zu fassen. Die Öffentlichkeit scheint eine prekäre Instanz, sie rückt zumeist in den Blick, wenn sie gefährdet ist, verloren geht oder auch bedroht wird. In der Gegenwart werden unterschiedliche Entwicklungen dafür verantwortlich gemacht. Hierzu zählen etwa im Zuge der sogenannten Coronakrise die zeitlich befristete Einschränkung verbriefter Rechte, wie etwa des Versammlungsrechts, oder die ebenfalls zeitlich befristete Limitierung etablierter Umgangsformen des gesellschaftlichen Kontakts und persönlichen Austauschs. Dazu gehört jedoch auch die Beschränkung, kulturelle Veranstaltungen durchzuführen. Denn Öffentlichkeit findet nicht nur auf der Straße oder in den Medien, sondern auch in etablierten Institutionen statt.

Theater, Vereine, Konzerte, aber auch Jahrmärkte und Gaststätten schaffen und vermitteln Öffentlichkeit. Hinzu kommt die vorübergehende Schließung der Schulen, die nicht nur bedeutet, dass der Unterricht ausfällt und Bildungsoptionen aufs Spiel gesetzt werden. Die Schule ist ebenso ein Raum, in dem Öffentlichkeit als Offenlegung von Wissensoptionen in einem Kontext von Stellvertretung praktiziert wird.

Die Fragilität der Öffentlichkeit rückt jedoch nicht erst seit diesen Ereignissen in den Fokus. Die inzwischen nicht mehr ganz so junge Entwicklung der technischen Kommunikationsmedien führt Kritiker zu der Vermutung, dass Öffentlichkeit reduziert wird auf eine digitale Imagination, in der Partizipation durch virtuelle Gefolgschaft ersetzt wird. Die Anbieter solcher Plattformen werden darüber hinaus aufgrund ihrer Monopolstellung kritisiert, Öffentlichkeit zu lenken (ob nun durch anonyme Algorithmen oder offen durch die Allgemeinen Geschäftsbedingungen). Hinzu kommen Gesellschaftsdiagnosen, die einen Prozess der Individualisierung sowie des Vertrauensverlusts in allgemeine Strukturen und Institutionen beschreiben, sodass das Allgemeine – und vielleicht damit auch das Öffentliche – gänzlich aus dem Blick gerät.

Es ist vielleicht eine List der Vernunft, dass die Kritik an der gefährdeten Öffentlichkeit stets auch auf eine besonders hohe öffentliche Resonanz

hoffen kann. Diese Dialektik, in großer Öffentlichkeit den Verlust der Öffentlichkeit zu beklagen, dürfte zumindest in Teilen daran liegen, die Idee der Öffentlichkeit allein von ihren historischen, kulturellen, technischen oder ökonomischen Rahmenbedingungen abhängig zu machen.

Die Heidegger'sche Kritik in *Sein und Zeit* (1927) ist anders gelagert. Heidegger erkennt in der Öffentlichkeit nichts anderes als die anonyme „Seinsweise des Man“, die durch „Abständigkeit“, „Durchschnittlichkeit“ und „Ein-ebnung“ charakterisiert ist. Das „Man“ übe eine „Diktatur“ aus, in der „jeder der Andere und keiner er selbst“ sei: „Wir genießen und vergnügen uns, wie *man* genießt; wir lesen, sehen und urteilen über Literatur und Kunst, wie *man* sieht und urteilt; wir ziehen uns aber auch vom ‚großen Haufen‘ zurück, wie *man* sich zurückzieht; wir finden ‚empörend‘, was *man* empörend findet.“ Eine solche, als anonyme Macht bezeichnete Öffentlichkeit „regelt zunächst alle Welt- und Daseinsauslegung und behält in allem Recht“ (Heidegger 1986, S. 126f.). Heideggers Dämonisierung der Öffentlichkeit ist zweifellos kritikwürdig. Doch Vorsicht sollte man walten lassen in der Art der Kritik. Das Heidegger'sche Misstrauen gegenüber der Öffentlichkeit ist uns heute keineswegs fremd. Wird heute gegen die Macht der Medien und gegen die Deutungskartelle polemisiert, so sind die Worte andere, die Stoßrichtung ist es jedoch nicht. Das Problem ist ein anderes: Heidegger hat keinen Begriff einer prägnanten Öffentlichkeit, der durch Partizipation und Stellvertretung ausgezeichnet ist. Er kennt nur die Öffentlichkeit als – blinde oder erzwungene – Teilnahme. Ein Denken, dem das menschliche Phänomen der Stellvertretung fremd ist, wird eine fehlgeleitete Partizipation aufs Korn nehmen können, es trifft jedoch nicht die Öffentlichkeit.

AUTOSUGGESTIONEN DER ÖFFENTLICHKEIT

Mit der These der „Kolonialisierung der Lebenswelt“ hat Habermas darauf hingewiesen, dass die über die Medien „Macht und Geld vermittelten Imperative von Wirtschaft und Verwaltung“ in Bereiche der Lebenswelt eindringen und sie in ihrer Existenz bedrohen, wenn sie vom „verständigungsorientierten Handeln“ entkoppelt werden (Habermas 1986, S. 189). In einem anderen Sinne lässt sich heute von *Autosuggestionen der Öffentlichkeit* sprechen, die diese okkupieren und in ihrer Existenz gefährden. Damit ist nicht gemeint, dass Medien von ökonomischen Interessen abhängen und die Ökonomie einen Einfluss auf die Öffentlichkeit gewinnt. Gemeint ist die Vereinnahmung der Öffentlichkeit durch Identitätsüberspannung einerseits oder durch lebensweltlich nicht mehr rückgebundene Tatsachen andererseits.

Die derzeitige Tendenz, Öffentlichkeit zu einem Schauplatz gruppenspezifischer Identitätsfindung zu instrumentalisieren, restituiert die Suche

nach einer unvermittelten Gemeinschaft, die der Öffentlichkeit keinen Platz mehr lässt. Eine solche Aufladung und Überhitzung öffentlicher Diskussionen, auch unter den Bedingungen moderner Kommunikation, ist nicht ganz neu. Bereits Arnold Gehlen deutete 1973 auf die „Verflechtung von Information, Meinung und Unterhaltung“ hin. Hier „arbeiten die Ereignisschemata, die Urteilsraster, die Meinungsformeln und die moralischen Reaktionen zusammen“, die letztlich sogar zu einer Bewusstseinsänderung führen können. Man denke und spreche „in Schlagworten, Überschriften, in Sprachpointierungen und Antithesen, mit gekonnter Beherrschung des ethischen Schnellschusses“ (Gehlen 2004, S. 208–210). Solche Tendenzen gefährden die Idee der Öffentlichkeit, sie führen zu einer neuen digitalen Tribalisierung und zu Debatten, die das Verstummen anderer Stimmen zum Ziel haben.

Auf der anderen Seite kann es jedoch zu einer durchaus problematischen Abkühlung kommen, die das Konzept der Öffentlichkeit nicht weniger gefährdet. Das Spiel mit lebensweltlich entbundenen Fakten ist nicht minder gefährlich. Es findet sich dort, wo Öffentlichkeit allein als Material einer „Öffentlichen Meinung“ verstanden und für ihre Vermessung aufbereitet wird. Es findet sich aber auch dort, wo nicht mehr die Kunst des Ausgleichs, sondern die rechte Zahl den Weg weisen soll. Wenn ausschließlich nur noch über Zahlen und Richtwerte gestritten wird, wenn das „Klimaziel“ einzig in Gradzahlen angegeben wird, muss man sich nicht wundern, dass im Gegenzug Ideologien der Unmittelbarkeit die Öffentlichkeit vereinnahmen.

AUSGLEICH ZWISCHEN NORM UND LEBEN

Die Sphäre der Öffentlichkeit ist demgegenüber weder wertneutral und durch einen positivistischen Begriff von Fakten ersetzbar, noch ist Öffentlichkeit eine Sphäre normativer Überladung und durch verordnete Sensibilisierung einsehbar. Plessners Rede von der „Wertferne“ der Öffentlichkeit ist treffender. Er versteht Öffentlichkeit nicht nur als Vermittlungsraum von Distanzen, sondern als einen Ort der „Wertferne, die freilich nicht Wertfreiheit, sondern die ewig unauflösbare Spannung zwischen Norm und Leben bedeutet“ (Plessner 1981, S. 97).

Wertüberforderung und Entwertung lassen sich gleichsam als Extremtemperaturen der Öffentlichkeit verstehen, die zu Überhitzung oder Unterkühlung führen. Die Betriebstemperatur einer gelingenden Öffentlichkeit ist demgegenüber die Wertferne. Sie ist jedoch kein Zustand, sondern eine Kunst, die immer wieder neu einzuüben ist. Ohne diese Kunst allerdings ist ein Ausgleich kaum möglich – „ein Ausgleich sowohl zwischen Norm und Leben, also zwischen dem, was menschenwürdig, logisch, sittlich, religiös ästhetisch notwendig ist, und dem, was die Situation jetzt und hier verlangt, als auch

zwischen den Trägern der Lebensinteressen, die über das Menschenwürdige nicht weniger als über das tatsächlich Nötige verschiedener Meinung sind“ (Plessner, S. 97).

Eine Okkupation der Öffentlichkeit durch selbstgefällige Identitätsnormierung oder durch lebensweltlich entbundene Fakten stellt die Öffentlichkeit als Sache des Menschen infrage. In der Öffentlichkeit stehen nicht Gewissheiten zur Abstimmung, auch werden keine Messwerte kollektiv überprüft, es stehen vielmehr Standpunkte, Perspektiven, Sichtweisen oder mit einem Wort: „Meinungen“ im Raum – und dafür ist Urteilskraft gefragt. Wenig hilfreich ist es, Meinungen aus der Öffentlichkeit zu verbannen; entscheidender ist es, wieder einen adäquaten Begriff von Meinung, Meinungsbildung und Meinungsäußerung zu gewinnen.

Literatur

- Arendt, Hannah: *Vita activa oder: Vom tätigen Leben*, 8. Aufl., Piper Verlag, München/Zürich 1994.
- Bermes, Christian: „Opakes Sehen. Eine ästhetische Kritik der Transparenz“, in: Dörpinghaus, Andreas / Lembeck, Karl-Heinz (Hrsg.): *Sehen als Erfahrung*, Alber Verlag, Freiburg/München 2020, S. 153–161.
- Gehlen, Arnold: „Erfahrung zweiter Hand“, in: Rehberg, Karl-Siegbert (Hrsg.): *Arnold Gehlen, Gesamtausgabe*, Bd. 6, Klostermann, Frankfurt am Main 2004, S. 204–213.
- Gerhardt, Volker: *Öffentlichkeit. Die Form des politischen Bewusstseins*, C.H. Beck, München 2012.
- Habermas, Jürgen: *Die neue Unübersichtlichkeit*, 3. Aufl., Suhrkamp, Frankfurt am Main 1986.
- Ders.: *Strukturwandel der Öffentlichkeit*, 6. Aufl., Suhrkamp, Frankfurt am Main 1990.
- Heidegger, Martin: *Sein und Zeit*, 16. Aufl., Niemeyer, Tübingen 1986.
- Kant, Immanuel: „Zum ewigen Frieden“, in: *Preußische Akademie der Wissenschaften (Hrsg.): Akademie-Ausgabe VIII*, Walter de Gruyter, Berlin 1968.
- Ders.: *Kritik der reinen Vernunft (1781/1787)*, Meiner Verlag, Hamburg 1998.
- Plessner, Helmuth: *Grenzen der Gemeinschaft, Eine Kritik des sozialen Radikalismus. Gesammelte Schriften V*, Suhrkamp, Frankfurt am Main 1981.

Demokratie- generatoren?

Ein soziologischer Erklärungsversuch über Protest

ARMIN NASSEHI

Geboren 1960 in Tübingen, seit 1998 Inhaber des Lehrstuhls I für Soziologie, Ludwig-Maximilians-Universität München.

Würde man die Geschichte der Bundesrepublik, bis 1990 auch die der Deutschen Demokratischen Republik (DDR), als Protestgeschichte erzählen, kämen fast alle wichtigen Themen öffentlicher Debatten vor. Man denke an frühe

Jugendproteste in der Bundesrepublik, an Proteste aus Anlass der Wiederbewaffnung, an den Aufstand 1953 in der DDR, an die Proteste um „1968“ im Westen und gegen die Intervention der Sowjetunion in der Tschechoslowakei im Osten, an die Proteste im Rahmen der damals „neuen sozialen Bewegungen“, an die Anti-Atomkraft-Bewegung, an Proteste um den NATO-Doppelbeschluss, an die starken Protestbewegungen in der DDR Ende der

1980er-Jahre, die am Ende zum politischen Kollaps des Landes führten, an rechtsradikale Proteste in den 1990er-Jahren und mit PEGIDA seit 2014, an Proteste im Rahmen der Finanzkrise, an die Umweltbewegung *Fridays for Future* und aktuell die Corona-Demonstrationen. Mit diesen unvollständig aufgelisteten Protestformen hätte man einen Großteil der wichtigsten Themen des Landes tatsächlich in den Blick genommen. Das ist ein erster Hinweis auf die Funktion und Bedeutung von Protest: Themen sichtbar zu machen. Aus soziologischer Perspektive geht es hier freilich nicht um eine Kulturgeschichte des Protests, auch nicht um die Legitimität seiner Inhalte.

Wie der Auflistung zu entnehmen ist, werden hier Protestformen ganz unterschiedlicher Couleur in einen Topf geworfen. Das ist jedoch notwendig, wenn man die soziologische Frage beantworten will, wie und unter welchen Bedingungen es zu Protestformen kommt und welche Funktion Proteste für die Gesellschaft haben.¹ Damit ist die Frage nach der Bewertung von Protesten oder der Einteilung in sympathischeren oder weniger sympathischen Protest methodologisch suspendiert, denn der Mechanismus des Protestierens ähnelt sich über die Protestgrenzen hinweg.

FEHLENDE INTEGRATION VON NEIN-STELLUNGNAHMEN

Die Grundthese lautet: Protest wird dann wahrscheinlich, wenn Nein-Stellungnahmen und Kritik in den etablierten Institutionen der Gesellschaft nach Ansicht der Protestierenden nicht ausreichend Berücksichtigung finden. Moderne Gesellschaften sind sehr stark davon geprägt, Nein-Stellungnahmen zu integrieren: als Opposition in den Parlamenten, als gegnerische Parteien in Gerichtsverhandlungen, als Tarifparteien, als Kritik und Gegenkritik in Wissenschaft, Kunst und Kultur, als kontroverse öffentliche Debatte, als Kritikfähigkeit als Bildungsziel. Moderne Gesellschaften sind Gesellschaften der Kritik, aber sie sind auch in der Lage, Kritik zu absorbieren, Minderheiten eine Stimme zu geben und in und durch Verfahren zu Kompromissen zu kommen. Die Demokratie ist dafür das beste Beispiel. Demokratie ist keineswegs als Mehrheitsherrschaft angemessen beschrieben; vielmehr zeichnet sich ein demokratisches Verfahren dadurch aus, dass sie auch der Minderheit, etwa in Form der Opposition, eine Stimme verleiht, und demokratische Politik muss nicht nur die Mehrheit loyal halten, sondern auch der unterlegenen Minderheit Loyalitätsangebote machen, um die Gesellschaft nicht vollständig zu polarisieren. Wozu das führt, kann man gerade in den Vereinigten Staaten deutlich beobachten.

Wo diese Integration möglicher Nein-Stellungnahmen entweder in Gefahr gerät oder zumindest aus der Perspektive bestimmter Gruppen zu wenig Berücksichtigung findet, steigt die Wahrscheinlichkeit von Protesten.

In autoritären Regimen wird das überdeutlich; man denke etwa an die beeindruckenden Proteste in Belarus nach der dortigen Präsidentenwahl. Überhaupt sind Proteste nach undemokratisch ausgeführten Wahlen ein klassisches Beispiel, weil hier deutlich wird, dass das demokratische Verfahren der Einbeziehung von Nein-Stellungnahmen sehr sichtbar unterminiert wird. Auch Proteste in der späten DDR haben sich nach Wahlen entzündet, die freilich nie auch nur den Anschein einer demokratischen Wahl hatten. In Protesten können sich auch grundlegende strukturelle Gesellschaftskonflikte manifestieren, etwa in den *Black Lives Matter*-Protesten in den Vereinigten Staaten.

MECHANISMUS DES PROTESTS

Aber auch in weniger dramatischen Situationen ist es dieser Mechanismus. In allen oben aufgezählten Protesten der Bundesrepublik kommt aus der Perspektive der Protestierenden zum Ausdruck, dass die demokratischen Verfahren – angeblich oder tatsächlich – keinen Ort für ihre kritische Stimme haben. Auch das gilt für Protestformen unterschiedlichster Couleur. Die *Fridays for Future*-Aktivisten würden Ähnliches behaupten wie PEGIDA oder auch Teilnehmer an Corona-Protesten. Wohlgemerkt: Die Unterschiede sind eklatant, aber der Mechanismus ist derselbe. Die Wahrscheinlichkeit von Protest steigt dann, wenn die Institutionen der Gesellschaft den Eindruck erwecken, dass sie Nein-Stellungnahmen nicht ausreichend berücksichtigen – zumindest aus der Perspektive der jeweiligen Protestgruppe oder -bewegung.

Dabei sind selbstverständlich nur diejenigen Themen protestfähig, die eine gewisse kritische Masse erzeugen können, um öffentlich sichtbar zu sein. Protest ist eine Kommunikationsform, die auf öffentliche Resonanz angewiesen ist. Sie ist darauf angewiesen, öffentlich und medial anschlussfähig zu sein, deshalb muss Protest fast notwendigerweise die eigenen Forderungen einfacher darstellen, als sie sind. Protest ist kein Hauptseminar, sondern der Versuch, Themen zu platzieren. Der größte Erfolg, den Proteste erreichen können, liegt darin, dass andere Spieler in dem Feld an den Forderungen beziehungsweise an dem Thema nicht vorbeikommen. Man kann etwa den Erfolg von *Fridays for Future* nicht daran messen, ob die Forderungen der Jugendbewegung eins zu eins umgesetzt werden könnten. Aber ohne Zweifel besteht der Erfolg darin, dass spätestens mit dieser Bewegung, die fast aus dem Nichts entstanden ist, niemand ernsthaft an dem Thema des Klimawandels vorbeikommt. Vielleicht kann man sogar zynisch sagen, dass selbst hartgesotene Klimawandelleugner auf diese Bewegung reagieren. Dabei hat die Bewegung das Thema keineswegs gesetzt. Die meisten Informationen und das meiste Wissen sind bereits seit den späten 1970er-Jahren einer größeren Öffentlichkeit bekannt, woran man sehen kann, dass Protest stets auf eine entgegenkommende Stimmung angewiesen ist, um sich zu kontinuieren.

Was tut Protest? Protest simuliert eine Position, die es in modernen Gesellschaften nicht gibt. Moderne Gesellschaften zeichnen sich dadurch aus, dass sie funktional differenziert sind, dass es im Zusammen- und Gegenspiel von politischen, ökonomischen, rechtlichen, wissenschaftlichen, bildungsförmigen, religiösen, medialen und künstlerischen Funktionen kein koordinierendes Zentrum gibt. Die Komplexität moderner Gesellschaften wird dadurch bestimmt, dass gleichzeitig Unterschiedliches geschieht, dass es Zielkonflikte zwischen diesen unterschiedlichen Funktionen gibt und dass daraus paradoxe Folgen entstehen können.² Was moderne Gesellschaften nicht können, ist Handeln aus einem Guss – die größten Krisen der Moderne resultierten daraus, dass versucht wurde, die anderen Funktionen politisch festzulegen und damit wie aus einem Guss operieren zu können. So sehr sich die rechten und linken Diktaturen des 20. Jahrhunderts historisch konkret voneinander unterschieden haben – ob die deutsche, die italienische oder die spanische von rechts oder die sowjetische oder chinesische von links –, so sehr ähneln sie sich in dem Versuch, Gesellschaft aus einem Guss planbar zu machen. Die daraus folgenden moralischen, ökonomischen und politischen Katastrophen sind bekannt. Letztlich sträubt sich die moderne Gesellschaftsstruktur gegen solche Versuche – wie der gegenwärtige chinesische Versuch ausgeht, wäre abzuwarten, aber das ist eine andere Frage.

PROTEST ALS VETOSPIELER

In einer solchen dezentrierten Gesellschaft versucht Protest, eine Position zu besetzen, die gesellschaftsstrukturell letztlich nicht vorgesehen ist: die Position des Vetospielers. Protest fordert von konkreten Adressaten in Form eines Vetos eine grundlegende Entscheidung. Letztlich protestiert Protest gegen die Routinen der Gesellschaft, in denen entweder normativ als falsch behauptete Entscheidungen gefällt werden oder die kein Interesse an der Lösung eines bestimmten Problems haben. Oben wurde formuliert: Protest wird dann wahrscheinlich, wenn er plausibel machen kann, dass sein Anliegen in den Entscheidungsrouninen der Gesellschaft unter die Räder kommt. Er muss sich deshalb in fast übertriebener Weise gegen die Routinen der Gesellschaft richten und etwas erzwingen wollen, was auf direktem Wege nicht möglich ist. Allerdings kann Protest niemals direkt eine Wirkung erzielen, sondern ist dann wieder auf die Entscheidungsrouninen der Gesellschaft angewiesen. Das begründet die merkwürdige Eigendynamik und Tragik des Protestes.

Protestbewegungen zeichnen sich oft dadurch aus, dass sie sich zur Aufrechterhaltung ihrer Wahrnehmbarkeit und im Sinne der Aufmerksamkeitsökonomie semantisch steigern müssen. Das bedeutet nicht in jedem Fall eine Radikalisierung, aber doch eine semantische Verschärfung, die auch auf die Erfahrung reagiert, dass der Protest womöglich auf Zustimmung stößt,

jedoch keineswegs auf konkrete und zählbare Konsequenzen. Man kann es bei fast allen Protestbewegungen beobachten: Nimmt man etwa *Fridays for Future* als Referenzbeispiel, hat sich der anfangs noch vergleichsweise unspezifische Protest in einigen Teilen zu einem Protest gewandelt, der sich als Systemopposition oder als allgemeine Kapitalismuskritik geriert, zum Teil mit apokalyptischen semantischen Formen. Dies soll hier nicht kritisiert werden – vielmehr sei darauf hingewiesen, dass solche Steigerungen einerseits erwartbar sind, andererseits aber auch die Tragik des Protests begründen. Denn je radikaler Proteste werden, desto größer erscheint die Differenz zwischen Forderung und Umsetzbarkeit. Das heißt, Radikalität und Erfolg sind in einigen Fällen umgekehrt proportional aufeinander bezogen, was die Protestierenden zum einen in der Dringlichkeit ihrer Forderungen bestärkt, zum anderen aber frustrieren kann, weil es die Aussichtslosigkeit geradezu auf den Begriff bringt. Die Funktion von Protest scheint es nicht in erster Linie zu sein, die Protestierenden zufriedenzustellen.

Daraus kann man einerseits ableiten, wie sich Protestierende in zwei Richtungen verändern können – entweder polen sie ihre Aktivität um und engagieren sich nach der Platzierung von Themen in den Institutionen der Gesellschaft, um ihre Ziele zu erreichen. Sie erleben dann gewissermaßen, wie aus großen Protestforderungen am Ende kleinere Entscheidungen erwachsen, voller Kompromisse, wie es im politischen Prozess üblich ist. Man kann das an Biographien beobachten, in denen vor allem jüngere Leute aus Protestbewegungen ihren Weg in bestimmte Berufe oder in Parteien finden, in denen sie dann nach anderen Logiken als den Protestlogiken arbeiten.

Der andere Weg besteht in einer weiteren Radikalisierung bis hin zu gewalttätigen Handlungen. Gewalt ist ohnehin das Eingeständnis für Wirkungslosigkeit und Machtverlust, aber Gewalt simuliert wenigstens temporär Wirkung und Einfluss. Zumindest im Sinne der Aufmerksamkeitsökonomie sorgt Gewalt für Sichtbarkeit. Man kann das in fast allen Protestbewegungen der Vergangenheit beobachten – auch, dass die gewaltbereiten Gruppen fast immer sehr viel kleiner sind als das Gros der Protestierenden.

FUNKTION UND GEFAHR VON PROTEST

Protest – etwa in Form von Demonstrationen oder Versammlungen – gehört zu den verbrieften Rechten in demokratischen Rechtsstaaten. Er ist ein Gut, das rechtlich geschützt wird und nur unter starken Voraussetzungen begrenzt beziehungsweise verhindert werden kann und darf. Vergegenwärtigt man sich die Protestgeschichte der Bundesrepublik, hatten Protestbewegungen immer wieder die Möglichkeit, wichtige Themen auf die Agenda zu setzen – die oftmals durchaus in konkrete politische Entscheidungen gemündet sind oder Themen auf der politischen Agenda gehalten haben. Das gilt für

wünschenswerte wie weniger wünschenswerte Themen und Felder – und welche wozu gehören, ist im politischen Feld naturgemäß umstritten. Aber an der demokratischen Funktion solchen Setzens von Themen kann kein Zweifel bestehen – außer dann, wenn Protest sich nicht nur gegen Entscheidungen oder bestimmte Lösungen stellt, sondern gegen die demokratischen Verfahren selbst. Die Delegitimation demokratischer Verfahren wäre exakt der Punkt, an dem die demokratiegenerierende Wirkung von Protest in ihr Gegenteil umschlagen würde.

Historisch gesehen kann man etwa an die sogenannte Machtergreifung der Nationalsozialisten in den 1930er-Jahren denken, die ja entgegen weit verbreiteten Urteilen nicht in den Parlamenten gewonnen haben, sondern vor allem durch eine permanente gewaltsame Protestbewegung, die sich explizit gegen die Verfahren des Staates, gegen die Gewaltenteilung und die demokratische Pluralität gewandt haben. An diesem extremen Beispiel kann man sehen, dass Protest dann zur Gefahr für die Demokratie werden kann, wenn er die Verfahren selbst im Fokus hat. Man kann wohl sagen, dass solche Bewegungen dann tatsächlich revolutionäre Bewegungen sind, also solche, die dem politischen System und seinen Routinen feindlich gegenüberstehen. Anderenfalls aber sind Proteste schon deswegen Demokratiegeneratoren, weil sie das politische System mit Alternativen versorgen – und selbst wenn die Alternativen nicht in Kraft gesetzt werden, nötigen sie doch Entscheider, bessere Gründe für das anzugeben, was sie tun.

¹ Die folgenden Überlegungen folgen dem Gedankengang des in diesem Jahr erschienenen Buches des Autors; Armin Nassehi: *Das große Nein. Eigendynamik und Tragik des gesellschaftlichen Protests*, Hamburg 2020.

² Vgl. dazu Armin Nassehi: *Die letzte Stunde der Wahrheit. Kritik der komplexitätsvergessenen Vernunft*, 3. Aufl., Hamburg 2020.

Man spricht selbst

—
Eine intakte Öffentlichkeit braucht den Mut zum Gespräch

RALF KONERSMANN

Geboren 1955 in Düsseldorf, Publizist, Lehrstuhlinhaber und Direktor des Philosophischen Seminars, Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, Autor zahlreicher Bücher, Aufsätze, Essays und Feuilletons. Zuletzt erschien im S. Fischer Verlag „Die Unruhe der Welt“ (5. Auflage 2015) sowie das „Wörterbuch der Unruhe“ (2017, ausgezeichnet mit dem Tractatus-Preis 2017). 2021 erscheint „Welt ohne Maß“.

Nachdem die Idee sich längst schon angekündigt hatte, kamen Wort und Begriff der Öffentlichkeit im 18. Jahrhundert auf – im Jahrhundert der Aufklärung. Ohne damit Exklusivität beanspruchen zu wollen, war die Öffentlichkeit doch eine genuin bürgerliche Erfindung. Sie verstand sich als Forum der Allgemeinheit, als Einladung an jedermann.

Der einmal gefundene Begriff der Öffentlichkeit lebte von Erwartungen, die er wachrief und verstärkte, ja potenzierte. Einer Definition dessen, was da im Entstehen war,

bedurfte es ebenso wenig wie eines ausformulierten Programms. Im Rückblick wirkt es eher so, als hätten weitere, gleichfalls neu gefasste Begriffe ähnlichen Zuschnitts – Begriffe wie Kultur, Bildung, Aufklärung, Geist, Gefühl, Geschmack, Geselligkeit – einander evoziert, gestützt und bestätigt, um gemeinsam ein Klima des Aufbruchs und der geistigen Unabhängigkeit zu erzeugen.

Hinzu kam ein nicht weniger ausgeprägtes Klima der wechselseitigen Anteilnahme, ein Klima der Verständigung und Selbstbesinnung. Man wollte wissen, wer man war und wo man stand in diesen soeben entdeckten Universalgeschichten der Natur und des Menschengeschlechts. Um all diesen Fragen und Themen auf die Spur zu kommen, fand man sich in neu entstandenen, häufig halbprivaten Zirkeln zusammen, gründete Journale und pflegte Korrespondenzen, um auf diese Weise – und gleichsam nebenbei – der Öffentlichkeit Gestalt zu geben. Binnen weniger Generationen erwuchs die europäische Öffentlichkeit als ein erstaunlich freimütiger und themenreicher, Standes- und Landesgrenzen überschreitender Potlatch der Meinungen und Urteile, der Beobachtungen und Phantasien.

Gewiss, auf dem Flickenteppich der damaligen Realitäten und Realisationen bot das neue Kommunikationsgefüge ein buntes Bild, Rückschläge und Enttäuschungen blieben nicht aus. Wer jedoch den Impuls verstehen will, der einst von diesem Supermedium ausging, muss sehen, was die Öffentlichkeit einmal sein sollte: ein Forum der Begegnung und des unumschränkten Raisonnements.

REDEN UND REDEN LASSEN

Das Wort „Öffentlichkeit“ begann seine Karriere als Erwartungs- und Bewegungsbegriff, der nicht einen schon vorhandenen Sachverhalt beschrieb, sondern diejenigen ansprach, die bereit waren, neue, zeitgemäße Sprach- und Lebensformen gemeinsam zu erproben. Das Muster dieser Verwirklichung, das all die Initiativen, literarischen Experimente und medialen Neuerungen miteinander verband, war das Gespräch unter Gleichen. Die bürgerliche Öffentlichkeit verstand sich ganz wesentlich als Gesprächskultur. „Der Grund aller Gesellschaften ist die Conversation“, schrieb Christian Thomasius im Jahr 1710¹ und gab damit der Ausgangsintuition dieser neuen, ebenso selbstbewussten wie gesprächsfreudigen *citoyennité* Prägnanz.

Dass die großen literarischen Ereignisse der Epoche Konversationsromane waren, allen voran Jean-Jacques Rousseaus *Nouvelle Héloïse* (1759) und Johann Wolfgang Goethes *Werther* (1774), bestätigt den Gesamteindruck. Die Romane machten es vor: Ein Gespräch dreht sich um Betrachtungen und Erwägungen, die sich beständig fortentwickeln, ohne dass die Beteiligten gehalten wären, klare Ergebnisse vorzulegen. Ein Gespräch ist kein Instrument.

Sein Sinn liegt in ihm selbst, und eben dadurch unterscheidet es sich vom Machtanspruch der Politik. Sein Vorbild hat es in der sokratischen Skepsis mit ihrer charakteristischen Verschränkung von Wissen und Nichtwissen. Wie der im Jahrhundert der Aufklärung vielbewunderte Sokrates es vorgemacht hatte, so galt es auch jetzt, nicht einfach blind zu glauben, sondern ernsthaft zu prüfen; nicht gedankenlos mitzumachen, sondern innezuhalten; nicht bloß nachzusprechen, sondern sich selbst ein Urteil zu bilden.

In einem Gespräch kommt es nicht auf äußere Autoritäten an, sondern auf diejenigen, die es führen. Die Idee ist: Man spricht selbst und steht ein für das, was man sagt. Die Beteiligten treten als Personen und sogar unter ihrem Namen hervor, sie zeigen sich, werden wahrgenommen und gesehen. Wer öffentlich und außerhalb des vertrauten Kreises das Wort ergreift, braucht Mut, aber auch Feingefühl. Reden und reden lassen – so lautet die Elementarregel der Gesprächssituation.

Die Erfahrung, klüger aus einem Gespräch herauszukommen, als man hineinging, ist weniger dem förmlichen Austausch von Informationen zu danken als der gesprächstypischen Produktivität. Um diese vom Engagement der Beteiligten getragene Produktivität zu entfalten, muss ein Gespräch offen sein: offen im Sinne sowohl der Unbeschränktheit als auch der Aufrichtigkeit und der Publizität. Es war diese Kombination, mit der sich das Gespräch als Muster des öffentlichen Gedankenaustauschs empfahl. Die Öffentlichkeit, so die historische Ausgangsintuition, lebt vom Geist der Freimütigkeit.

MEINUNGSMACHER UND MANIPULATOREN

Und doch war dieser Geist schon bald verflogen. Im Zeitalter der Revolution wurde die Öffentlichkeit politisiert, und auf dem Forum der Bürger dominierten die Konflikte der Gruppen und Gruppierungen. Wer ein Gespräch führt, darf neugierig sein und für alles ein offenes Ohr haben; wer Politik macht, muss sich und seine Sache durchsetzen wollen.

Bereits in seiner magistralen Aufarbeitung dieser Geschichte, die 1962 erschien, hat Jürgen Habermas vom Verfall der Öffentlichkeit gesprochen.² Was demnach die Öffentlichkeit verloren hatte, war ihr namengebendes Prinzip: die Offenheit und, näherhin, das offene Gespräch. Als Symptome des Niedergangs nannte Habermas die Annäherung der öffentlichen Rede an den Jargon der Werbung, das Vordringen ökonomischer Interessen und strategischer Denkmuster, die Vermengung von gesellschaftlicher und staatlicher Sphäre, schließlich das Vordringen des Populismus. Die Öffentlichkeit, so der Befund, war zur Bühne der Meinungsmacher und Manipulatoren geworden.

All diesen Tendenzen war gemeinsam, die Vorbildfunktion des Gesprächs zu verdunkeln. Das gilt auch für diejenigen Einflussfaktoren und

Tendenzen, die seither hinzugekommen sind und das Bild der Öffentlichkeit weiter verändert haben. Ich rede von der in jüngster Zeit vermehrt auftretenden Strategie, unter Ausnutzung der Wertschätzung, die Moral und Wissenschaft genießen, das öffentliche Gespräch an einer bestimmten Stelle einzufrieren und jeden Versuch, es dennoch fortzusetzen, als Ausdruck der Unbelehrbarkeit zurückzuweisen und politisch unter Verdacht zu stellen.

Die Idee, das öffentliche Gespräch mit Hinweis auf die Gewalt der Tatsachen in den Griff zu bekommen, entstammt dem 19. Jahrhundert und ist eine Versuchung aller politischen Richtungen. So propagierte Friedrich Engels (1820–1895) einen auf Philosophie und Wissenschaft gegründeten Sozialismus, der sich einfach deshalb durchsetzen werde, weil er mit dem Gesetz der historischen Entwicklung übereinstimme. Ebenfalls unter Verweis auf das Zauberwort „Evolution“ erklärte Ernest Renan (1823–1892), der als Mitglied mehrerer europäischer Akademien erheblichen Einfluss besaß, dass die Wissenschaft erfüllen werde, was die Religion versprochen habe, doch zu leisten nicht imstande gewesen sei. Renan teilte die positivistische Vorstellung einer Gesellschaft, die störungsfrei rundläuft wie eine gut geölte, von Sozialingenieuren betreute Maschine.

DAS WORT HABEN DIE „EXPERTEN“

Die Frage, ob Funktionalisierungen wie diese aus machtstrategischem Kalkül oder guten Glaubens erfolgen, ändert an der Problemlage nichts. So oder so fällt der Wissenschaft die Rolle einer Instanz zu, die über das Nichtverhandelbare entscheidet. Die Einführung dieses Elements verändert das Verhältnis von Politik und Öffentlichkeit dramatisch. Die Politik macht sich klein, um sich von der Wissenschaft die Alternativlosigkeit eines Programms bescheinigen zu lassen, zu dem das öffentliche Gespräch im Grunde nichts beizutragen hat. Das Wort haben die „Experten“ – eine Wortwahl, die bereits andeutet, wohin die Reise geht.³ Die Wissenschaft braucht und kennt keine Experten, sehr wohl aber die Politik.

Von solcher Anerkennung mag die Wissenschaft, die ihre Praxistauglichkeit kaum eindrucksvoller unter Beweis stellen kann, profitieren. Auf lange Sicht riskiert sie jedoch ihren Ruf, weil sie hilflos zusehen muss, wie ihre Argumente schon im nächsten Schritt neu ausgerichtet werden. Politisch gewendet, besagen sie, dass eigentlich nur beschränkt oder böswillig sein kann, wer die auf Daten und Fakten basierten Entscheidungen infrage stellt. Die Politik bekommt gleichsam die Hände frei und kann die Gespräche ins Leere laufen lassen. Nachdem die Zahlen auf dem Tisch liegen, gilt die Klärung der Sachfragen als abgeschlossen, und die Aufmerksamkeit wendet sich den Maßnahmen zu, die nun zu treffen sind. An die Stelle der Gespräche tritt die Überzeugungsarbeit.

Die Politik muss entscheiden, die Wissenschaft lehrt das Zögern. In dieser Lage ist die Politik versucht, den Strukturkonflikt zu überspielen und die Wissenschaft durch das Schlechtreden der „Elfenbeintürme“ und durch Schlagworte wie „Aktualität“ und „Relevanz“ auf ihre Seite zu ziehen. Dem muss die Wissenschaft widerstehen. Gewiss darf und soll sie antworten, wenn ihr Urteil gefragt ist, und auch einmal ein Gastspiel im Feld des Politischen geben. Im Übrigen aber muss sie darauf achten, mit eigener Stimme zu sprechen und gehört zu werden – eben als sie selbst: als Wissenschaft. Dazu gehört auch die Klarstellung, dass sie anders als die Politik mit gutem Grund von der Verpflichtung freigestellt ist, etwas Bestimmtes „erreichen“ zu müssen. Das methodengeleitete Erzielen von Resultaten, die grundsätzlich revidierbar und in diesem Sinne diskutabel bleiben, ist ihr genug.

Tatsächlich ist auch die Wissenschaft ebenso wie das öffentliche Gespräch ihrer Idee nach ein Organ der Skepsis: Ausdruck der Einsicht, dass alles Wissen von endlosen Weiten des Nichtwissens umgeben ist. Aus dem Bestreben, diese Ausgangslage zum Aufbau einer neuen, ebenso freimütigen wie selbstkritischen Gesprächskultur zu nutzen, ist einmal die bürgerliche Öffentlichkeit hervorgegangen. Das Gespräch ist „die aufrichtige Mühe“, schrieb Gotthold Ephraim Lessing,⁴ die dem Menschen nicht erspart werden kann, weil er die Wahrheit nicht hat, sondern sie, ohne Gewissheit des Erfolgs, suchen muss.

¹ Christian Thomasius: Kurzer Entwurf der politischen Klugheit, Frankfurt/Leipzig 1710, S. 108.

² Jürgen Habermas: Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft, Darmstadt/Neuwied 1962, S. 211 ff.

³ Henning Ottmann: „Bloß keine Experten“, in: Süddeutsche Zeitung, 28.12.2012, S. 12.

⁴ Gotthold Ephraim Lessing: „Eine Duplik“, in: ders.: Werke, hrsg. von Karl Eibl u. a., Darmstadt 1996, Bd. 8, S. 30–101, hier S. 32 f.

Blog, Twitter oder Bierzelt?

—
Bundestagsmandat und Öffentlichkeit

YVONNE MAGWAS

Geboren 1979 in Rodewisch (Vogtland), Dipl.-Soziologin, Stellvertretende Bundesvorsitzende der Frauen Union der CDU, Vorsitzende der Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Dem Deutschen Bundestag gehören 709 Abgeordnete an. Da ist es für den einzelnen Mandatsträger und die einzelne Mandatsträgerin nicht immer einfach, bei der breiten Öffentlichkeit (mediale) Aufmerk-

samkeit zu finden. Es sind zumeist die „Großkopferten“, die die Schlagzeilen bestimmen, die Titelseiten zieren, die Talkshows besetzen. Dahinter wird die Luft sehr schnell dünn. Als Fachpolitiker ist man wichtig für das Funktionieren der Fraktion; viel mediale Ehre ist damit eher selten verbunden. Das war schon immer so.

Mein Problem ist das zumindest ein Stück weit weniger, da ich als Vorsitzende der Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion dem Fraktionsvorstand angehöre. Damit bekleide ich ein

Amt, und dass ich dieses Amt bekleide, wissen auch die Parlamentsberichterstat-
terinnen und -berichterstat-ter in Sachsen
und Berlin, 892 Redakteurinnen und Re-
dakture und darüber hinaus zahlreiche
freie Journalistinnen und Journalisten.

Vor allem ist es wichtig, in den ört-
lichen Medien des heimatischen Wahl-
kreises präsent zu sein. Dort wird man ja
auch gewählt. Im Vogtland konnte ich
2017 für die CDU das Direktmandat er-
ringen. Ich will es so formulieren: Es geht
mir um die Pflege einer partizipatorischen
Demokratie, ich will also bei dem, was ich
mache, möglichst viele Menschen errei-
chen und mitnehmen.

Wer sich diesem Thema widmet, und
als Bundestagsabgeordnete tue ich dies
nicht nur an dieser Stelle, sondern täglich,
muss wissen, dass die Menschen ihre In-
formationen aus unterschiedlichen Grün-
den aus unterschiedlichen Quellen bezie-
hen. Somit ist etwa die Frage „Blog, Twitter
oder Bierzelt?“ – das war das Thema eines
Workshops während der Münchner Me-
dientage vor einigen Jahren – wenig sinn-
voll. Soll heißen: Ich versuche mit meinen
Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die
mich unterstützen, möglichst viele Kanäle
zu bearbeiten, woraus sich wie beschrie-
ben mein Anspruch ableitet, so viele Men-
schen wie möglich zu erreichen; virtuell
und analog. So gibt es meinen regelmäßi-
gen „Berlin-Brief“ in klassischer Papier-
form; er informiert über meine Arbeit im
Deutschen Bundestag sowie im Wahlkreis
und anderswo. Die Bürgerinnen und Bür-
ger können diesen auf meiner Homepage
finden beziehungsweise digital bestellen
und beziehen. Und wer den „Berlin-Brief“
oder auch andere Informationen per Fax
erhalten möchte, bekommt ihn eben wei-
terhin auch auf diesem Weg.

Bei der Wahl der Kommunikationskanäle
sollte nach meinem Dafürhalten, ich bin
gelernte Soziologin, soziodemografisch –
also mit Blick auf Alter, Herkunft und so
weiter – gesehen möglichst niemand ver-
gessen werden, woraus somit verkürzt
meine Devise beziehungsweise mein Fazit
folgt: Blog, Twitter *und* Bierzelt.

PROFESSIONELLER MEDIENMIX

Bei alledem pflege ich nicht nur das regel-
mäßige „Speisen“ diverser Medien mit re-
levanten Inhalten, sondern suche parallel
den direkten Dialog mit den Menschen;
dies etwa in regelmäßigen Bürgersprech-
stunden sowie im Zuge meiner zahlreichen
Termine im Wahlkreis. Ich freue mich im-
mer wieder über diese Gespräche, auch
wenn sie ab und zu natürlich auch kriti-
scher Natur sind.

Gelingt es also, einer breiten Öffent-
lichkeit mithilfe eines professionellen Me-
dienmix Politik zu vermitteln, Themen
seriös zu setzen und darüber hinaus den
persönlichen Kontakt mit den Menschen
zu suchen und aufrechtzuerhalten, dann
kann man in meinen Augen von einer klun-
gen, einer effizienten Öffentlichkeitsarbeit
sprechen, mit der einhergeht, dass es in
den Parteien mehr Anstrengungen be-
darf, die Möglichkeiten dieses Medienmix
zu kennen und professionell zu nutzen.
Zu eruieren, welches Medium sich für
welche Botschaft eigentlich eignet. Kom-
pliziertes und/oder Komplexes gehört
nicht auf Twitter, Facebook und Co., son-
dern in eine klassische Pressemitteilung
oder ein anderes Printprodukt. Eine Re-
gierungserklärung kann man zwar bei

YouTube hochladen, sie wird jedoch eher
nicht das Publikum erreichen, das ich ei-
gentlich finden möchte. Will ich also prä-
sent sein, benötige ich das richtige Me-
dium, das ich darüber hinaus mit den
passenden Inhalten füllen muss.

„EIN PLATZ FÜR FREUNDE“

Der Wahlkampf von Barack Obama vor
zwölf Jahren kann hier immer noch als
Vorbild gelten. Der damalige Kandidat für
das Amt des Präsidenten der Vereinigten
Staaten von Amerika hatte in dem einst
sehr populären sozialen Netzwerk *My-
Space* (Slogan: „Ein Platz für Freunde“)
einen Auftritt unter „Ein Platz für die
Freunde Obamas“, der nahezu alle Kri-
terien erfüllte, die einen gelungenen
Web-2.0-Auftritt ausmachen: Die Besu-
cher der Seite wurden aktiv eingebunden.

Sie konnten interagieren, Einträge hinter-
lassen und erhielten Antworten beziehungs-
weise durften auf eigene Blogs ver-
weisen. Von besonderer Relevanz: Die
Userinnen und User konnten sich regis-
trieren und erhielten fortan Informatio-
nen. Dass Obamas Team, also seine Admi-
nistratoren, die Seite ständig mit aktuellen
Informationen füllte und bei alledem die
„klassischen“ Medien nicht aus den Augen
verlor, dürfte in einem erheblichen
Maße dazu beigetragen haben, dass Bar-
ack Obama am 20. Januar 2009 in das
Amt des 44. Präsidenten der Vereinigten
Staaten eingeführt werden konnte.

Team ist ein gutes Stichwort. Leider
hat der Tag nur 24 Stunden, von denen
viele arbeitsreich sind. Und das Team ei-
ner/eines Bundestagsabgeordneten ist
klein. Viel kleiner als das Team eines Mit-
glieds des US-Kongresses oder des US-
Senats. Hier liegen Begrenzungen, hier
müsste deutlich nachgesteuert werden in
der neuen Zeit.

Ungeteilte Gemeinsamkeit

—
Das Politische in Zeiten der Post-Bildung

ANDREAS DÖRPINGHAUS

Geboren 1967 in Kirchhellen,
Inhaber des Lehrstuhls für
Systematische Bildungswissen-
schaft, Julius-Maximilians-
Universität Würzburg.

Bildung ist in ihrem Grundverständnis poli-
tisch und öffentlich. Historisch ist diese politi-
sche Dimension von Beginn angelegt. Bereits in
der Antike war die *paideia*, also das, was später-
hin Bildung genannt wurde, nicht ohne das mit
ihr verbundene Repräsentationsmodell der *polis*

und der öffentlichen Rede zu denken. Der antike Rhetor galt als gebildet, insofern er selbst öffentlich war. Das heißt nicht nur, dass er zum politischen Grundbestand des Gemeinwesens einen wichtigen Beitrag leisten konnte, sondern dass er sich selbst als öffentlich verstand. Diese Weise, Bildung im Hinblick auf Öffentlichkeit zu verstehen, hielt sich bis in die Moderne und fand ihre Neuformulierung Ende des 18. Jahrhunderts in der Vorstellung von Mündigkeit. Und bis heute verbinden wir mit Bildung die Möglichkeit, unser Leben mündig zu führen.

Der Gedanke einer öffentlichen Bildung wurde vor allem von Immanuel Kant ausgearbeitet. Kant forderte die Bildung einer öffentlichen Denkungsart. Der Begriff der Denkungsart betraf weniger die Art und Weise des Denkens, sondern markierte eine soziale Einstellung und Haltung, einen Modus des Tuns. Öffentlich war sie, weil sie partikulare Interessen überstieg. Für Kant war ein wesentlicher Bestandteil des Politischen der *sensus communis*, der Sinn für das öffentlich Gemeinschaftliche. Er bezog als Denkungsart die Vielfalt anderer Perspektiven konstitutiv mit in das eigene Urteil ein. Ohnehin rekurrierte der *sensus communis* nicht nur auf eine vorgängige Gemeinschaft, sondern war eine Haltung, im Urteil zuallererst das Öffentliche und Gemeinschaftliche herzustellen. Aber Kant nahm eine wichtige Weichenstellung vor: Er verband mit der Öffentlichkeit nicht nur das Feld des Politischen, sondern darin den Anspruch auf Freiheit und Gleichheit.

ÖFFENTLICHKEIT UND KRITIK

Für Hannah Arendt, die sich in Vielem Kant anschloss, war die Öffentlichkeit eine Bühne der Vielfalt. Die Vielfalt der Stimmen sah sie ganz im Sinne der antiken rhetorischen Bildung: als ein miteinander Streiten. Ansprechbar sein für den Anderen. Sichtbar machen, was sonst ungesehen bleibt. Dennoch klammerte sie, ähnlich wie Jürgen Habermas, aus, dass die Teilhabe am Gleichen ungleich ist, dass das Miteinander nicht vorausgesetzt, sondern das Problem des Politischen ist. Freiheit und Gleichheit waren im Öffentlichen stets partikular und damit doch auch das Öffentliche selbst. Es wird sehr schnell deutlich, dass die Frage nach dem Öffentlichen nur ein Teilproblem des Politischen sein kann. Kant errichtete mit seiner Idee des öffentlichen Vernunftgebrauchs folgerichtig eine Bühne des Politischen, indem er der Öffentlichkeit das Publikum einschrieb. Ihm schien zumindest die Differenz von Privatheit und Öffentlichkeit weitgehend deutlich. Doch interessanterweise ist ihm das Private aber gerade nicht der Raum des bloß Singulären, sondern der Raum der Unfreiheit. Hingegen ist in seiner Konzeption des öffentlichen Vernunftgebrauchs, der keinerlei Einschränkung der Freiheit erlaubt, auch die *Idee* der Gleichheit restituiert. Allerdings sind die Stücke, die auf der Bühne gespielt werden, sehr unterschiedlich verfasst. Am Ende dürfen auch die „Aufführungen“ keinerlei Einschränkungen und Zensuren erfahren; wenigstens wäre das die konsequente Lesart Kants eigener Idee. Anders: Das Öffentliche darf kein privilegierter Raum sein, sondern ein performativer der Gleichheit aller.

Das Besondere an der Auffassung Kants vom Öffentlichen betrifft daher sein Verhältnis zur Kritik. Das Öffentliche ist nur eine Folge der Kritik, also ohne Kritik, ohne Widerstreit nicht zu haben. Damit wird aber auch deutlich, dass es Öffentlichkeit nicht als einen reservierten, eigenen Raum gibt.

Sie ist performativ, muss also in einem Prozess hergestellt werden. Dieser Prozess setzt etwas in Bewegung, was vordem unbeweglich ist. Jacques Rancière hat diesen Prozess der Kritik als Unterbrechung der sozialen Ordnung ausgewiesen. Für ihn beginnt das Politische mit der Errichtung einer Bühne, auf der soziale Praxen der Ungleichheit und Unfreiheit sichtbar werden. Entscheidend ist eine neue „Aufteilung des Sinnlichen“ (Jacques Rancière), also eine Verschiebung sozialer Räume und Zeiten. Das Politische wendet sich so gegen Politik als selbstverständliche Ordnung des Gemeinwesens. Der *sensus communis* wäre dann nicht mehr der Sinn für das Gemeinsame, sondern für das Ausgeschlossene. In dieser Hinsicht mag Kant ihn als erweiterte Denkungsart bezeichnen. Ein solches politisches Subjekt, das soziale Praxen umdeutet, das das Politische intendiert, Räume und Zeiten verschiebt, sich einem identifizierenden Denken entzieht, ist ohne Bildung nicht zu haben. Sie schafft Distanz in Räumen und Verzögerungen in Zeiten, um die Spielräume des Politischen zu öffnen, die der Möglichkeitssinn zu gestalten vermag. Der *sensus communis* ist visionär und ein Möglichkeitssinn.

BILDUNG ALS KRITISCHES ETHOS

Von seiner Vernunft öffentlichen Gebrauch zu machen, ist für Kant der Kern von Bildung als Mündigkeit. Mündigkeit heißt stets, sich selbst zu regieren, und darin ist Bildung eine Arbeit an Freiheit und Gleichheit. Umgekehrt wäre das Ziel, wie es Michel Foucault formuliert, nicht dermaßen regiert zu werden. Daher ist bis heute Bildung das wichtigste Fundament für demokratische Strukturen, die das Politische mit Freiheit und Gleichheit assoziieren. Es wäre jedoch zu kurz gegriffen, wenn der öffentliche Gebrauch der Vernunft nur hieße, in der Öffentlichkeit (die es dann nur partikular gibt) das Wort zu ergreifen. Mitnichten. Sich selbst zu regieren, zielt auf eine wie auch immer freiheitliche Lebensführung ab, die sich nicht blind anpasst und den unbefragten Normen folgt. Sich selbst zu regieren, kann nicht von der politischen Teilhabe getrennt werden. Bildung ist die wichtigste Voraussetzung für die Teilhabe an einer Gemeinschaft, die um diese Teilhabe selbst streitet, für ein politisches Subjekt, das diese Teilhabe auf die Bühne des Politischen bringt. Mit anderen Worten: Die Öffentlichkeit entsteht erst in der Frage, wer „wir“ eigentlich sind, wer dazugehört und wen wir ausschließen, was derzeit „unsere“ Normen und Regeln sind und ob es auch wirklich die Normen sind, die „wir“ haben sollten.

Kant gibt eine Art Gebrauchsanweisung für diesen sogenannten Vernunftgebrauch: „Sich seiner eigenen Vernunft bedienen“, so erläutert Kant, „will nichts weiter sagen, als bei allem dem, was man annehmen soll, sich selbst fragen: ob man es thunlich finde, den Grund, warum man etwas annimmt, oder auch die Regel, die aus dem, was man annimmt, folgt, zum

allgemeinen Grundsatzes seines Vernunftgebrauchs zu machen“ (Kant 1964, S. 283). Bildung ist keine soziale Praxis einer unbefragten Verbindung von Gesolltem und Handeln, sondern ein intervenierendes Denken. Bei allem und angesichts der Regel, die „man annehmen soll“, sollte man sich fragen, ob man sie für vernünftig hält, das heißt teilen kann. Aber ein Handeln nach der Vorstellung der Regel ist keine Deutung der bloßen Regel. Es ist mehr: Es ist eine (Um-)Deutung der gemeinsamen Praxis, das heißt dessen, als was „wir“ uns verstehen wollen. Wie immer Unterbrechungen der selbstverständlichen Ordnung auch aussehen: Eine Umdeutung der sozialen Praxis im Sinne eines maßstablosen Urteilens (Hannah Arendt) geht ihnen als Sichtbarkeitspraxis voraus.

Bildung, was immer sie auch sein mag, sperrt sich der Anpassungslogik. Ihre Möglichkeit, ein politisches Subjekt zu sein, wurzelt in einer kritischen Denkungsart. Gewendet: Bildung widerstrebt in allem der Ausrichtung auf Prozesse der bloßen Anpassung. Sie stand stets für das *nicht angepasste*, für das reflexive und kritische Verhalten zu einer gemeinsamen und zugleich geteilten Welt. Es geht mit ihr doch am Ende darum, nicht auf jeden Reiz und Impuls zu reagieren, sich Normen unbefragt zu unterwerfen, Ordnungen einzupassen, also insgesamt der Logik der Anpassung zu folgen. Ihre Denkungsart ist ein kritisches Ethos, nicht dermaßen regiert zu werden.

NICHT MÜNDIGKEIT, NUR KONTROLLE

Gegenwärtig verschärft sich die Lage. Es ist nun weniger die Frage, ob Öffentlichkeit verschwindet oder nicht, sondern ob Bildung als dieses kritische Ethos, das die Bühne des Politischen errichtet, noch zum Selbstverständnis unserer Selbsteutung gehört, ob wir dieses kritische Ethos noch vernehmen, ob wir ansprechbar sind für Kritik. Daher muss die Frage erlaubt sein, was gegenwärtig Bildung noch sei? Gegenwärtig leben wir in einem Zeitalter der Post-Bildung, also in einer Zeit, in der die Rede von Bildung nicht mehr verstanden werden kann. Theodor W. Adorno hatte diesen Prozess sehr früh gesehen und erklärte in seiner Theorie der Halbbildung aus dem Jahre 1959, dass Bildung nur noch Halbbildung sei. Dieser Befund ist ohne Zweifel bis heute gültig. Heute wird Halbbildung vermittelt. Doch während der Halbbildete immerhin noch um Bildung und damit um seine Unzulänglichkeit wusste (was bei ihm mit Aggressivität verbunden war), kennt Post-Bildung nicht mehr das Unzulängliche. Bildung verliert so jede konstitutiv politische, kritisch-widerständige Dimension und wird stattdessen gegenteilig zum *politischen* Kontrollinstrument. Nicht Mündigkeit wird intendiert, nur noch Kontrolle. Öffentlichkeit gibt es daher in der Post-Bildung nicht mehr, ebenso wenig das Politische. Es gibt kein Gemeinsames, nur noch die Summe der

Singularitäten. Es gibt nur noch Gezähltes, die Bevölkerung. Es gibt keine Bürgerinnen und Bürger, nur Nutzerinnen und Nutzer.

Die Währung der Post-Bildung sind nur noch Kompetenzen. Sie folgen der Anpassungslogik bis ins Letzte. Der Effekt war und ist bis heute ein inzwischen gänzlich unpolitisches Bildungssystem, das strukturell und konzeptionell Anpassungsverhalten als Verhüllung des „blinden Gehorsams“ befördert, zur Unmündigkeit erzieht und nützliche Kompetenzen als grundständige „Volksbildung“ vermittelt. Das Öffentliche als Praxis der Freiheit, als politischer *way of life* weicht dem öffentlich Privaten; öffentlich, weil es darin kontrolliert werden kann, öffentlich, weil es darin die Sehnsucht nach Sozialität ausdrückt, öffentlich, weil es Politisches suggeriert und Ökonomisches schafft. Vermeintliche Bildungsziele sind die permanente Anpassung an vorgegebene Ordnungsmuster und die Ausbildung von Kompetenzen für solche Anpassungsleistungen. Kompetenzen werden trainiert, und es ist dann nur eine Frage der Zeit, wann sie erworben werden. Es geht nicht darum, den Begriff der Kompetenz zu diskreditieren, er liefert einfach nur kein gutes Modell für das, was wir Bildung nennen.

DER MENSCH WIRD EINSAM MIT SICH

Das Zeitalter der Post-Bildung ist nicht nur geprägt durch die konsequente Abschaffung von Bildung durch ihre lückenlose Kontrolle und Verwaltung. In ihrem Verschwinden kann sie ersetzt werden, eben durch Kompetenzen, neuerdings durch „digitale“ Bildung oder sämtlich durch Prozesse der sich flexibel anpassenden Selbstverbesserung (Lebenslanges Lernen). Dieser Ersatz von Bildung durch „Fakes“ ist ohne Reibung, weil deren Unzulänglichkeit nur vor dem Hintergrund eines Bildungsverständnisses möglich wäre. Dieses Verständnis wäre gekennzeichnet durch Prozesse der Distanzierung und der Verzögerung, durch Verschiebungen des Sinnlichen, schlichtweg durch eine andere, reflexive Sicht auf die Dinge. In der Orientierung an Bildung gibt es ein *tertium datur*, Zwischenräume und -zeiten sowie Möglichkeiten. Wilhelm von Humboldt hat daher die Bildung mit der Metapher der Wechselwirkung beschrieben, und zwar von Ich und Welt (vgl. Dörpinghaus 2020). Für ihn war die Voraussetzung von Bildungsprozessen, dass es eine Welt außerhalb von uns gibt, die verstanden werden will. Jede blinde Anpassung hingegen widerspricht diesem Bildungsbegriff, der in der reflexiven, distanzierenden Erfahrung wurzelt. Technologische Reproduktionsverfahren von Wirklichkeit, wie etwa die Digitalisierung, kennzeichnen die Post-Bildung. Sie schließen das Außerordentliche, das Zwischen, das Fremde und Andere aus. Es gibt mit ihnen keine Erfahrungen mehr, keine Wahrnehmung, die zu entdecken wüsste, was ihr nicht schon feilgeboten würde. Das Reagieren erübrigt das Antworten. Ihre *Nutzer* passen sich *per definitionem* der Wirklichkeit an.

Vor allem aber muss Bildung im Zeitalter der Post-Bildung eine zweifache Kritik als Widerstand gegen die Anpassung erfassen. Zum einen steht sie der Anpassung des Menschen an seine Welt gegenüber. Das bequeme, vorgefertigte Leben verführt zur Nutzung. Aber die Anpassung der Welt an den Menschen bedarf ebenfalls der Kritik. Zunehmend schaffen Algorithmen angepasste Welten, die kein Außerordentliches kennen, das eine Wechselwirkung von Ich und Welt als Bildungsprozess überhaupt erst erlaubte. Öffentlichkeit wäre undenkbar, da jede Form einer gemeinsam-geteilten Welt unterlaufen würde. Es bedürfte einer kritischen Reflexion auf die digitalen Praktiken der Macht, die nur außerhalb des Digitalen möglich sind. Durch Leibhaftiges. Durch eine Wirklichkeitserfahrung aus erster Hand. Der Mensch wird einsam mit sich. Und er kann sich nicht mehr irren. Bildung findet nicht einmal mehr den Boden vor, auf dem sie einst gedieh.

So warnte Giambattista Vico: Allein recht zu haben, heißt entweder Gott zu sein oder ein Narr. Diese Alternativen prägen derzeit das politische Arrangement der Zeit der Post-Bildung. Demokratische Strukturen sind ohne Bildung nicht von Dauer, weil sie allein nur ihre Folge sind. Insofern ist Post-Bildung auch die Diagnose eines bedrohlichen Rückfalls in totalitäre Gesellschaftsformen, in Formen von Ausschlüssen, Diskriminierungen und Gewalt. Zugleich stellt sich mit ihr die Frage der (nicht virtuellen) Kritik radikal. Kritik kann die gemeinsame Welt, das gemeinsame Miteinandersprechen, geschweige denn eine konsensuale Vernunft, auf die sich Arendt noch beziehen konnte, nicht mehr voraussetzen; vielmehr wird die Welt in dem Anspruch des Gemeinsamen und die Gemeinschaft im Anspruch des Gleichen zum unauflösbaren Problem des Politischen: eine Aufmerksamkeit auf das Andere der Vernunft, auf die Sehnsucht nach dem Anderen. Kritik schafft eine Öffentlichkeit, die sich selbst aufrichtig zerstört. Darin wird das Politische ästhetisch. Zur Bühne des Anderen.

Literatur

Dörpinghaus, Andreas: „Mich bilden“, in: *Pädagogische Korrespondenz*, Heft 61/2020, S. 73–87.
 Kant, Immanuel: „Was heißt: sich im Denken orientieren?“, in: *Werke in sechs Bänden*, hrsg. von Wilhelm Weischedel, Bd. 3, Frankfurt am Main 1964, S. 266–283.

Die Transparenzfalle

Die Krise der Repräsentation und der Verlust transformativer Öffentlichkeiten

EMMANUEL ALLOA

Professor für Ästhetik und
Kunstphilosophie, Universität
Freiburg (Schweiz).

„Sonnenlicht ist das beste Desinfektionsmittel;
elektrisches Licht die wirkungsvollste Polizei.“

Was der US-amerikanische Bundesrichter Louis
Brandeis bereits 1913 zum Ausdruck brachte,

ist heute zur Selbstverständlichkeit geworden: Wo Transparenz herrscht, verschwinden viele Probleme wie von Zauberhand. Transparenz steht allgemein für das Versprechen vollkommener Durchsichtigkeit, für das Aufräumen mit unklaren Verhältnissen, okkulten Mächten und dunklen Machenschaften, aber darüber hinaus auch für den Kampf gegen alle Abläufe, die hinter den Kulissen und bei verschlossenen Türen stattfinden und damit von Anbeginn unter Verdacht stehen müssen, den Absicherungen von Partikularinteressen zu dienen. Kein Tag vergeht, ohne dass neue Transparenzforderungen artikuliert werden: Ein Recht auf Transparenz wird in so unterschiedlichen Bereichen gefordert wie in der Finanzwelt, im Sport, in der Ernährungsindustrie,

der Medizin, den Medien oder natürlich auch in der Politik. Die Idee der Selbstmoralisierung durch Transparenz geht auf einen Denker zurück, der zu Beginn des 19. Jahrhunderts eine Theorie des gläsernen Managements vorlegte: Jeremy Bentham. Je genauer wir beobachtet werden, so der britische Philosoph und Begründer des Utilitarismus, desto besser benehmen wir uns auch. Bentham, der am Beispiel des von seinem Bruder Samuel entworfenen panoptischen Gefängnisses die Vorzüge einer auf absoluter Einsehbarkeit beruhenden Verwaltung erläutert, verwendet folgende Metapher: Die Tore aller öffentlichen Einrichtungen sollten für alle Neugierigen weit offen stehen – sie stellen die große offene Versammlung des Weltgerichts dar.

TERROR DES AUTHENTISCHEN

In Jeremy Benthams Metapher kommt die gleiche Vorstellung zum Ausdruck, die auch bei Louis Brandeis nachwirkt, nämlich, dass fragwürdige Absichten nach Möglichkeit das Tageslicht meiden und sich eher im Zwielfichtigen einrichten. Es ist wohl kein Zufall, wenn düstere Absichten, verhülltes Geschacher und heimliche Machenschaften allesamt im optischen Register der Dunkelheit angesiedelt werden. Wer nicht offen auf die Bühne tritt, muss zwangsläufig unter Verdacht stehen, nicht im Interesse des Gemeinwohls zu handeln, sondern vielmehr Finsteres im Schilde zu führen. In Benthams Fadenkreuz steht das alte Programm der sogenannten *arcana imperii*, das Regelwerk geheimer Praktiken, die der Souverän anwenden kann, um sein unmündiges Staatsvolk zu lenken. Wer das Zwielfichtige abschafft – so die Vorstellung –, minimiert auch die Gründe für Zwietracht, zumindest aber für die Heuchelei. Allgemein geht es darum, die Politik im Hinterzimmer abzuschaffen: Wenn etwas verhandelt wird, soll das auf offener Bühne geschehen, auf einer Bühne, deren Bühnenhaftigkeit und Inszeniertheit jedoch gezeugnet wird.

Dass Transparenz heute quer durch das politische Spektrum hindurch zum Konsensfaktor geworden ist, sagt viel über die Ängste einer Zeit aus, die sich selbst für postideologisch hält. Es ist bezeichnend, dass die mediale Zurüstung von Lebensbereichen und die apparative Kolonisierung unseres Erfahrungsraums umgekehrt immer größere Wünsche nach Unmittelbarkeit und *real time* nach sich ziehen. Das Transparenzideal geht dabei, wie zu argumentieren sein wird, mit einem neuen sozialen Konformismus Hand in Hand, der sich auch als Terror des Authentischen charakterisieren lässt. Im Hintergrund steht ein altes Thema: die Kritik der Repräsentation als Kritik des Spektakels.

Völlig neu sind die Zweifel an repräsentativen politischen Ordnungen nicht. Seit jeher steht die Repräsentation unter Verdacht, das Repräsentierte anders darzustellen, als es in Wirklichkeit ist, wenn es sich von sich selbst her zeigen würde. Unter dem Stichwort der Spektakelkritik wurde gegen jene

Verstellung angekämpft, im Namen einer Rückkehr zu mehr Authentizität. Grundsätzlich geht es stets um die Einführung einer Zweiteilung, einer dualistischen Verdopplung: Auf der einen Seite gibt es das Offenbare, auf der anderen die eigentliche Kraft; hier die Inszenierung, dahinter die Hinterbühne, hier das Vermeintliche, dahinter die eigentlichen Drahtzieher. Kaum verwunderlich also, dass die Forderung nach mehr Transparenz stets auch mit der Forderung nach Authentizität einhergeht: Es geht darum, mit der Doppelmoral aufzuräumen und mit einem nur vorgegaukelten Diskurs, hinter dem sich in Wirklichkeit anderes verbirgt. So der Facebook-Gründer Mark Zuckerberg, der dem Spiel mit Identitäten den Kampf angesagt hat: „Die Zeiten, in denen man seinen Kollegen eine Persönlichkeit präsentieren kann und Freunden eine andere, sind vorbei. Zwei oder mehr Identitäten zu haben, zeugt von einem Mangel an Integrität.“ Durch vermehrte Ausweiskontrollen will das soziale Netzwerk wieder Vertrauen in die Nutzerprofile schaffen. Dass dadurch Dissidenten in Ländern wie China oder dem Iran, die sich durch solche Profile dem Staatsapparat entzogen, in lebensgefährliche Situationen gebracht werden, wird freilich nie thematisiert.

UNMITTELBARKEITSPHANTASIEN

Das Transparenzideal, das heute geradezu unangefochten zum letztgültigen Konsensmotiv geworden ist, lebt von jenem Dualismus, den es zu bekämpfen beansprucht. Es geht darum, dort ein Kontinuum herzustellen, wo bislang die Dinge getrennt liefen, und buchstäblich gleichzusetzen, was abgegrenzt blieb. Wir rühren an ein entscheidendes Moment der Transparenzlogik: Es geht um die Einrichtung einer Durchlässigkeit, wobei gerade jene aktive Einrichtung verneint wird. Dass Transparenz hergestellt werden muss, dass sie das Ergebnis einer Produktion ist, kann wiederum nicht zum Thema gemacht werden, wenn man nicht erneut in Gefahr geraten will, zu denjenigen zu gehören, die Zwischeninstanzen und damit Möglichkeiten der Verfälschung einführen. Im Gegenteil: Das Prinzip der Transparenz widersetzt sich der Idee der Gemachtheit, in der immer schon die Gefahr der Machenschaften schlummert. Genau darin wird Transparenz zur Falle.

Die Verdachtsmaschine ist dabei wesentlicher Bestandteil der Argumentation. Könnte nicht auf die potenzielle Bedrohung durch die Hinterbühne verwiesen werden: Die Transparenzforderung verlöre einiges an Attraktivität. Nicht nur Verschwörungstheoretiker bedienen sich des Arguments; angesehene Theoretiker tun dies gleichermaßen: In Bezug auf die gegenwärtige politische Situation warnt der viel diskutierte Polittheoretiker Colin Crouch vor massiven Transparenzdefiziten. Zwar würden in der Postdemokratie weiterhin Wahlen abgehalten, doch diese seien nichts anderes als „politische Inszenierung“, in deren Schlagschatten dafür die „reale Politik hinter

verschlossenen Türen“ gemacht würde (Colin Crouch: *Postdemokratie*, übersetzt von Nikolaus Gramm, Frankfurt am Main 2008, S. 10). Die Zurückweisung der Repräsentation verbindet sich mit einer Verteidigung der transparenten Unmittelbarkeit, welche mehr Aufrichtigkeit verspricht, und zwar nicht nur im politischen Bereich, sondern auch in der Privatwirtschaft – empirische Auswertungen von Jahresansprachen etwa von Geschäftsführern internationaler Firmen belegen, dass *transparency* und *authenticity* gegenwärtig die zwei beliebtesten Schlagwörter sind.

Die Forderung nach einem Ende des Spektakels und nach einem Ende der Ästhetisierung – kurzum: nach einer Moralisierung der Verhältnisse – läuft darauf hinaus, jedem Akteur einen eindeutigen Platz zuzuweisen und von ihm eine endgültige Positionierung zu verlangen. In diesem Sinne ist Transparenz weniger Voraussetzung denn Verunmöglichung von Kritik. Wenn Kritik bedeutet, Unterscheidungen vornehmen zu können, Trennlinien aufzuzeigen, Differenzen kenntlich zu machen und das Nichtidentische hervorzukehren, dann muss eine Pluralität von Rollen möglich sein, eine Vielzahl von Positionen. Das theatrale oder ästhetisierende Moment ist, allen Neopuritanern zum Trotz, untilgbar; eine erscheinungsfreie Politik würde geradewegs auf ihre eigene Abschaffung zusteuern. Hierbei eignet dem Scheinwerferlicht der Transparenz, von dem Louis Brandeis und Julian Assange sprechen, ein eigentümlicher Status, denn als Medium der Aufdeckung ist dieses Moment nötig und misslich zugleich, weil es selbst wieder eine Form von Intervention darstellt, wo doch eigentlich das Versprechen einer Abschaffung aller äußeren Eingriffe im Raum steht. Der Prozeduralismus der Transparenzregime hat mit dem geburtsbedingten Problem zu kämpfen, dass es hier um Verfahren geht, die selbst nichts mehr bewirken dürfen, ohne sich dem Verdacht auszusetzen, selbst wiederum parteiisch zu sein: Dinge, Personen und Situationen sollen so ins Licht gerückt werden, wie sie waren, bevor überhaupt Licht auf sie fiel. Diese neue Bühne der Öffentlichkeit, die ihre eigene Theatralität verleugnet, bedarf einer entsprechenden Reflexion.

HYPERTRANSPARENZ UND BLINDHEIT

„Wer nichts zu verbergen hat, hat nichts zu befürchten“, so das Mantra im Transparenzdiskurs, und dieser Logik entsprechend gilt es, durch fortwährende Selbstenthüllung unter Beweis zu stellen, dass kein Winkel unausgeleuchtet bleibt. Der freiwillige Anschluss der Individuen an Kommunikationsnetzwerke wird symbolisch honoriert und durch andauernde Reizbestätigung unterhalten. Doch zugleich besagt das transparentistische Mantra, dass es nichts geben *soll*, was es zu verbergen gäbe. Das Wissen um Massenüberwachung führt zu neuen, flächendeckenden Formen der (Selbst-)Zensur: In vorauseilendem Gehorsam fügt sich der gläserne Bürger mutmaßlichen

Konformitätserwartungen und verschreibt sich neuen Imperativen von Unauffälligkeit. Der Hypertransparenz, die sich auf der einen Seite breitmacht, steht eine immer umfangreichere Blindheit auf der anderen entgegen. Beide Entwicklungen führen zu einer Erosion eines öffentlichen Raums der kritischen Auseinandersetzung.

Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang das Wikileaks-Motto „Privatheit für die Schwachen, Transparenz für die Mächtigen“ (*Privacy for the weak, transparency for the powerful*). Auf den ersten Blick hat man es, wenn an die Rechenschaftspflicht der Entscheidungsträger erinnert wird, mit einer Re-Aktualisierung einer aufklärerischen Forderung für das 21. Jahrhundert zu tun. Der Schein trügt jedoch, denn hier wird nicht von den Entscheidungen und ihren Relevanzbereichen her argumentiert, sondern aus einem Machtgefälle heraus, das zumindest teilweise auch ökonomisch motiviert wird. Wenn Wikileaks eine messerscharfe Trennlinie zwischen verschiedenen Trägern von Rechten zieht, dann muss die Frage erlaubt sein, von welchem Standpunkt aus eine solche Trennlinie gezogen wird. Wo Privatheitsrechte oder Transparenzanforderungen an Einzelpersonen geknüpft werden, findet eine unheilvolle Personalisierung des Rechts statt, ganz zu schweigen davon, dass grundlegende Personenrechte jenen Individuen verweigert werden, die etwa politische Ämter bekleiden. Gegen eine solche, weithin arbiträre Auseinanderdividierung der Gesellschaft, aber auch gegen jene Formen von liberalem Paternalismus, der Individuen vorschreibt, welche Lebensbereiche sie ein für alle Mal privat zu halten haben, ist es an der Zeit, die Grenze zwischen Privatem und Öffentlichem neu zu definieren.

DIE UNVERMEIDLICHE THEATRALITÄT VON DEMOKRATIE

Die Verteidigung eines unantastbaren Innenreichs, in das kein öffentliches Scheinwerferlicht jemals fallen darf, ist schon aus historischer Sicht überaus problematisch. In Bezug auf Frauenrechte etwa lässt sich nachweisen, dass die Verfestigung von Privatheitsdiskursen im 19. und 20. Jahrhundert vielfach dazu führte, patriarchale Ordnungsgefüge weiter zu verfestigen, insofern davon ausgegangen wurde, dass das, was zwischen vier Wänden passierte, niemanden sonst etwas anging. „Das Private ist politisch“ – dieses Motto, das ebenfalls mit dem *Second-wave*-Feminismus verbunden ist, war ein Versuch, die Aufmerksamkeit auf die Tatsache zu lenken, wie gewaltsam das Private sein kann; wenn etwa Sex in der Ehe unter allen Umständen als eine rein private Angelegenheit anzusehen wäre, gäbe es keinerlei Möglichkeit, gegen häusliche Gewalt oder Vergewaltigungen in der Ehe vorzugehen. Anders formuliert: Die Grenzziehung zwischen dem, was öffentlich, und dem, was privat ist, sollte weder im Ermessen des Individuums liegen noch einer gesellschaftlichen

Institution überlassen werden, sondern stellt eindeutig eine politische Angelegenheit dar, die als solche kollektiven Aushandlungsprozessen unterzogen werden muss.

Jenseits des transparentistischen Konformismus, aber auch der Verteidigung einer fest abgegrenzten Privatsphäre geht es vielmehr darum, heute wieder Bereiche zu verteidigen, in denen freier und spielerischer mit Selbstzuweisungen umgegangen werden kann. Es muss möglich sein, sich in bestimmten Praktiken üben zu können und sich in Kollektiven gemeinschaftlich zu betätigen, ohne dass dadurch unmittelbar Berufschancen verspielt oder Zukunftsperspektiven verschlossen werden; unterschiedliche Dimensionen von Unauffälligkeit sind für unterschiedliche Regionen unseres Selbst nötig. In Anbetracht der Rechenfähigkeit von Big Data, die in der Lage sind, auch anonymisierte Datensätze durch Querverbindungen treffsicher entsprechenden Endnutzern wieder zuzuweisen, ist die Fähigkeit, derlei Dimensionen voneinander zu entkoppeln, dringlicher denn je.

Es muss möglich sein, dass nicht jeder künftige Arbeitgeber unser gesamtes vorheriges Leben überschaut und in jede, jemals getätigte Äußerung Einblick nehmen kann. Nicht nur aus Gründen des Datenschutzes, sondern weil es möglich sein muss, dass wir nicht auf ewig mit dem- oder derjenigen übereinstimmen müssen, die wir einmal waren. Gegen die neue existenzielle Metrik und das biographische Ranking, gegen die flächendeckende Verdattung unserer Leben eröffnet die Möglichkeit, sich einer festgelegten und endgültigen Zuschreibung zu entziehen, verteidigungswerte Freiräume für alternative Prozesse der Subjektivierung. Probehandeln ist nicht nur in der frühkindlichen Entwicklung ein entscheidendes Moment; in jedem Alter bleibt Theatralität als das Ausprobieren alternativer Seins-, Wahrnehmungs- und Handlungsweisen eine maßgebliche Bedingung für das Offenhalten von Existenz. Nur unter dieser Voraussetzung können Individuen, aber auch Demokratien tatsächlich transformativ sein.

„Damit mal was los ist“

Ethnographische Erkundungen über öffentliche Orte in Dörfern Ostdeutschlands

JULIANE STÜCKRAD

Geboren 1975 in Eisenach, promovierte Volkskundlerin, Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Volkskundliche Beratungs- und Dokumentationsstelle für Thüringen im Thüringer Freilichtmuseum Hohenfelden.

Reden wir von Öffentlichkeit in ländlichen Räumen, müssen wir die Eigenheit eines jeden Dorfes bedenken und Kleinstädte einbeziehen, weil sie die Infrastruktur stärken.¹ Ländliche Lebensweisen befinden sich in einem stetigen Wandlungsprozess. Seit dem 19. Jahrhundert veränderten die fortschreitende Automatisierung der Landwirtschaft, die Ansiedlung von Industrie in Klein-

und Mittelstädten und der Ausbau des Verkehrs- und Transportwesens zunehmend die ländlichen Räume. Die Kollektivierung der Landwirtschaft in der DDR sorgte noch einmal für einen massiven Wandel der Lebenswelt. Trotzdem bleiben die Klischees vom Dorfleben recht stabil und entsprechen den wirklichen Bedingungen kaum. Es bestehen Vorstellungen vom Dorf als

einem überschaubaren sozialen Raum, über den das „Dorfauge“² wacht, damit die Normen eingehalten werden. Es mag solche Situationen in einigen Dörfern geben, aber es herrscht auch Anonymität, die eigentlich mit dem Leben in der Stadt in Verbindung gebracht wird. Öffentlichkeit muss in Dörfern und Kleinstädten bewusst herbeigeführt und erarbeitet werden, gerade angesichts des demografischen Wandels und seiner Folgen für das Erscheinungsbild öffentlicher Räume.

Die Kleinstadt Gößnitz in Ostthüringen verlor nach 1990 zahlreiche öffentliche Orte: das denkmalgeschützte Bahnhofsgebäude, das traditionsreiche Stadtcafé, die Post, das Kino und mehrere Gasthöfe. An anderer Stelle schuf die Stadt neue Begegnungsorte wie ein Kulturzentrum, eine Heimattube und einen modernen Sportplatz. Der Stadtraum mit seinen verlorenen Identifikationsorten, Neubauten, Leerständen und Sanierungserfolgen entpuppte sich in den Gesprächen, die ich dort zur Stimmungslage führte, als Gefühlsraum, der je nach Blickrichtung Stolz, Trauer oder Unmut hervorrief. Soziale Rollen, die man einst als Gößnitzer noch einnehmen konnte, wie die des Stadtcafé- oder Kinobesuchers, sind hier nicht mehr möglich. Neue Räume wie das Kulturzentrum oder die Heimattube, die andere Rollen erlauben, werden zwar angenommen, vermögen das Verlorene jedoch nicht zu ersetzen.³

Der Bewohner eines kleinen Dorfes im Elbe-Elster-Kreis erklärte mir im Rahmen einer Feldforschung zur Kultur des Unmuts: „Seit es den ‚Konsum‘ nicht mehr gibt, sieht man sich selten.“ Ein anderer Gesprächspartner erinnerte sich an die wöchentliche Bierlieferung, die immer am Dienstag kam und für die Männer den Anlass bot, sich nach Feierabend zu treffen und miteinander auszutauschen.⁴ Es sind diese kleinen, scheinbar wenig bedeutenden Alltagshandlungen, deren Verlust in der Summe aber zu spürbaren Veränderungen im Sozialgefüge ländlicher Räume führten und die sich dann im Dorf- und Stadtbild widerspiegeln.

ORTE DER BEGEGNUNG VERSCHWINDEN

Wie gravierend sich das Dorfbild im Zuge der Transformation veränderte, erfuhr ich in einem einstigen Guttdorf in Sachsen. Ich fragte den ehemaligen Pfarrer, wie der Dorfalltag vor 1989 aussah, als die Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft (LPG) die Gutsgebäude mitten im Dorf nutzte. Er erinnerte sich an die vielen Menschen, die beschäftigt waren, an zahlreiche Lastkraftwagen, die tagtäglich Futtermittel und Mist transportierten, an eine große Schafherde, die morgens und abends durchs Dorf getrieben wurde, an die Schüler und Arbeiter an der Bushaltestelle und an die Kinder, die im Baum vor dem Friedhof kletterten. Die LPG-Gebäude stehen heute leer, und das Dorfzentrum wirkt fast wie ausgestorben. Einige Dorfbewohner erzählten

mir, dass sie sich noch von früher aus der LPG kennen, sich heute aber kaum noch begegnen.⁵

Parallel zum Verschwinden vieler Orte der alltäglichen Begegnung, wie des „Konsums“, des Gasthofs oder des Gemeindebüros, veränderte sich der Alltag der Menschen durch das Auseinanderbrechen der Arbeits- und Lebenszusammenhänge. Die neue Situation auf dem Arbeitsmarkt erzwang eine höhere Mobilität, die letztlich dazu führte, dass viele Menschen weniger Zeit zu Hause verbringen können. Damit steigt der Wert des Privaten, was sich unmittelbar auf das öffentliche Leben auswirkt. Hinzu kommen Unsicherheiten im Umgang mit geänderten sozialen Normen im Zuge der Transformation in Ostdeutschland, die den Rückzug in die Privatheit befördern.⁶

In einem vogtländischen Dorf beschrieb ein Wirt, der oft hinter dem Fenster steht und auf Kundschaft wartet, seine Beobachtungen zur gegenwärtigen Bewegung der Menschen im öffentlichen Raum des Dorfes: „Die Leute fahren morgens zur Arbeit und kommen abends zurück. Sie fahren vorbei, manchmal winken sie, dann drücken sie auf den Knopf, das Garagentor öffnet sich, und sie verschwinden auf ihren Grundstücken.“⁷

„DANKE, DASS SIE SICH FÜR UNSER DORF INTERESSIEREN!“

Der mobilere Arbeitsalltag und die Schließung von Orten, die spontane Begegnungen zulassen, werden von vielen Bewohnern als Verlust empfunden. Sie suchen nach Wegen, den Tendenzen der Entfremdung⁸ etwas entgegenzusetzen, wie ich es in einem kleinen Dorf in der Dahlemer Heide erlebte. Hier besuchte ich ein Fest, das seit über zwanzig Jahren zum Abfischen des Karpenteiches gefeiert wird, „damit im Dorf mal was los ist“, wie einer der Organisatoren erklärte. Hier haben die Dorfbewohner das Problem, dass es keinen geeigneten Raum zum gemeinsamen Feiern mehr gibt. Das Gasthaus mit dem Saal wurde geschlossen und an das Landratsamt zur Unterbringung von Geflüchteten verpachtet. Das Pfarrhaus ist verkauft, und damit ging auch der Gemeinderaum verloren. Ein Festzelt ersetzt für die Dauer des „Anglerfestes“ die fehlenden Versammlungs- und Festräume.⁹ Diese Entwicklung kann man in vielen Dörfern beobachten. Es werden Feste organisiert, um die Gemeinschaft zu stärken. Sie sind als Inszenierung lokaler Identitäten zu verstehen. Das Festzelt wird zum Zeichen für aufwendig organisierte Dorffeiern und den gleichzeitigen Verlust von Gasthöfen. Diese Form der Festkultur ist darauf ausgerichtet, das Gefühl von Dorfgemeinschaft zu reaktivieren. Man identifiziert sich nicht mehr über den direkten Kontakt im Alltag, sondern über Symbole. Die lokale Identität entwickelt sich zunehmend zum Konstrukt.¹⁰

Trotz all dieser Veränderungen gibt es sie, die Orte der alltäglichen Öffentlichkeit. In einem vogtländischen Dorf mit nicht einmal dreihundert

Einwohnern wies man mich stolz auf die zwei Gasthöfe hin, die unter anderem deshalb bestehen können, weil sich die Vereine dort treffen.¹¹ In anderen Dörfern, die ich besuchte, machten eigens errichtete und teilweise mit öffentlichen Mitteln geförderte Vereinsheime oder Gemeindehäuser den ortsansässigen Gastwirtschaften Konkurrenz und beschleunigten deren Verschwinden.

Es ist dabei zu unterscheiden zwischen den öffentlichen Orten, die allen – Einheimischen, Fremden oder Reisenden – zur Verfügung stehen, wie einer Gastwirtschaft, einem Dorfladen oder auch der Kirche, und jenen, die nicht für alle gedacht sind, weil sie nur von Vereinsmitgliedern und Ortskundigen genutzt werden, wie ein Sportplatz, der Jugendclub oder das Feuerwehrgebäude. Die hier gepflegte Öffentlichkeit ist als begrenzt zu betrachten. Auf diese Weise entstehen in vielen Orten Teilöffentlichkeiten. „Jeder macht hier sein Ding“, beklagten in einem solchen Dorf einige meiner Gesprächspartner das Auseinanderfallen der Dorfgemeinschaft.

In einem anderen kleinen vogtländischen Dorf schlossen die beiden Gasthäuser. Nun treffen sich die Männer zum Feierabendbier am Sportplatz. Im Gegensatz zum Wirtshaus ist dieser Treffpunkt nur Einheimischen bekannt, und auch die Frauen des Dorfes haben keine Lust, sich dort hinzusetzen. Somit war es recht ungewöhnlich, dass ich als fremde Frau im Rahmen meiner Feldforschung dort erschien, um mit den Männern über die Streichung der Pfarrstelle, ihr Verhältnis zur Kirche und das große Musikfest, das alle zwei Jahre im Dorf gefeiert wird, zu sprechen. Zur Verabschiedung sagte einer meiner Gesprächspartner: „Danke, dass Sie sich für unser Dorf interessieren.“ Dieser Satz ruft einen weiteren Aspekt von Öffentlichkeit ins Bewusstsein: Es ist der Aspekt der öffentlichen Wahrnehmung und Würdigung der Menschen, die in ländlichen Regionen leben und mit viel Engagement trotz der Schrumpfungsprozesse und des Strukturwandels das Dorfleben aktiv gestalten.

ANGEBOTE FÜR MEHR ÖFFENTLICHKEIT

Die Fallbeispiele verweisen auf die Bedeutung öffentlicher Räume als Grundlage für öffentliches Handeln. Wo es an Orten fehlt, an denen man sich unkompliziert im Alltag begegnen kann, ist es aufwendiger, Gemeinschaftssinn aufzubauen. Daher wäre es sinnvoll, bei der Entwicklung ländlicher Räume auf die Erhaltung beziehungsweise Wiedergründung von Orten der Begegnung zu achten, die möglichst unkompliziert die Verknüpfung von Öffentlichkeit und Alltagswelt stärken. Betrachten wir den öffentlichen Raum als Bühne, wird deutlich, wie er uns erlaubt, verschiedene soziale Rollen einzunehmen. Mit dem Verschwinden öffentlicher Orte geht diese Möglichkeit, in unterschiedlichen Rollen Handlungssicherheit zu erlangen, verloren. Das führt nicht nur zu einer Entfremdung vom gesellschaftlichen Umfeld, sondern

auch zur Selbstentfremdung. Das Selbst konstituiert sich in seiner Relationalität. In der „Beziehung zu anderen und anderem“ eignet sich das Selbst die Welt an.¹²

Die Gestaltung öffentlicher Räume, die es uns ermöglichen, im Austausch mit anderen unser Selbst zu entwickeln und dabei heimisch zu werden, ist eine Aufgabe für Stadt- und Dorfentwicklung gleichermaßen. „Heimat braucht ‚Inszenierungen‘ für Einheimische und Fremde – symbolische Handlungen, Zeichen und Bilder; sie braucht Bühnen und Akteure – und sie braucht ein neugieriges, teilnehmendes Publikum.“¹³ Dem zunehmenden Rückzug in die Privatheit sind daher ansprechende Angebote der Öffentlichkeit entgegenzusetzen, sollen Gemeinschaftssinn und zivilgesellschaftliches Engagement auch in Zukunft das Leben in unseren Kommunen prägen.

¹ Christine Hannemann: „Kleine Stadt, was nun?“, in: Bettina Reimann et al. (Hrsg.): Vielfalt gestalten. Integration und Stadtentwicklung in Klein- und Mittelstädten, Deutsches Institut für Urbanistik, Edition Difü – Stadt Forschung Praxis, Bd. 17, Berlin 2018, S. 45–61, hier S. 55, siehe <https://difu.de/publikationen/2018/vielfalt-gestalten.html> [letzter Zugriff: 28.07.2020].

² Der viel zitierte Begriff geht zurück auf Albert Ilien/Utz Jeggle: Leben auf dem Dorf. Zur Sozialgeschichte des Dorfes und zur Sozialpsychologie seiner Bewohner, Opladen 1978.

³ Juliane Stückrad: „Die Perspektive der Stadt ist ja eigentlich die Perspektive der Menschen“. Eine ethnografische Studie zur Stimmungslage in Gößnitz, hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung Landesbüro Thüringen, Erfurt 2020, S. 27–32.

⁴ Juliane Stückrad: Ich schimpfe nicht, ich sage nur die Wahrheit. Eine Ethnographie des Unmuts am Beispiel der Bewohner des Elbe-Elster-Kreises im Süden Brandenburgs, Kiel 2010, S. 210–211.

⁵ Juliane Stückrad: Verantwortung, Tradition, Entfremdung. Zur Bedeutung von Kirche im ländlichen Raum. Eine ethnografische Studie in drei Dörfern des Regionalkirchenamtes Leipzig, Kohrener Schriften 2, Großpösna 2017, S. 19–20.

⁶ Bereits 1994 stellt Dietmar Wittich den Rückzug aus der Gesellschaft in die Privatsphäre für einen Großteil der ostdeutschen Bevölkerung fest. Er deutet dieses Verhalten als Ohnmacht gegenüber den herrschenden Verhältnissen, die durch das schnelle Tempo der Veränderungen noch gesteigert wurde; siehe Dietmar Wittich: Momente des Umbruchs. Sozialstruktur und Lebensqualität in Ostdeutschland, Berlin 1994, S. 165; Stückrad 2010, S. 214.

⁷ Feldforschung im Vogtland zur Bedeutung von Kirche in ländlichen Räumen, Juli 2018.

⁸ Rahel Jaeggi interpretiert Entfremdung als eine „Beziehung der Beziehungslosigkeit“. „Eine entfremdete ist eine defizitäre Beziehung, die man zu sich, zur Welt und zu den Anderen hat.“ Vgl. Rahel Jaeggi: Entfremdung. Zur Aktualität eines philosophischen Problems, Frankfurt am Main 2005, S. 22–23.

⁹ Stückrad 2017, S. 24–25.

¹⁰ Beatrice Ploch/Heinz Schilling: „Region als Handlungslandschaft. Überlokale Orientierung als Dispositiv und kulturelle Praxis: Hessen als Beispiel“, in: Rolf Lindner (Hrsg.): Die Wiederkehr des Regionalen, Frankfurt am Main / New York 1994, S. 122–157, hier S. 124.

¹¹ Feldforschung im Vogtland zur Bedeutung von Kirche in ländlichen Räumen, Juli 2018. Im Folgenden beziehe ich mich auf diese Studie.

¹² Rahel Jaeggi 2005, S. 91, S. 197 f.

¹³ Christel Köhle-Hezinger: „Heimatinszenierungen. Beobachtungen zur ländlichen Geschichtskultur in der Gegenwart“, in: Christel Köhle-Hezinger: Alltagskultur profan – sakral, hrsg. von Anita Bagus / Kathrin Pöge-Alder, Münster 2011, S. 203–209, hier S. 209.

Markenkern Evangelium

Kirche zwischen analoger und digitaler Wirklichkeit

MATTHIAS KOPP

Geboren 1968 in Velbert, Theologe, Archäologe und Publizist, seit 2009 Pressesprecher der Deutschen Bischofskonferenz, Bonn.

Kirche ist öffentlich. Nicht selten stellt sich jedoch die Frage, ob Kirche in ihrer öffentlichen Wahrnehmung ein Akzeptanzproblem hat. Wer es sich leicht machen will, kann sagen: Die Kirche hat bereits 2000 Jahre hinter sich, dann wird sie auch jetzt weiterleben und braucht sich um ihre

Akzeptanz nicht zu scheren. Aber so einfach ist es nicht, denn die Kirche sucht zu Recht nach Akzeptanz in der Öffentlichkeit. Damit ist nicht gemeint, sie wolle bedingungslos à la mode sein, oder sie sei bereit, aktuelle gesellschaftliche Positionen und Debatten bloß abzunicken oder sich dem Zeitgeist anzupassen. Suchen nach Akzeptanz in der Öffentlichkeit meint, was vor über fünf Jahrzehnten das Zweite Vatikanische Konzil gefordert hat: „Zur Erfüllung dieses ihres Auftrags obliegt der Kirche allzeit die Pflicht, nach

den Zeichen der Zeit zu forschen und sie im Licht des Evangeliums zu deuten. So kann sie dann in einer jeweils einer Generation angemessenen Weise auf die bleibenden Fragen der Menschen nach dem Sinn des gegenwärtigen und des zukünftigen Lebens und nach dem Verhältnis beider zueinander Antwort geben. Es gilt also, die Welt, in der wir leben, ihre Erwartungen, Bestrebungen und ihren oft dramatischen Charakter zu erfassen und zu verstehen“ (*Gaudium et spes* Nr. 4). Dieses Wort des Konzils hat damals wie heute Gültigkeit. Es zeigt, worum es geht: Die Kirche begegnet der Welt, und sie spricht mit der Welt, jeweils in der Sprache und auf den Kommunikationswegen, die zur Verfügung stehen. Kirche ermöglicht somit Öffentlichkeit, und sie ist zugleich Öffentlichkeit.

In der öffentlichen Wahrnehmung wird der Kirche vorgeworfen, dass sie die Glaubens- und Lebensrealität der Menschen nicht anerkenne und nicht zur Grundlage ihres Handelns mache. Umfragen berichten, dass nur zwanzig Prozent der Katholiken glauben, dass die Kirche ihnen in ihrem persönlichen Leben etwas zu sagen habe. Umso wichtiger erscheint es, die Botschaft des Glaubens an Gott verständlich zu machen und mitzuteilen. Obwohl Vertrauen und Glaubwürdigkeit in den zurückliegenden Jahren massiv beschädigt worden sind, spricht man der Kirche in der Öffentlichkeit nach wie vor eine große Kompetenz bei bestimmten Themen zu. Gerade in Bereichen wie der Wirtschaftsethik, der Bioethik, der politischen Ethik, aber auch bei der Gestaltung und Deutung von Umbrüchen im eigenen Leben, in der Notfall- und Telefonseelsorge und auf weiteren Feldern der kategorialen Seelsorge sind viele Menschen – auch sol-

che, die der Kirche nicht nahestehen – überzeugt, dass die Kirche Kompetenz hat und ihre Positionen zustimmungsfähig sind.

Zur Frage nach ihrer öffentlichen Wahrnehmung und dem öffentlichen Auftreten gehört für die Kirche auch die kritische Frage nach der Kohärenz von Handeln und Reden: Sind das Reden der Kirche und ihr Handeln identisch beziehungsweise miteinander verbunden? Diese Frage wird ergänzt durch die Bedeutung der Vermittlungskompetenz der Kirche: Gelingt es, den Kern des Glaubens und der kirchlichen Gemeinschaft zu vermitteln? Was sind die Themen, auf die sich die Kirche in ihrer Vermittlung, letztlich auch in ihrer Verkündigung konzentriert? Gibt sie auf die drängenden Fragen dieser Zeit eine Antwort? Künftiges Handeln – und damit auch öffentliches Kommunizieren – wird sich darauf konzentrieren, wie die Kirche besser und persönlicher bezeugt, was sie tut und warum sie es tut – nicht um sich zu rechtfertigen, sondern um verstehbar zu bleiben.

„CHRISTUS ALS MEISTER DER KOMMUNIKATION“

Ziel von Kommunikation und damit verbundener Öffentlichkeitsarbeit ist die Sichtbarmachung des Handelns einer Institution oder Person. Dies geschieht durch ein möglichst einheitliches und in der Öffentlichkeit wiedererkennbares Erscheinungsbild. Öffentlichkeitsarbeit versteht sich so als sichtbare Präsenz der Institution oder Person. Weil Kirche öffentlich ist, ist die Öffentlichkeitsarbeit wesentlicher Bestandteil ihres Handelns und der

Außenwahrnehmung, ja Kommunikation gehört zum Wesensauftrag der Kirche, wenn sie „Christus als Meister der Kommunikation“ (Pastoralinstruktion *Communio et progressio* 1971) ernst nimmt.

Öffentlichkeitsarbeit als Teil von Kommunikation ist somit eine ursächliche und notwendige Aufgabe der Kirche. Ohne Öffentlichkeitsarbeit wäre das, was die Kirche leistet und der Glaube bewirkt, drastisch unbekannter. Deshalb verfolgt kirchliche Öffentlichkeitsarbeit die Aspekte von Information und Dokumentation, von Verkündigung, von Dialog und von einer angemessenen Präsentation.

Dabei setzt Kommunikation ein möglichst dialogisches Geschehen voraus: Auf wen richte ich meine Botschaft aus, zu wem rede ich, wer hört mir zu, höre ich zu? In der Schnelligkeit des medialen Alltags gerät das schon einmal aus dem Blick. Kirche will die Öffentlichkeit mit ihrer Botschaft erreichen; gerade deshalb denkt und handelt sie multimedial. Eine so verstandene Kommunikationsarbeit zur Vermittlung der kirchlichen Botschaft zeigt, dass Kirchenkommunikation immer mehr erklären, verstehbar machen, erläutern muss, warum die Kirche so ist und was sie tut. Was vor zwanzig Jahren noch wie von selbst an Wissen über Kirche vermittelt wurde, ist heute längst nicht mehr der Fall.

Kirche und Öffentlichkeit bedeutet immer auch die Bildung eines Markenkerns. Der ist – verständlicherweise – zuallererst das Evangelium, das es zu verkünden (= in die Öffentlichkeit zu tragen) gilt. Weil es schwer und oft vorschnell ist, von „der Kirche“ zu sprechen, gibt es unter dem Begriff Kirche viele Aspekte öffentlicher Wahrnehmung. Eine der Marken ist die „Deutsche Bischofskonferenz“, genauso gibt es die Marke „Zentralkomi-

tee der deutschen Katholiken“ oder „Bistum X“ oder „Erzbistum Y“. Wichtig ist der jeweiligen Marke, dass für alle Interessierten Kirche sichtbar gemacht wird. Insbesondere für die Vertreter der Medien, aber auch für die politische und gesellschaftliche Öffentlichkeit wird damit zugleich die Handlungsfähigkeit des in der Marke befindlichen Kirchensegments signalisiert. Die Marke ermöglicht Identität. Ohne ihre eigene Marke (und damit öffentliche Positionierung) würde die Institution an kommunikativer Relevanz und Aufmerksamkeit verlieren. Die Marke bietet zudem die Chance, dass andere Teilmarken von der positiven Reputation und den besonderen Eigenschaften der zentralen Marke profitieren.

Markenbildung geschieht durch verschiedene Faktoren: Leitbilder, die das Selbstverständnis erläutern, gehören ebenso dazu wie Kommunikationselemente, mit denen die Marke und deren Kern transportiert werden. Ein Beispiel soll dazu erläutert werden.

KIRCHE IN ECHTZEIT

Die sozialen Medien als fester Bestandteil der Medienlandschaft haben die Welt der klassischen Medien fundamental verändert und sind ein wichtiger Impulsgeber für viele Nutzer: Nachrichten in Echtzeit – auf allen Kanälen, permanent, jedem zugänglich, nicht nur Journalisten. Und jeder Nutzer kann sofort reagieren, kommentieren und die Nachricht weiterverbreiten. Dieser Echtzeit-Berichterstattung stellt sich auch die Kirche, weil sie am öffentlichen Diskurs teilhaben will und für ihre Positionen wirbt. Mit den sozialen

Medien gelingt es der Kirche auf schnellstem Weg, nach außen zu kommunizieren, auf Rückfragen zu reagieren, in Debatten einzugreifen, Falschmeldungen zu demütigen oder Themen aufzunehmen, die an uns herangetragen werden. Das alles geschieht in einer einfachen, verständlichen Sprache und auf persönlicher Ebene. Die Kirche und damit auch die Bischofskonferenz wollen so möglichst unkompliziert ansprechbar sein, um mit Offenheit und Transparenz zum Austausch einzuladen und Informationsvermittlung zu ermöglichen.

Inzwischen ist der Anteil der älteren Nutzer sowohl in der Wirtschaft als auch in der Politik und weiten Teilen der Gesellschaft deutlich gestiegen, sodass man mit sozialen Medien wie Facebook gleich mehrere wichtige Zielgruppen erreichen kann. Präsenz in den sozialen Medien ist somit nicht mehr eine Ergänzung herkömmlicher kommunikativer Formen, sondern unabdingbar, um in den direkten Austausch mit Katholikinnen und Katholiken sowie anderen Interessierten zu treten. Aus diesen Gründen hat die Kommunikation von Bischöfen, Bistümern und kirchlichen Institutionen über die sozialen Medien in den vergangenen Jahren ebenso zugenommen wie die Kommunikation über die Kirche in den sozialen Medien. Deshalb hat die Bischofskonferenz zum 1. März 2020 einen eigenen Facebook-Kanal gestartet: Die hohe Anzahl von fast 4.000 Abonnenten innerhalb von drei Monaten nach der Einrichtung des Kanals (und ohne ein entsprechendes Marketing) zeigt das Interesse an den zur Verfügung gestellten Informationen.

Ziel von Öffentlichkeit und Kommunikation ist die Vermittlung des Marken-

kerns der Kirche, die Frohe Botschaft. Zu ihr kommen stets neue Themen, die es strategisch zu setzen gilt. Regelmäßig wiederkehrende Themen sind hier zu nennen wie auch kurz- und langfristige temporäre Themen. Fokus aller Themensetzung muss es sein, transparent, schnell, verständlich und strategisch durchdacht zu kommunizieren. Das gilt vor allem in Krisenmomenten.

KIRCHLICHES HANDELN „SYSTEMRELEVANT“

Die Coronakrise war außergewöhnlich, deshalb zeigte sich das Medieninteresse auch anders: Es war intensiver, aber auch deutlich nachdenklicher. Der Ton war differenziert, kirchliches Handeln wurde von vielen als in der Krise „systemrelevant“ eingestuft. Die Online-Alternativen von Gottesdienstübertragungen der beiden großen Kirchen sind in der Krise auf positive Resonanz gestoßen. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk, aber auch private Anbieter erhöhten spürbar die Anzahl von Gottesdienstübertragungen.

Der Verzicht, den Gottesdienst an Ostern zu besuchen, war für viele Menschen schmerzhaft. Umso wichtiger war die Verkündigung und Mitfeier des Gottesdienstes durch das beziehungsweise im Fernsehen, im Hörfunk und im Internet. Die Kirchen haben da eine große und bereichernde Kreativität erlebt. Die Erfahrung dieser Krise hat gezeigt: Wenn es um existenzielle Fragen geht, die definitiv in der Corona-Pandemie angerissen wurden, kommen viele Menschen auf die Kirche zu, suchen Seelsorge und Orientierung, gerade auch bei ethischen Debatten.

Bei aller Wertschätzung für die digitale Welt und die Erfahrungen in der Coronakrise bleibt grundsätzlich: Die Kirche darf den Anschluss an die Gesellschaft und die Gläubigen nicht verlieren. Deshalb muss sie digitaler werden und gleichzeitig eine personale Kommunikation, vom Ich zum Du, garantieren und zusätzlich ihre analogen Angebote nicht schmälern oder als gestrig in die Ecke stellen. Denn eines ist klar: Wege und Orte, wie und wo die Kirche Menschen erreicht, haben sich geändert. Darauf gilt es zu reagieren. Der Ausbau eigener Online-Angebote ist wichtig, aber die Online-Welt sollte primär auch als ein Ort angesehen werden, an dem die Kirche viele Menschen abholen und in die analoge Welt mitnehmen kann.

JEDEM REDE UND ANTWORT STEHEN

Digitale und analoge Welten der Kommunikation begegnen sich in den Biographien der Menschen. Deshalb braucht es Bewertungskriterien, also eine Art Guideline, um sich in der digitalen Welt zu bewegen. Es geht nicht darum, eine Web-Kirche aufzubauen, aber die Kirche muss im Web präsent sein. Kirche und Öffentlichkeit zeigen sich dort in einem positiven Verhältnis, wo die Kirche ihre Verantwortung

in der Öffentlichkeit wahrnimmt, präsent und ansprechbar ist. Das wird immer mit einem Höchstmaß an Verbindlichkeit einhergehen und damit letztlich auch an Vertrauen und Glaubwürdigkeit. Wer Öffentlichkeit herstellt, braucht Entscheidungsfreudigkeit und ein offensives Handeln. Nur eine kommunikativ offene Kirche wird ihrem eigentlichen Verkündigungsauftrag (= Markenkern) gerecht: stets bereit zu sein, jedem Rede und Antwort zu stehen, wie es im ersten Petrusbrief heißt.

Die katholische Kirche in Deutschland ist diesen Weg der offenen Kommunikation, der Verantwortung in der Öffentlichkeit in einem langen Prozess gegangen, als „pilgernde, hörende und dienende Kirche“, wie es der frühere Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Erzbischof Robert Zollitsch, formuliert hat. Kirche ist Öffentlichkeit, und deshalb ist Kirche nicht die Kirche eines kleinen, feinen Kreises von Übriggebliebenen. Es ist eine Kirche der Botschaft und Positionierung und nicht der Leisetreterei, der Kommunikation und Öffentlichkeit. Kirche sein bedeutet: echte Gemeinschaft, Realität, Gegenwart, das im wahrsten Sinne des Wortes „Fassbare“. Und genau das darf bei aller Digitalität nicht verloren gehen: Die Kirche muss ihrem Auftrag nachkommen, für die Menschen da zu sein und das von Jesus Christus begonnene Reich Gottes zu verkünden.

Meinungs- demokratisch

—
Brauchen wir noch Meinungseliten?

BARBARA PFETSCH

Professorin für Kommunikationswissenschaft und Leiterin der Arbeitsstelle Kommunikationstheorie und Medienwirkungsforschung, Freie Universität Berlin sowie Projektleiterin am Weizenbaum-Institut für die vernetzte Gesellschaft.

Was haben Gertrud Höhler, Nikolaus Blome, Richard David Precht und Michel Friedman gemeinsam? Nun, sie werden von dem Kieler Kommunikationsberater Malte Krüger (2013) als Mitglieder der sogenannten „Meinungseliten“ porträtiert. Betrachtet man die Auswahl der Köpfe mit Distanz, so könnte man eher sagen, dass sie zur Standardbesetzung der

Talkshows, zumeist in den öffentlich-rechtlichen Abendprogrammen, gehören. Dadurch sind sie prominent. Ob sie aber tatsächlich zur Elite zählen und ob ihre Meinung einflussreich ist, kann man durchaus bezweifeln. Es ist vielleicht kein Zufall, dass die Recherche unter dem Stichwort „Meinungselite“ zu eher leichtgängigen, populärwissenschaftlichen Abhandlungen führt.

Und obwohl wir intuitiv wissen, was mit Meinungseliten gemeint ist, taucht der Begriff in der sozialwissenschaftlichen Literatur kaum auf. Meinungsforschung und Elitenforschung gehen hier getrennte Wege. Die Politische Theorie verweist uns indessen darauf, dass moderne pluralistische Demokratien auf zivile Prozesse der Meinungsbildung angewiesen sind, die auf einem aufgeklärten Verständnis politischer Prozesse und vielfältigen Informationsquellen beruhen sollen (Dahl 1989, S. 221).

WER WIRD GEHÖRT?

Jenseits demokratischer Normen geht es bei den „Meinungseliten“ um die Frage, wie sich politische Öffentlichkeit in der gegenwärtigen Demokratie konstituiert, wer dabei Ansprüche des Einflusses geltend macht und wer tatsächlich gehört wird. Die Frage „What moves public opinion?“ ist 1987 von einer Gruppe US-amerikanischer Politikwissenschaftler um Benjamin Page zum Gegenstand einer empirischen Langzeitstudie gemacht worden. Dabei wurden die Einflussfaktoren identifiziert, die Umschwünge in der öffentlichen (Mehrheits-)Meinung bewirken. Das Ergebnis ist nicht überraschend, wiewohl diese Studie zu den wenigen gehört, die politische Meinungsmacht empirisch nachweisen. In der US-amerikanischen Gesellschaft der 1980er-Jahre waren es die Kommentatoren der Fernsehnachrichten, die laut den Daten der Demokratieforscher den stärksten Einfluss auf die öffentliche Meinung hatten. Sie repräsentierten die Elitemeinung und den nationalen Konsens und stehen stellvertretend für die Haltung der Medien insgesamt, schreiben Page et al. (1987, S. 23).

Die zweite Gruppe, die nach dieser Studie die öffentliche Meinung nachweislich beeinflussen kann, sind Experten. Keinen Einfluss auf die Konstituierung von öffentlicher Meinung hatten hingegen Interessenvertreter und Lobbyisten. Betrachtet man die Öffentlichkeit in der derzeitigen globalen Gesundheitskrise, so erscheinen die althergebrachten Befunde der US-amerikanischen Forscher nach wie vor plausibel. In der Situation des konkreten Lockdowns im März und April 2020 waren es in der Tat Moderatoren wie Claus Kleber und Ingo Zamperoni, also Journalisten der Nachrichtenmagazine, im Verein mit Christian Drosten und Jonas Schmidt-Chanasit, beide Experten aus der Virologie, die fast ein ganzes Land dazu veranlassten, die Einschränkungen ihrer Bewegungs- und Meinungsfreiheit zu akzeptieren. Für einen kurzen Zeitraum waren das Prestige und die Glaubwürdigkeit dieser Sprecher so hoch und ihre Argumente mindestens so überzeugend, dass keine öffentlichen Meinungen gegen ihre Empfehlungen wahrnehmbar waren. Die Zuschauerzahlen und Reichweiten der öffentlich-rechtlichen Nachrichtenprogramme und die Klickzahlen ihrer Onlineauftritte stiegen in dieser Zeit auf unerwartete Höchststände (Nielsen et al. 2020).

Doch was in Ausnahmezeiten der globalen Gesundheitskrise kurzfristig galt und zuvor im inzwischen historischen Zeitalter des Fernsehens gegolten hatte, erscheint angesichts des heutigen Zustandes der Gegenwartsöffentlichkeit nicht mehr plausibel. Zwar ist das Fernsehen immer noch eine der wichtigsten Quellen politischer Information, und die Qualitätszeitungen gehören unbestritten zu den publizistischen Meinungsführern, doch diese Medien erreichen manche Gruppen und insbesondere die jüngere Generation schon lange nicht mehr. Die jungen Leute bewegen sich stattdessen in der digitalen Öffentlichkeit der Onlinemedien, in den sozialen Netzwerken, auf den Videoplattformen. Sie nutzen Messenger-Dienste und Suchmaschinen. Das heißt, mit dem Medienwandel sind neue Bedingungen der öffentlichen Kommunikation entstanden, und infolgedessen haben sich die Institutionen und Prozesse der politischen Meinungsbildung in der repräsentativen Demokratie sowie das demokratische Gespräch zwischen Bürgern und Politik grundlegend verändert.

„HYBRIDES MEDIENSYSTEM“

Die Zahl und die Formenvielfalt der Kommunikationsräume, in denen politikrelevante Meinungen entstehen, geteilt und bearbeitet werden, haben enorm zugenommen. Die Kommunikationsinfrastruktur in gegenwärtigen liberalen Demokratien ist nicht allein durch das scheinbar alles dominierende Internet mit seinen digitalen Plattformen, sozialen Medien und Videoplattformen gewachsen, sondern auch durch sogenannte Intermediäre (Vermittler zwischen den Anbietern von Informationen und ihren Nutzern, die sich dadurch auszeichnen, dass sie Inhalte Dritter durch deren Aggregation, Selektion und Präsentation verfügbar machen, siehe etwa www.medienanstalt-nrw.de/themen/intermediaere.html) und deren Feedback- und Kommentarfunktionen, *Watchblogs*, Empfehlungs- und Bewertungssysteme. Diese digitale Öffentlichkeit ist auf vielfache Weise mit den traditionellen Massenmedien verbunden. Und gerade die Koexistenz digitaler Kommunikationsinfrastrukturen und traditioneller publizistischer Medien bewirkt den neuen Charakter der politischen Öffentlichkeit.

Der britische Soziologe Andrew Chadwick (2010) war einer der ersten Sozialwissenschaftler, der die Brisanz dieser Gemengelage für die politische Meinungsbildung erkannt hat. In einer Fallstudie zur sogenannten *Bullygate*-Affäre konnte er zeigen, welche Prozesse der politischen Meinungsbildung dieses neue „hybride Mediensystem“ in Gang setzt: Der damalige britische Ministerpräsident Gordon Brown war in den Verdacht des Mobbings von Mitarbeitern geraten, und allein die Anschuldigung setzte innerhalb weniger Tage einen Medienhype in Gang, bei dem sich die Onlinemedien, digitale Plattformen und die traditionellen Massenmedien in ihren Vermutungen und Meinungen gegenseitig befeuerten: „Personnel, practices, genres, technologies,

and temporalities of supposedly ‚new‘ online media are hybridized with those supposedly ‚old‘ broadcast and press media“ (S. 3).

Ein anschauliches Beispiel für die schnellen und unkontrollierten Dynamiken der Meinungsbildung zwischen alten und neuen Medien in Deutschland ist der Medienhype um das Video des Bloggers Rezo, der im Mai 2019 unmittelbar vor der Europawahl ein Video mit dem Titel „Die Zerstörung der CDU“ gepostet hatte. Das Video, das inzwischen über siebzehn Millionen Klicks verzeichnet, hatte damals zu innerparteilichen Auseinandersetzungen in der CDU geführt, die wiederum Anlass waren, dass sich Journalisten publizistischer Medien und Blogger im Internet gegenseitig die Bälle zuspielten. Wie man daran sieht, reagieren alte und neue Plattformen wechselseitig aufeinander und sind inzwischen so eng miteinander verstrickt, dass ganz neue Meinungskaskaden entstehen.

Die digitale Kommunikationsinfrastruktur verändert nicht nur die Art und Weise der politischen Meinungsbildung, sondern verschafft inzwischen ganz neuen und anderen „Meinungseliten“ enorme Reichweiten. Influencer und Blogger sind plötzlich prominente Figuren, deren Meinungsäußerungen die liberalsten und tolerantesten Parteiliten nicht mehr ignorieren können. Die Plattform *economy4mankind* betreibt eine Hitparade der 100 angeblich wichtigsten Blogs und VLogs und feiert deren politische und gesellschaftliche Bedeutung als außerparlamentarische Opposition (siehe www.economy4mankind.org/wichtigste-blogs-politik-wirtschaft-deutsch/). Platz 1 belegt dabei *KenFM*, gefolgt von *Telepolis* und *Tichys Einblick*, danach *Rubikon* und *Die Achse des Guten*.

RELEVANZ DURCH VERNETZUNG

Gemeinsam ist einer Reihe dieser Blogs eine eigenartige Rhetorik der Verquickung von rechtspopulistischen Verschwörungsnarrativen sowie Lügenpresse- und Manipulationsbehauptungen gegenüber den sogenannten Mainstreammedien und der etablierten Politik, denen *Brainwashing* und Manipulation vorgeworfen werden. Diese „neuen“ Meinungseliten sind überzufällig journalistische Renegaten und politische Aussteiger, die sich in der Mission des Enthüllungsjournalismus über Klimawandellügen und Verschwörungsnarrative in Bezug auf die COVID-19-Pandemie sehen. Finanziert werden diese Blogs durch Werbeeinnahmen und Spenden, und ihre Reichweiten können sich an den Auflagen von Tageszeitungen messen. In Bezug auf die politische Meinungsbildung liegt ihre Bedeutung weniger darin, dass sie den Status „alternative Medien“ beanspruchen. Ihre Relevanz erhalten sie eher durch die Vernetzung und gegenseitige Verstärkung von Meinungen einerseits – und andererseits durch die Art und Weise sowie die Tonlagen, wie scheinbare Argumente vorgetragen werden.

In der analogen Welt hatten die traditionellen Massenmedien die Akteure sortiert, die zu Wort kamen, hatten sie moderiert und kommentiert. Mit dem Aufstieg der Plattformen als Infrastrukturen und mit deren unkontrollierbaren Verstrickungen entsteht eine neuartige Öffentlichkeit, die die wichtigsten Voraussetzungen der politischen Meinungsbildung – nämlich Transparenz, Validierung und Orientierung (Neidhardt 1994) – nur noch unter erschwerten Bedingungen erfüllen kann. Die politische Meinungsbildung hat sich in zweifacher Hinsicht radikal verändert: zum einen dadurch, dass zutreffende, evidenzbasierte, recherchierte Informationen und nachprüfbare Wahrheitsansprüche nicht mehr ohne Weiteres vorausgesetzt werden können. Zum anderen haben sich die Grenzen der politischen Debatte und das, was gesagt werden darf, verschoben.

Die Meinungsbildung ist durch die digitalen Medien vielfältiger geworden, der neue Beitrag besticht allerdings durch Argumentationsarmut bei gleichzeitig extremen und schrillen Tonlagen, Emotionalisierungen und Angriffsrhetoriken. Wesentliche Bereiche dieser Öffentlichkeit sind von Dissonanzen und Brüchen geprägt, die nun in vielfältiger Weise Ausdruck finden (Pfetsch 2018). Dies gilt umso mehr, als die technische Infrastruktur nicht neutral ist. Technische Affordanzen und von Algorithmen gesteuerte Verstärkungen heizen die sowieso schon schrillen Tonlagen der Meinungsbildung an. *Watchblogs*, Empfehlungs- und Bewertungssysteme erhöhen den Druck noch einmal und zwingen Medien und Politik, auf diese Meinungen zu reagieren. Die Situation der politischen Meinungsbildung ist prekär, weil sich digitale Kommunikationsinfrastruktur, öffentliche Kommunikation und Tendenzen des sozialen Wandels wie Individualisierung und Disaggregation gegenseitig durchdringen – und dies in einer lang anhaltenden Situation des Nachlassens politischer Bindungen und eines Vertrauensverlustes in Parteien und Medien.

PSEUDOAUFLÄRER VERSUS POSITIONSELTEN

Angesichts der Randbedingungen der öffentlichen Kommunikation stellt sich nicht die Frage, ob wir noch Meinungseliten brauchen, sondern die Frage lautet: *Welche* Meinungseliten brauchen wir? Hier lohnt sich ein Blick auf die Frage, wer auf welche Weise in eine Elitenposition kommt, die mit dem Prestige und der Glaubwürdigkeit von professionellen Kommentatoren verbunden ist. Diese Frage ist für die „alten“ Meinungsmacher, die journalistischen Leistungseliten und die Experten, leicht zu beantworten: Ihre Karrierewege und Aufstiege sind transparent (Mayerhöffer und Pfetsch 2018).

Die „neuen“ Meinungsmacher hingegen sind oft das zufällige Produkt der Aufmerksamkeitskonkurrenz und der Klickzahlen, die Intermediären

und digitalen Plattformen ebenfalls weitgehend zufällig zuteilwerden. Ihr Anliegen scheint größtenteils weniger im Ringen um ein aufgeklärtes Verständnis demokratischer Prozesse zu liegen, sondern eher in vorgeblichen Enthüllungsmissionen und einer Radikalisierung, deren Interessen und Motive mitnichten demokratisch erscheinen. Je mehr selbsternannte Pseudoaufklärer aus der digitalen Welt uns begegnen, umso mehr brauchen wir die „alten“ journalistischen Positionseliten, die *Public Intellectuals* und die Experten, deren Meinungsäußerungen gerade nicht auf Hörensagen und Verschwörungen beruhen, sondern auf Informationen, die korrekt recherchiert, transparent und nachvollziehbar sind.

Literatur

Chadwick, Andrew: „The Political Information Cycle in a Hybrid News System: The British Prime Minister and the ‚Bullygate‘ Affair“, in: *International Journal of Press/Politics*, Jg. 16, Nr. 1/2011, S. 3–29.

Dahl, Robert A.: *Democracy and its Critics*, Yale University Press, New Haven 1989.

Krüger, Malte: *Die Vermessung der Elite: Warum Deutschlands Vorzeigedenker die Kapitalismuskrise nicht erklären können*, BoD, Norderstedt 2013.

Mayerhöffer, Eva / Pfetsch, Barbara: „Media Elites“, in: Best, Heinrich / Higley, John (Hrsg.): *The Palgrave Handbook of Political Elites*, Palgrave Macmillan, London 2018, S. 417–437.

Neidhardt, Friedhelm: „Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen“, in: ders. (Hrsg.): *Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen*, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 34, Westdeutscher Verlag, Opladen 1994, S. 7–41.

Nielsen, Rasmus Kleis / Fletcher, Richard / Newman, Nic / Brennan, J. Scott / Howard, Philip N.: „Navigating the ‚Infodemic‘: How People in Six Countries Access and Rate News and Information about Coronavirus“, Reuters Institute for the Study of Journalism and the University of Oxford 2020, www.politico.eu/wp-content/uploads/2020/04/Navigating-the-Coronavirus-infodemic.pdf [letzter Zugriff: 06.08.2020].

Page, Benjamin I. / Shapiro, Robert Y. / Dempsey Glenn R.: „What moves public opinion?“, in: *The American Political Science Review*, Jg. 81, Nr. 1/1987, S. 23–44.

Pfetsch, Barbara: „Dissonant and Disconnected Public Spheres as Challenge for Political Communication Research“, in: *Javnost – The Public*, Jg. 25, Nr. 1–2/2018, S. 59–65.

Muster der Meinungsbildung

—
Öffentliche Meinung und die Ethik des Journalismus

THOMAS PETERSEN

Geboren 1968 in Hamburg, Kommunikationswissenschaftler und Meinungsforscher, Projektleiter beim Institut für Demoskopie Allensbach (IfD).

„Öffentliche Meinung“ ist ein Begriff, den jeder verwendet, aber fast niemand versteht. Die Geistesgeschichte ist gepflastert mit gescheiterten Versuchen, zu beschreiben, was „öffentliche Meinung“ eigentlich bedeutet. Der Journalismusforscher W. Phillips Davison stellte Ende

der 1960er-Jahre in einem Lexikon fest, dass es keine allgemein gültige Definition für den Begriff gebe, er aber dennoch immer häufiger verwendet werde. Wenige Jahre zuvor hatte der Politikwissenschaftler Harwood L. Childs ein Buch mit dem Titel *Public Opinion: Nature, Formation and Role* veröffentlicht, das zwar fünfzig Definitionen enthielt, nach deren Lektüre man aber nicht wesentlich schlauer ist. Elisabeth Noelle-Neumann, Pionierin der Meinungsforschung in Deutschland, schwor sich noch als Studentin in den 1930er-Jahren, sie wolle nie mehr mit diesem Begriff etwas zu tun haben, an dem sie sich bei der Arbeit für ihre Doktorarbeit die Zähne ausgebissen hatte. Jahrzehnte später klagte Emil Dovifat, Mitbegründer der deutschen Publizistikwissenschaft, das Wort sei einfach nicht totzuschlagen.

Wenn man ein Wort nicht versteht, es aber „einfach nicht totzuschlagen“ ist, bedeutet das, dass es höchstwahrscheinlich etwas Wichtiges bezeichnet, was sich nicht durch einen anderen Begriff fassen lässt. Es ist unstrittig, dass die öffentliche Meinung große Macht in sich birgt. Doch woher sie rührt und wie sie sich entfaltet, bleibt oft im Unklaren. Man kann vermuten, dass die Hilflosigkeit im Umgang mit dem Stichwort zum Teil auch dem Umstand geschuldet ist, dass oft versucht wird, öffentliche Meinung zu verstehen, ohne dabei die Rolle der Massenmedien zu berücksichtigen. Doch das ist vermutlich unmöglich. Das Wechselspiel zwischen der öffentlichen Meinung und dem Journalismus bildet einen wesentlichen Kern der gesellschaftspolitischen Entwicklung in einer Demokratie.

Seit es Massenmedien gibt, haben Regierungen versucht, die Medien unter Kontrolle zu bringen, weil sie annehmen mussten, dass diese wesentlichen Einfluss auf die Entstehung der öffentlichen Meinung haben, die wiederum die Grundlage, die Legitimation ihrer Macht bildete. Doch der Journalismus besitzt nicht nur einen Einfluss auf die öffentliche Meinung; er wird auch umgekehrt von ihr beeinflusst. Es ist eine zentrale Aufgabe von Journalisten, das Zeitklima zu erfassen und für ihr Publikum aufzubereiten. Damit sind sie ihm aber auch bis zu einem gewissen Grade ausgesetzt, was ihre Perspektive unvermeidlich lenkt. Das Bewusstsein dieser Wechselbeziehung, des Einflusses der Journalisten auf die öffentliche Meinung bei gleichzeitiger Begrenztheit durch sie, steht am Anfang der wissenschaftlichen Betrachtung der gesellschaftlichen Rolle des Journalismus.

„BILDER IN UNSEREN KÖPFEN“

Die wichtigste Pionierarbeit zu diesem Thema stammt von dem amerikanischen Journalisten Walter Lippmann, der bereits 1922 in seinem Buch *Public Opinion* die Mechanismen der Meinungsbildung und des Einflusses der Massenmedien auf sie beschrieb. Die Bürger, so Lippmann, hätten nur wenige Möglichkeiten, sich aus erster Hand Informationen über das Zeitgeschehen zu beschaffen, und seien damit auf die Berichterstattung der Medien angewiesen. Diese wiederum seien gezwungen, das Material, das ihnen zur Verfügung steht, meist nach bereits vorher existierenden Vorstellungsmustern zu selektieren („Gatekeeper“) und zu vereinfachen. Die Bürger übernahmen dann die von den Medien vermittelten stereotypen Darstellungen, vereinfachten sie noch einmal und vermischten sie mit eigenen Voreinstellungen. Die Vorstellungen von den Ereignissen, die sich auf diese Weise bildeten (Lippmann sprach von den „Bildern in unseren Köpfen“) hätten dann oft nicht mehr viel mit der Wirklichkeit gemeinsam.

Die in den Jahren danach einsetzende Geschichte der Medienwirkungsforschung ist wechsellvoll und von vielen Rückschlägen gekennzeichnet, denn

es zeigte sich, dass es gar nicht so einfach war, das eigentlich Offensichtliche, den erheblichen Einfluss der Massenmedien auf die Meinungsbildung, nachzuweisen. Erst ab den 1970er-Jahren bekamen die Wissenschaftler das Thema etwas besser in den Griff und konnten nach und nach Strukturen der Wirkung der Massenmedien auf die Bevölkerungsmeinung freilegen. Sie ist nach allem, was sich erkennen lässt, zwar oft indirekt, aber durchaus beträchtlich.

Nun ändern sich die Medienlandschaft und mit ihr der Medienkonsum bekanntlich laufend, weshalb die Erkenntnisse der Medienwirkungsforschung auch ständig überprüft und weiterentwickelt werden müssen. Vieles ließe sich an dieser Stelle sagen über die Fragmentierung des Publikums durch die Vervielfachung der Informationsquellen im Internet, die Bildung von Informationsblasen in den sozialen Medien und die wachsende Bedeutung von Laienjournalisten, um nur ein paar Stichworte zur aktuellen Entwicklung zu nennen; doch dass der Journalismus bei der Meinungsbildung nach wie vor eine wesentliche Rolle spielt, ist (zumindest außerhalb mancher Redaktionen) mittlerweile unbestritten.

RATIONALER DISKURS ODER WERTGELADENE MEINUNGEN

Die Vorstellung, welche konkrete Rolle den Journalisten im Meinungsbildungsprozess zukommt, ist abhängig von den Vorstellungen, die mit dem Begriff öffentliche Meinung verbunden werden. Und hier lassen sich trotz der eingangs beschriebenen Schwierigkeiten, den Begriff zu fassen, zwei verschiedene Grundmuster des Verständnisses identifizieren: Da ist einmal die auf den Idealen der Aufklärung aufbauende Vorstellung von der öffentlichen Meinung als Ergebnis eines rationalen Diskurses verantwortungsvoller Bürger, die in offener Debatte nach Lösungen für die Gemeinschaft suchen. Die öffentliche Meinung wird hier als Quelle der Legitimität politischer Entscheidungen und als Korrektiv zur Regierung verstanden. Diese Vorstellung ist heute mit dem Namen Jürgen Habermas verbunden, dessen Buch *Strukturwandel der Öffentlichkeit* das prominenteste und wohl auch ausführlichste Werk ist, dem diese Sichtweise von öffentlicher Meinung zugrunde liegt. Die Wurzeln des Denkansatzes reichen jedoch mindestens bis ins 19. Jahrhundert zurück.

Nach der zweiten Sichtweise ist öffentliche Meinung nicht das Ergebnis eines rationalen Diskurses, sondern enthält eine starke emotionale, ja moralische Komponente. Die bekannteste Vertreterin dieses Ansatzes war Elisabeth Noelle-Neumann, die öffentliche Meinung als „wertgeladene Meinungen oder Verhaltensweisen, die man öffentlich zeigen kann, ohne sich zu isolieren“, definierte. Dahinter steht der Gedanke, dass die meisten Menschen Isolation fürchten. Deswegen beobachten sie aufmerksam ihre Umwelt und registrieren aus dem Verhalten ihrer Mitmenschen, welche Meinungen oder

Verhaltensweisen auf Zustimmung stoßen oder zumindest geduldet werden und mit welchen Meinungen man sich isoliert. Wer feststellt, dass er mit seiner Meinung auf Ablehnung stößt, wird sich, so die Theorie, mit öffentlichen Äußerungen zurückhalten; wer sich dagegen bestätigt fühlt, wird sich frei und ohne Furcht äußern. Die öffentliche Meinung ist damit diejenige Position, die allgemein gesellschaftlich akzeptiert wird. Sie ist damit auch ein Instrument der sozialen Kontrolle, die auf den Einzelnen Druck ausübt, sich ihr anzupassen; ein Vorgang, der sich im Alltag oft beobachten lässt. Wenn heute Menschen über mangelnde Meinungsfreiheit in Deutschland klagen, meinen sie damit in aller Regel nicht die Gesetzeslage, sondern den Druck der öffentlichen Meinung, die sie mit Isolation bedroht.

DISTANZ ODER EINFLUSS

Ganz gleich, welches Verständnis von öffentlicher Meinung man zugrunde legt, in jedem Fall spielen die Massenmedien eine Schlüsselrolle: Bei der öffentlichen Meinung – verstanden als kritisch-rationales Korrektiv der Regierung – übernehmen sie die Rolle der *agora*, also des Marktplatzes. Sie dienen als Mittler zwischen den Bürgern und dem Staat, eine Funktion, die in dem Begriff „Medien“ anklingt.

Bei der Bildung der öffentlichen Meinung im sozialpsychologischen Sinne sind die Medien neben der persönlichen Kommunikation die wichtigste Quelle, aus der der Einzelne erfährt, was in der Gesellschaft geduldet wird und was nicht. Da die aus den Medien gewonnenen Eindrücke vor allem bei Fragen der „großen“ Politik nur in Ausnahmefällen durch persönliche Beobachtungen korrigiert werden können, bestimmen die Medien den Grundton des Zeitklimas wesentlich mit.

Aus der Tatsache, dass die Medien bei der Entstehung der öffentlichen Meinung eine zentrale Rolle spielen, leitet sich eine erhebliche gesellschaftliche Verantwortung der Journalisten ab, die über die in der Öffentlichkeit gelegentlich thematisierte Wächterfunktion der Medien gegenüber der Regierung weit hinausgeht. Diese Verantwortung wiederum legt eine öffentliche, vor allem aber auch eine medieninterne Diskussion um das journalistische Selbstverständnis und die Berufsethik von Journalisten nahe.

So stellt sich beispielsweise die Frage, ob die Trennlinie zwischen der professionellen Aufgabe, über die Zeitverläufe Bericht zu erstatten, auf der einen Seite und dem Recht des Staatsbürgers, sich privat für politische Ziele einzusetzen, auf der anderen Seite in der journalistischen Praxis scharf genug gezogen wird. In verschiedenen demokratischen Ländern gibt es in dieser Frage unterschiedliche Gepflogenheiten: So haben vergleichende Journalistenbefragungen wiederholt gezeigt, dass in den Vereinigten Staaten und in Großbritannien viele Journalisten eher das Selbstbild des distanzierenden

Berichterstatters haben, das sich mit dem der BBC zugeschriebenen Prinzip zusammenfassen lässt, wonach sich ein guter Journalist mit keiner Sache gemein machen dürfe, auch keiner guten. Deutsche Journalisten sehen dagegen öfter ihre Aufgabe darin, sich aktiv für von ihnen als richtig angesehene Ziele einzusetzen.

STICHWORT „LÜGENPRESSE“

Eine weitere Frage ist, welche Konsequenzen aus der bereits von Lippmann beschriebenen Begrenztheit der eigenen Wahrnehmung zu ziehen sind, der Journalisten nicht weniger unterliegen als die übrige Bevölkerung. Wenn, wie in der kognitiven Psychologie vielfach belegt, Menschen dazu neigen, vor allem solche Informationen aufzunehmen, die sich gut in ihre über die Jahre hinweg entstandenen eigenen Interpretationsmuster, die *frames*, einfügen, während der Voreinstellung widersprechende Informationen schlechter wahrgenommen, eingeordnet und abgespeichert werden können, ließe sich daraus die auch in der Journalistenausbildung zu berücksichtigende Regel ableiten, dass eine Information, die dazu geeignet ist, die Reputation einer Person oder Institution zu beschädigen, vor der Veröffentlichung um so intensiver auf ihren Wahrheitsgehalt geprüft werden müsste, je mehr sie dem Journalisten unmittelbar einleuchtet. So mancher „Skandal“ und manche schwere Ehrverletzung wären den betroffenen Personen und dem Publikum bei einem solchen verantwortlichen Vorgehen im Journalismus erspart geblieben. Man denke nur an die Affäre um Christian Wulff.

Diskussionen über die journalistische Verantwortung finden bisher kaum statt. Sie werden von journalistischer Seite meist mit dem Verweis auf die Pressefreiheit und die Tatsache, dass von niemandem absolute Objektivität verlangt werden könne, verweigert. Doch es ginge bei einer solchen Diskussion nicht um Pressefreiheit, und es ginge auch nicht um absolute Objektivität – wohl aber um ein Bemühen um Objektivität. Es geht um eine von der Profession selbst zu entwickelnde berufsständische Ethik, die die potenziellen Folgen des eigenen Handelns nicht leugnet, die sich daraus ergebende Verantwortung akzeptiert und daraus die Konsequenzen zieht, so, wie dies für die Angehörigen anderer mit großer Verantwortung verbundener Berufe – man denke nur an Ärzte, Staatsbedienstete oder Ingenieure – selbstverständlich ist. Führt die Profession diese Debatte nicht selbst und tut sie es nicht ernsthaft, wird sie ihr entgleiten und gänzlich von denen übernommen werden, die mit dem Stichwort „Lügenpresse“ den Journalismus als Ganzes zu diskreditieren versuchen.

Digitalisierung und soziale Distanz

Körperliche Präsenz als Kern demokratischer Repräsentation

KATRIN BECKER

Geboren 1980 in Marl, Wissenschaftliche Mitarbeiterin für Recht und Kultur, Fakultät für Human-, Erziehungs- und Sozialwissenschaften, Universität Luxemburg.

Während des Lockdowns in der Corona-Pandemie und der sozialen Distanzierung wurde das Bedürfnis nach Nähe und körperlicher Präsenz besonders bewusst. Nicht nur für den Einzelnen, sondern auch für die Gesellschaft wurde der Wert des direkten Kontakts und zufälliger

Begegnung spürbar: Der öffentliche Raum drohte durch die Isolation der Einzelnen wegzufallen. Als Grundlage unserer demokratischen Gesellschaft geriet er jedoch dadurch neu in den Blick.

Die Einsicht in die Relevanz der körperlichen Präsenz für den Einzelnen ebenso wie für demokratische Belange ist ein zentraler Gewinn dieser schwierigen Zeit. Und diese Einsicht sollten wir uns erhalten, falls die berechtigten Rufe nach einem Ausbau der Digitalisierung allzu einseitig werden. Dem Verlust an Nähe, an körperlicher Präsenz und Begegnung wohnt letztlich eine gesellschaftliche und damit eine politische Dimension inne. Das Ideal einer nur „virtuellen Öffentlichkeit“ birgt Risiken für die Demokratie.

Es ist ein Kernelement unseres politischen Systems, die Repräsentation, die durch den Verlust an körperlicher Präsenz Schaden nimmt. Doch was hat Repräsentation mit Präsenz zu tun? Welche Rolle spielt die Präsenz ganz konkret im Rahmen des Akts der *Repräsentation*?

VORSTELLUNG, DARSTELLUNG, STELLVERTRETUNG

Die gängigen Definitionen verweisen auf drei verschiedene Bedeutungsdimensionen: Repräsentation bezieht sich auf mentale *Vorstellungen* sowie den Prozess der Vergegenwärtigung und *Darstellung* von etwas Abwesendem, einem Ideal; zudem geht es – im Sinne einer Verdoppelung von Präsenz – bei der Re-Präsentation um die *Stellvertretung* einzelner oder mehrerer Personen.

Pierre Legendre beschreibt in seiner dogmatischen Anthropologie, inwiefern im institutionellen Gerüst einer Gesellschaft diese verschiedenen Dimensionen der Repräsentation (idealerweise) ineinandergreifen: Eine Gesellschaft gliedert jedes ihrer Mitglieder in ihr institutionelles Gefüge ein, das heißt, sie weist ihm spezifische Rollen zu. Auf diese Weise erhält sein Dasein einen bestimmten institutionell fixierten und definierten Sinn; es wird auf der Ebene der institutionellen Zeichengebung *stellvertreten*, lesbar gemacht. So ist beispielsweise selbst die Position des Sohnes oder der Tochter als eine solche institutionelle – das Dasein verdoppelnde – Rolle zu begreifen, die mit gewissen institutionellen Rechten und Pflichten einhergeht, wie auch jegliche darauf folgende Position als Schulkind, Angestellter, Ehepartner et cetera.

Damit diese Stellvertretung gelingt, das heißt, damit sich der Einzelne mit den ihm verliehenen institutionellen Rollen identifiziert, müssen diese verknüpft sein mit spezifischen *Vorstellungen*, Werten und Idealen, die ihm legitim und glaubwürdig erscheinen. Für jede Gesellschaft gilt: Im Zuge der Herausbildung ihrer Identität einigt sie sich auf einen Corpus an Vorstellungen, Werten und Idealen. In unserer Gesellschaft sind dies etwa die Werte der Gerechtigkeit, der Gleichheit, der Meinungsfreiheit und so weiter. Diese prägen die Welt- und Selbstwahrnehmungen ihrer Mitglieder. Gleichzeitig werden sie jedoch nur dann als legitim und glaubwürdig wahrgenommen, wenn sie zugleich die Welt- und Selbstvorstellungen ihrer Mitglieder reflektieren. Um die Entsprechung zwischen den einzelnen und gesellschaftlichen Repräsentationen zu fördern und zu gewährleisten, werden bildliche, ästhetische, das heißt *darstellende Mittel* eingesetzt. Das bedeutet: Spezifische Symbole oder Insignien verkörpern die unserer Gesellschaft zugrunde liegenden Werte und Ideale, kennzeichnen bestimmte Funktionen und Positionen der institutionellen Struktur. So wird ermöglicht, dass der Einzelne diese anerkennen, sich in ihnen wiedererkennen kann, dass eine legitime Stellvertretung gelingt. In diesen Bereich fallen auch die Inszenierungen und Aktionen der politischen Repräsentanten, die, den Auftrag der Vertretung der Wahlberechtigten

erfüllend, bestimmte politische Inhalte verkörpern und eine identitäts- und zusammengehörigkeitsstiftende Projektionsfläche bieten.

Der Anspruch, dieses Korrespondenz- und Legitimationserfordernis zu erfüllen, ist dabei wesentliches Kennzeichen einer Demokratie. Ihr Ziel ist es, eine gelungene Verschaltung der drei Repräsentationsdimensionen zu erzielen. Es geht darum, demjenigen, der eine Stimme herausbildet, von der sich die meisten in ihren Vorstellungen repräsentiert sehen, den Regierungs- und damit Repräsentationsauftrag für die Allgemeinheit zu verleihen. Zugleich zeichnet sich eine Demokratie dadurch aus, dass die Grundtöne dieser Stimme immer neu verhandelt werden. Anders formuliert: Es geht um das kontinuierliche Abstimmen der institutionell dargestellten und umgesetzten Werte und Ideale mit den Vorstellungen der Einzelnen, der Vielen. Nur so kann deren legitime Repräsentation gewährleistet werden.

DER URSPRUNG VON REPRÄSENTATION

Doch welche Rolle spielt nun Präsenz in diesen Repräsentationsverfahren? Die Präsenz des sprachfähigen Menschen in der Welt impliziert eine bezeichnende Beziehung zur Umwelt; diese bedeutet den Ursprung von Repräsentation: Die gesehene Gegenstände werden in der Sprache repräsentiert und damit verdoppelt. Zugleich impliziert Präsenz die Begegnung mit dem/den Anderen. Mit diesen kann sich der Mensch jedoch nur dann sinnhaft austauschen, wenn er sich mit ihnen auf eine gemeinsame Bedeutungs-, das heißt Vorstellungsstruktur einigt, über die allein letztlich auch er selbst für die anderen (an)erkennbar und sichtbar wird.

Die raum-zeitliche Präsenz des Einzelnen ist dabei wesentlich kontingent: Wir verfügen nicht darüber, in welchen Raum, in welche Zeit, in welchen Körper wir geboren werden und mit wem wir uns den Boden einer Gesellschaft teilen. Und so sind wir gezwungen, unsere Weltsichten mit jenen, denen wir zufällig begegnen, abzustimmen, uns mit ihnen auf eine gemeinsame Repräsentation zu einigen und diese in einer institutionellen Struktur, die unser Miteinander regelt, niederzulegen. Die Anerkennung dieser Kontingenz ist das Kennzeichen einer Demokratie – das heißt die institutionelle Verankerung der Notwendigkeit, die aufeinandertreffenden, oftmals divergierenden und konfligierenden Vorstellungen vom Leben in der Gesellschaft immer neu zu verhandeln und auf einen Nenner zu bringen.

In einer zunehmend digitalisierten Gesellschaft verkleinert sich der Raum zufälliger physischer Begegnung. Durch das Homeoffice wird der Weg ins Büro erspart, durch das Onlineshopping die zufällige Begegnung in der Einkaufszone oder im Restaurant, durch die E-Administration der Gang zu den Behörden. Dabei dominiert die Auffassung, dass die Lebens- und Handlungsgrundlagen unseres Daseins und Miteinanders numerisch erfasst und

errechnet werden können und damit von jeglichen irrationalen, auszuhandelnden Glaubensinhalten befreit sind.¹ Die zunehmende Irrelevanz von Präsenz befördert die Überzeugungskraft und Schlüssigkeit dieser Vorstellung weiter: Im privaten Raum und im Zugriff per Mausklick auf die Belange der Welt dort draußen scheint die Kontingenz des menschlichen Miteinanders zunehmend irrelevanter und irrealer. Die immer feinere Individualisierung von Informationsangeboten durch die sozialen Medien tut ihr Übriges. Es ist inzwischen gemeinhin bekannt: In den sogenannten „Bubbles“ („Blasen“), jenen Hallräumen der selbst gewählten beziehungsweise algorithmisch ermittelten virtuellen Gemeinschaft, ist der Einzelne nicht mehr ihm fremden Ansichten ausgesetzt, sondern wird vielmehr dauerhaft in der eigenen Haltung bestärkt.

Doch von körperlicher Präsenz lässt sich im menschlichen Leben nicht abstrahieren. Die Weltauffassung, die die Digitalisierung befördert, ist nicht nur durch ihr Verleugnen der Relevanz von Präsenz problematisch. Sie drängt zugleich all jene aus dem Blickfeld, deren gesellschaftliche Rolle notwendig an Präsenz gebunden ist: weil sie durch ihren körperlichen Einsatz an der Errichtung der scheinbar „dematerialisierten Welt“ arbeiten oder weil sie aus anderen sozialen oder ökonomischen Gründen aus ihr ausgeschlossen sind.

Darüber hinaus verdrängt die Idee von einer numerisch oder algorithmisch erfassbaren Realität die Tatsache, dass der Bezug zur Welt und die Gestaltung des gesellschaftlichen Miteinanders notwendig eine Glaubensdimension implizieren: Diese wird allein spürbar im unmittelbaren Kontakt zur Welt und zum Anderen, der nach einer Einigung auf gemeinsame Bedeutungsgrundlagen verlangt. Und diese Einigung ist Ursprung und zugleich Legitimationsquell für die Institutionen.

DIE MACHT DER PRÄSENZ

Die Bindung an die Institutionen, ihr legitimer Repräsentationsauftrag, wird geschwächt, wenn die Prämissen des Handelns der Institutionen nicht mehr nachvollzogen werden, wenn der „Glaube“ an sie schwindet: Wenn ich nicht mehr daran glaube, dass die Institutionen mich und meine Mitmenschen im Namen von Werten wie Gerechtigkeit, Gleichheit und so weiter repräsentieren, ist ihre Funktion für mich obsolet. Eine solche Schwächung der Repräsentationsbindung betrifft hingegen nicht nur jene, die sich vom Fortschritt „abgehängt“ fühlen. Sie betrifft auch jene, die sich der digitalen Weltsicht anschließen: Denn wenn es möglich ist, vom Schreibtisch aus den Zugriff auf die Welt selbst zu gestalten und zu berechnen, in einer selbst gewählten Cloud-Community ein unangefochtenes ideologisches Zuhause zu finden, dann ist die Auseinandersetzung mit konfligierenden Wahrheiten und Werten nicht mehr notwendig. Dann entfällt die Notwendigkeit, sich mit den Idealen

und Vorstellungen jener Institutionen auseinanderzusetzen, die in den seltenen Momenten von Präsenz noch relevant sind.

Anzeichen einer solchen Störung der Repräsentationsbindung zwischen Bürger und Institution sind gegenwärtig in den „anti-institutionellen“ Bewegungen wie den Gelbwesten in Frankreich oder in Untergruppen der „Anti-Corona-Proteste“ in Deutschland beobachtbar. Die Anziehungskraft dieser Proteste beruht auf der Macht der Präsenz, die – als „unrepräsentierte“ – neu in den Vordergrund gerückt wird. In ihrem Umkreis finden zunehmend Stimmen Gehör, die durch das Zeichnen eines feindlichen „Ihr“ gemeinschaftsstiftend zu agieren versuchen und je nach Kontext noch divergierende, mal enger, mal weiter gefasste Zugehörigkeitskriterien für ein neues repräsentatives „Wir“ entwerfen.

Ein Zurück ist mit Blick auf die Digitalisierung natürlich weder wünschenswert noch möglich. Zu sehr überwiegen ihre Verdienste in nahezu allen Bereichen des menschlichen Lebens. Doch will man ein weiteres Auseinanderdriften zwischen Bürger und Institution sowie das Erodieren der demokratischen Institutionen verhindern, muss der digitale Fortschritt in einen klaren Repräsentationsrahmen gebettet werden, der der Relevanz von körperlicher Präsenz Rechnung trägt. Das bedeutet zum einen, dass jenen eine Stimme zu verleihen ist, deren Dasein jenseits des technologischen Fortschritts verläuft. Zum anderen müssen bestimmte und gerade kritisches Denken fördernde Prozesse unseres gesellschaftlichen Miteinanders im Raum physischer Präsenz verbleiben: Jeder, der ein Seminar online gegeben oder eine Zoom-Versammlung mit Kollegen abgehalten hat, wird zustimmen, dass dies nicht dasselbe ist. In der Kommunikation mit kleinen flackernden Gesichtern auf dem Bildschirm geht etwas Fundamentales verloren, das nur im Lesen der Körpersprache und aus der reinen Präsenz entstehen kann. Nur durch das Aufrechterhalten von Räumen der zufälligen Begegnung, in denen ein Austausch divergierender Ansichten entsteht, kann die demokratische Seinsweise, kann das Wertefundament unserer Gesellschaft lebendig bleiben. Dieses muss als Prüfstein gelten, an dem sämtliche digitale Innovationen zu messen sind.

¹ Vgl. dazu Alain Supiot: *La gouvernance par les nombres*, Cours au Collège de France 2012–2014, Paris 2015, und Antoinette Rouvroy / Bernard Stiegler: „Le régime de vérité numérique. De la gouvernamentalité algorithmique à un nouvel État de droit“, in: *Socio. La nouvelle revue des sciences sociales*, Nr. 4/2015, S. 113–140.

Neue Brückenschläge?

Plädoyer für einen ehrlicheren Umgang mit Bürgerbeteiligung

TOBIAS MONTAG

Geboren 1981 in Erfurt, Referent der Abteilung Demokratie, Recht und Parteien, Hauptabteilung Analyse und Beratung, Konrad-Adenauer-Stiftung.

„Bürgerbeteiligung“ und „Partizipation“ gehören zu den schillerndsten politischen Begriffen der Gegenwart. Mitmachen, sich engagieren, Initiative zeigen werden gemeinhin als demokratische Tugenden verstanden. Oft werden ihr zwei Aspekte zugesprochen: Einerseits diene

Beteiligung der Selbstverwirklichung und dem „Empowerment“ der Bürger, andererseits sei sie ein Beitrag des Einzelnen zum Gemeinwohl. Auffällig ist, dass das Thema eine eigene Dynamik entwickelt, die sich in Deutschland vor allem um Protestkultur dreht und damit eine Verengung darstellt.

Im Zusammenhang mit den unterschiedlichen Massenprotesten taucht oftmals auch ein überaus wirkmächtiges Narrativ auf: Sie werden als Ausdruck von Unzufriedenheit mit dem politischen System interpretiert. Dieses Narrativ kommt aus dem Kreis der Protestaktivisten, aber auch aus Politik und Medien. Die Forderung nach mehr Bürgerbeteiligung erscheint in diesem Zusammenhang als vermeintlich geeignetes Mittel zur Steigerung der politischen Zufriedenheit der Bürger und der Legitimität und Stabilität des Staates.

Dass Beteiligung und politische Zufriedenheit zusammenhängen können, ist unstrittig. Allerdings wird oftmals vergessen, dass sich politische Zufriedenheit aus vielen Quellen speist, zu denen neben Partizipation auch die persönliche Lebenssituation gehört. Man kann den behaupteten Zusammenhang von Partizipation und politischer Unzufriedenheit sogar umkehren: Es gibt ebenso Belege dafür, dass Aktivisten besonders positiv gegenüber dem politischen System eingestellt sind. Partizipation ist dann eher als Ausdruck politischer Zufriedenheit zu verstehen und passt nicht zu einer Zerfallserzählung.

An dieser Stelle muss nicht entschieden werden, welche Sichtweise richtig ist. Festzuhalten ist jedoch: Der Zusammenhang des Rufs nach mehr Bürgerbeteiligung und politischer Zufriedenheit steht auf wackeligen Füßen. Und er wird auch nicht plausibler, wenn man bedenkt, dass zwischen der in Umfragen oft bekannten positiven normativen Haltung zur Beteiligung und dem tatsächlichen Engagement ein tiefer Graben klafft.¹ All das hindert die Verfechter dieser These freilich nicht an weitreichenden Schlussfolgerungen.

„DIE DA OBEN – DIE DA UNTEN“

Die narrative Verbindung der Forderung nach mehr Partizipation und politischer Unzufriedenheit verfestigt eine auffällig dualistische Sichtweise auf unser politisches System: *Die* Bürger und *die* Politiker beziehungsweise die *etablierten* Institutionen werden als Gegensatz verstanden. Ist es aus dieser Perspektive nicht geradezu eine demokratische Pflicht, beide „Welten“ miteinander zu verbinden? Es ist dann oft davon die Rede, dass Brücken zwischen den politisch interessierten Bürgern und dem institutionalisierten Politikbetrieb gefunden beziehungsweise neu errichtet werden müssten. Was sollte daran schon falsch sein? Immerhin gibt es unzählige Publikationen mit Vorschlägen, wie diese Brücken aussehen könnten, es gibt eine intensive Forschung dazu sowie Institutionen und lebendige Vereine, die sich mit dem Thema beschäftigen. Und in der Praxis wird dieser Ansatz immerhin schon lange umgesetzt: Erinnerung sei nur an die Bürgerdialoge der Bundesregierung, die Beteiligungsverfahren beim Stromnetzausbau 2011 oder die Einrichtung eines „Bürgerrats“ zur Rolle Deutschlands in der Welt durch den Deutschen Bundestag.

Wenn man all dies zur Kenntnis nimmt, drängt sich die Frage auf, warum sich diese „Brücken“ bisher kaum auf die Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland auswirken. Umfragen zur politischen Zufriedenheit in Deutschland weisen alles in allem über Jahre stabile Werte auf. Sie sind somit kein Beleg für den Zusammenhang von Partizipationsforderung und politischer Zufriedenheit oder für die „Brücken-Theorie“.

Gewiss, deren Verfechter könnten jetzt behaupten, die „Brücken“ reichten noch nicht aus oder seien nicht tragfähig genug, um das politische Wohlbefinden der Deutschen zu steigern. Dieses Argument ist zwar nicht falsch, aber dennoch wenig hilfreich. Letztlich wird damit nur verdeckt, dass man den liebgewonnenen und im Alltagswissen gut verankerten Dualismus von „die da oben“ und „die da unten“ nicht aufgeben möchte. Ohne ihn wäre die zu findende Brücke zwischen beiden schließlich sinnlos. Er ist der Grundstein für das Narrativ einer aus unzulänglichen Partizipationsmöglichkeiten resultierenden politischen Unzufriedenheit. Die Erzählung wirkt erst durch diesen simplifizierenden Dualismus, gepaart mit dem Reiz des „Es könnte ja sein“, plausibel. Gravierender ist jedoch, dass die Rede von der Brücke, die die Sphäre der Politik mit den politisch engagierten Bürgern verbinden soll, das Wesen der Bürgerbeteiligung verkennt und – so die hier vertretene These – das Miteinander von Bürgerbeteiligung und institutionell verfasster Politik am Ende sogar eher belastet als fördert.

PROTEST UND PARLAMENT

Die Absage eines produktiven Miteinanders mag auf den ersten Blick provokant erscheinen, ist bei genauerer Betrachtung jedoch der jeweils eigenen Logik beider Sphären geschuldet und keineswegs einseitig als Negierung der Bürgerbeteiligung oder „der“ Politik zu verstehen. Beide Logiken sind gewissermaßen im Recht. Erst wenn man das anerkennt, entfalten sie zusammengekommen eine gemeinwohlfördernde Wirkung. Dies lässt sich am Verhältnis von Parlament und Protestaktionen zur Gesellschaft verdeutlichen. Dreh- und Angelpunkt ist dabei eine Entwicklung, die laut dem Soziologen Andreas Reckwitz auf eine „Gesellschaft der Singularitäten“ hinausläuft.²

Reckwitz meint damit einen gesellschaftlichen Strukturwandel, „der darin besteht, dass die soziale Lage des Allgemeinen ihre Vorherrschaft verliert an die *soziale Lage des Besonderen*“.³ Die soziale, ökonomische und kulturelle Heterogenisierung der Gesellschaft führe dazu, dass Individuen und Kollektive eine eigene Welt mit eigener Identität kultivierten. Die Folge sei eine Krise des Allgemeinen. Der Staat in seiner bürokratischen Ausprägung mit verallgemeinerbaren Standards, formale Organisationen, die Massenkultur, aber auch Volksparteien, die sich an die Allgemeinheit richten, gerieten demzufolge in die Defensive.⁴

Protestaktionen, im Grunde die Forderung nach mehr Partizipation selbst, sind als Ausdruck dieser gesellschaftlichen Entwicklung zu verstehen. Es geht darum, ein „Zeichen zu setzen“ gegen eine von der Regierung bestimmte *allgemeine* Politik des Staates, die Regierung zur „Umkehr“ zu bewegen oder die Allgemeinheit für ein Anliegen „wachzurütteln“. Bei Protestaktionen versucht eine mehr oder minder große Gruppe, ihrem Anliegen Gehör zu verschaffen. Das Anliegen ist für diese Gruppe identitätsformend – und zwar so selbstverständlich, dass sie an seine Allgemeingültigkeit glaubt. Um Missverständnissen vorzubeugen: Das ist keineswegs pauschal abwertend gemeint. Eigene Positionen, Interessen und Ziele im demokratischen Willensbildungsprozess einzubringen, ist legitim und sogar notwendig, um das Gemeinwesen voranzubringen. Es kommt in diesem Zusammenhang jedoch auf die Feststellung an, dass die „Funktion“ von Protesten im Besonderen und Bürgerbeteiligung im Allgemeinen eben nicht in erster Linie in der Herstellung allgemein verbindlicher Regelungen besteht, sondern in einer partiellen und temporären Gemeinschaftserfahrung von Individuen und Gruppen, die sich darin selbst verwirklichen. Und dieser Zweck ist nicht gering zu werten, sondern übrigens auch Ausdruck eines christdemokratischen Menschenbildes, das von einer Entfaltung des Individuums in der Gemeinschaft ausgeht.

Die Logik des Protests wird also getragen von einer interessengeleiteten Gemeinschaftserfahrung. Der Gemeinwohlsanspruch ist dabei identitätsstiftend und muss als Ausdruck eines „singularisierten“ Gruppenverständnisses nicht zwingend der Realität entsprechen. Genau darin besteht der Unterschied zum Parlament, das der Logik der Verantwortung für die Allgemeinheit verpflichtet ist. Diese Verantwortung wird dem Parlament jedoch oft abgesprochen und damit zur Quelle für den Ruf nach mehr Bürgerbeteiligung. Ins Feld geführt werden häufig die These von der Repräsentationslücke des Parlaments oder der Vorwurf eines gemeinwohlfördernden Lobbyismus, der in abgewandelter Form auch der Skandalisierung von Parteien dient, die nur um des bloßen Machterhalts willen den egoistischen Interessen ihrer „Klientel“ Geltung verschaffen würden.

„GESELLSCHAFT DER SINGULARITÄTEN“

Abgesehen davon, dass sich hinter solchen Vorwürfen oft die Vorstellung einer Identität von Repräsentanten und Repräsentierten verbirgt, von der sich die Forschung, die eher von einer fließenden Interaktionsbeziehung ausgeht, schon seit Längerem verabschiedet hat,⁵ unterstellt die Logik des Parlaments ja keineswegs einen Altruismus seiner einzelnen Akteure. Ganz im Gegenteil: Der Streit der Parteien auf einer transparenten Bühne um die richtige Politik für alle, verbunden mit dem Ziel, diese Politik auch umsetzen zu wollen – also

Macht auszuüben –, und der latenten „Drohung“ einer regelmäßig wiederkehrenden Wahl macht das Parlament erst *insgesamt* zu einer „Gemeinwohlmaschine“. Diese mag sichtlich nicht immer fehlerfrei und im langfristigen Denken manchmal limitiert sein, aber selbst das ist ein legitimer Ausdruck des Willens der Allgemeinheit und nicht von Willkür.

Die Herausforderung besteht darin, dass diese Parlamentslogik in der „Gesellschaft der Singularitäten“ nicht mehr greift. Für den Einzelnen oder „singularisierte“ Gruppen wird es immer schwerer, sich selbst im Parlament repräsentiert zu sehen. Und das nicht, weil das Parlament einen tatsächlichen „Repräsentationsdefekt“ hätte, sondern weil die Logik des Allgemeinwohls nicht zur Logik von Individuen und Gruppen passt, die für ihre „singularisierten“ Haltungen und Interessen Gleichrangigkeit mit denen der Allgemeinheit einfordern. Und die mit einem nach dem parlamentarischen Streit gefundenen Konsens nichts anfangen können, weil er nicht exakt ihren absoluten Vorstellungen entspricht.

MEHR GEGENSEITIGER RESPEKT ERFORDERLICH

Damit schließt sich der Kreis: Werden Brücken zwischen „singularisierten“ Protesten oder sonstigen Bürgerbeteiligungsaktionen und dem Parlament gefordert, muss man sich klarmachen, dass damit das Verhältnis von Einzel- und Gemeinwohlinteressen neu justiert wird – und zwar zulasten der Allgemeinheit. Für viele „Brücken-Theoretiker“ besteht die Lösung dieses ja nicht neuen Problems darin, den Beteiligungssektor gewissermaßen der (Parlaments-)Logik der Verantwortung zu unterwerfen. Damit wird allerdings der Eigenwert der Bürgerbeteiligung infrage gestellt: die Selbstverwirklichung durch die Artikulierung eigener legitimer Interessen und Positionen in einer sich genau zu diesem Zweck formierenden Gruppe. Warum aber sollte ein engagierter Bürger diesen „Brückenzoll“ zum Parlament entrichten – vor allem, wenn er darauf spekuliert, dass seine „singularisierten“ Interessen noch vom Parlament aufgegriffen werden, sofern nur der Protest laut genug ist? Hierin liegt wohl der Grund, warum die Entwicklung und Erprobung immer neuer Beteiligungsverfahren bisher eben nicht die hochfliegenden Hoffnungen erfüllen konnten: Sobald der Staat diese Verfahren formalisiert und der Verantwortungslogik unterwirft, verlieren sie an Interesse.

Selbstverständlich wäre es wünschenswert, dass Bürgerbeteiligung das Gemeinwohl im Sinn hätte – und viele Akteure haben es auch –, aber es ist im Grunde nicht legitim, dieses voraussetzungslos einzufordern. Die Anerkennung beider Logiken – des Eigenwertes der partizipativen Selbstverwirklichung, die eben auch egoistisch sein kann, und der Logik der Verantwortung für die Allgemeinheit – ist letztlich Ausdruck von Respekt. Es kann nicht darum gehen, die eine Sphäre in die andere hinüberzuziehen. Mediatoren,

die bei Großprojekten um einen Konsens zwischen Bürgerinitiativen und Vorhabenträger ringen, kennen das Problem beispielsweise unter dem Vorwurf der Scheinbeteiligung, die nur dazu dienen soll, nachträglich Legitimität für bereits feststehende Vorhaben herzustellen.

Bürgerbeteiligung hat als individualistische Ausdrucksform einen Eigenwert. Anstatt von ihr Verantwortung für die Allgemeinheit und nicht erfüllbare Ansprüche einzufordern, sollte diese Logik anerkannt werden. Das allein schon würde zu einem ehrlicheren Umgang von politisch engagierten Bürgern und „Berufspolitikern“ führen – und damit letztlich dem Allgemeinwohl dienen. Gegenseitiger Respekt ist die einzige Brücke, die trägt. Nur so lässt sich politische Unzufriedenheit wirklich vermeiden.

¹ Vgl. Markus Steinbrecher: Politische Partizipation in Deutschland, Studien zur Wahl- und Einstellungsforschung, Nr. 11, Nomos, Baden-Baden 2009, S. 287–290.

² Andreas Reckwitz: Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne, Suhrkamp, Berlin 2017, und ders.: Das Ende der Illusionen. Politik, Ökonomie und Kultur in der Spätmoderne, Suhrkamp, Berlin 2019.

³ Siehe Andreas Reckwitz: Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne, Suhrkamp, Berlin 2017, S. 11 (Hervorhebung wie im Original).

⁴ Ebd., S. 10. Ähnlich auch Armin Nassehi: Die letzte Stunde der Wahrheit. Warum rechts und links keine Alternativen mehr sind und Gesellschaft ganz anders beschrieben werden muss, Murmann, Hamburg 2015.

⁵ Vgl. Markus Linden / Winfried Thaa: „Die Krise der Repräsentation – gibt es Auswege?“, in: dies. (Hrsg.): Krise und Reform politischer Repräsentation, Nomos, Baden-Baden 2011, S. 307–308.

Ringens um Gemeinsamkeit

Gewerkschaften im polarisierten öffentlichen Raum

ELKE HANNACK

Geboren 1961 in Gladbeck,
Stellvertretende Bundesvorsitzende
des Deutschen Gewerkschaftsbundes
(DGB) und der Christlich-Demokra-
tischen Arbeitnehmerschaft (CDA).

Laute populistische Stimmen haben in den vergangenen Jahren im öffentlichen Diskurs einen immer größeren Raum eingenommen: je krasser die Aussage, je extremer die Forderung, desto größer der öffentliche Widerhall. Das ist eine Form der medialen und politischen Diskussion, die die Gewerkschaften in Deutschland

vor große Herausforderungen stellt – und gleichzeitig eine große Chance.

Eine Herausforderung deshalb, weil die Gewerkschaften im Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) schon immer auf Ausgleich gesetzt haben statt auf Polarisierung. Unsere Lehre aus der Zerschlagung der Gewerkschaften durch die Nationalsozialisten lautet bis heute: Nie wieder darf sich die freie, demokratische Gewerkschaftsbewegung spalten lassen – nicht in Berufsstände, nicht in politische oder konfessionelle Richtungsgewerkschaften. Dieses Prinzip der Einheitsgewerkschaft ist bis heute unsere Stärke.

Unsere Mitgliedsgewerkschaften vereinen Reinigungskräfte und Führungskräfte, Industriearbeiterinnen und Sozialarbeiter, Pflegepersonal und Chefärztinnen, Lkw-Fahrer und Lokführerinnen.

Das spiegelt sich auch in unserer Kommunikation wider: Wir sind die Interessenvertretung von Beschäftigten aller Branchen in Deutschland. Diskurs und Debatte zwischen unterschiedlichen Positionen, auch innerhalb unserer Organisation und unserer Mitgliedschaft, sind unser Kerngeschäft. Nicht um des Konflikts willen, wie es heute in vielen medialen und politischen Debatten zu oft der Fall ist. Sondern um der Lösung willen – demokratisch und partizipativ: Wir ringen um gemeinsame Positionen, die alle mitnehmen und die Interessen aller unserer Mitglieder berücksichtigen. Ob in der Renten-, der Steuer-, der Bildungs- oder der Gleichstellungspolitik. Eine gemeinsam gefundene Position unserer Mitglieder, mit der der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften in die Öffentlichkeit treten, ist ein Kompromiss. Und das ist gut so.

AUSGLEICH STATT SPALTUNG

Der politische Kompromiss ist in den vergangenen Jahren allzu oft diskreditiert worden: als „weichgespült“, als „kleinster gemeinsamer Nenner“ oder gar als „fauler Kompromiss“. Der Kompromiss ist jedoch eines der edelsten Wesensmerkmale der Demokratie, das demokratische Ergebnis öffentlicher Debatten. Kompromisse, wie wir sie als Gewerkschaften als gemeinsame Position unserer Mitglieder in die Öffentlichkeit tragen, berücksichtigen die Interessen aller. Kompromissen ist das Ge-

meinwohl immer wichtiger als Partei- und Einzelinteressen. Doch „laut“, „populistisch“ und „polarisierend“ sind sie selten. Das ist die besagte Herausforderung, vor der wir Gewerkschaften im aktuellen medial-politischen Diskurs stehen.

Doch genau das ist auch unsere Chance, unser Vorteil: Je polarisierter die öffentliche Debatte in den vergangenen Jahren geworden ist, desto größer wurde auch der Wunsch vieler Menschen nach Ausgleich und Zusammenhalt statt nach Spaltung. Diesen Zusammenhalt, diese Solidarität organisieren wir als DGB seit jeher. Und es ist eine Chance, die wir in der jüngeren Vergangenheit immer wieder erfolgreich genutzt haben. Nicht in unserem eigenen Interesse, sondern im Interesse unserer Mitglieder, im Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Erfolgreich waren wir damit nicht *obwohl*, sondern gerade *weil* es gesellschaftlich breit akzeptierte Kompromisse waren. Der beste Beweis dafür ist der gesetzliche Mindestlohn. Die große gesellschaftliche Akzeptanz in der Öffentlichkeit für diese bedeutende arbeitsmarktpolitische Reform haben ganz wesentlich die deutschen Gewerkschaften organisiert: Als der DGB seine langjährige Kampagne für einen gesetzlichen Mindestlohn gestartet hatte, war die Einstellung zu einer gesetzlichen Lohnuntergrenze in der Bevölkerung durchaus ambivalent. Am Ende der Kampagne – kurz vor der tatsächlichen Einführung des Mindestlohns – lagen die Zustimmungswerte für einen gesetzlichen Mindestlohn bei mehr als achtzig Prozent. Damit haben wir bewiesen: Politische Kommunikation kann ein gesellschaftliches Umdenken bewirken. Aber dafür braucht es einen langen Atem. Einen unverzichtbaren Beitrag zum gesellschaftlichen

Konsens hat auch die öffentlichkeitswirksame Kampagne der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) zum Mindestlohn geleistet. Insbesondere innerhalb der CDU gab es an vielen Stellen ein Umdenken, was letztlich in einen bekräftigenden Parteitagsbeschluss zum Mindestlohn gemündet ist.

Wie Gewerkschaften diese Mehrheiten organisieren? Unsere Öffentlichkeit ist eine „doppelte Öffentlichkeit“: Die eine ist die betriebliche Öffentlichkeit, die Öffentlichkeit der Arbeitswelt in Betrieben und Verwaltungen. Die Kommunikation mit unseren Mitgliedern und für sie ist für uns elementar. Wir haben stets ein Ohr für ihre Probleme und Bedürfnisse.

POLITIK FÜR DIE MENSCHEN

Diese Expertise des DGB und seiner acht Mitgliedsgewerkschaften, die letztlich die vereinte Expertise unserer Mitglieder in den Betrieben und Verwaltungen ist, ist das, was uns zum allseits respektierten Gesprächspartner und Interessenvertreter in Politik und Gesellschaft macht. Regierungs- wie Oppositionsparteien wissen: Die „öffentliche Meinung“, die sich aus Meinungsumfragen ergibt, ist die eine Sache. Die konkreten Erfahrungen aus der betrieblichen Praxis ist die andere – auf die sich die Politik im Zweifelsfall verlässt, wenn es darum geht, Politik für die Menschen zu machen.

Die zweite Öffentlichkeit ist die besagte „öffentliche Meinung“. Das haben wir mit den meisten anderen politischen Or-

ganisationen gemein. Und doch unterscheiden wir uns: Während viele politische Akteure in den vergangenen Jahren mehr und mehr versucht haben, den öffentlichen Raum tagesaktuell und teils sprunghaft mit lauten, schrillen oder gar populistischen Tönen zu besetzen, haben wir mehrfach gezeigt, dass sich der öffentliche Raum auch mit Konsens und Kompromiss zurückgewinnen lässt – wenn sich dieser Konsens auf eine breite Basis stützt und verschiedene Interessen beteiligungsorientiert zusammenführt. Das ist zeitintensiv, aber auch lohnenswert. Wir wollen und werden den öffentlichen Diskurs nicht den Populisten überlassen.

Deshalb haben wir 2018 unseren DGB-Zukunftsdialog gestartet. Überall in Deutschland führen wir vor Ort politische Debatten zu Themen, die die Menschen bewegen: mit inzwischen Hunderten regionalen Veranstaltungen – begleitet von einer Online-Diskussion auf unserer Plattform www.redenwirueber.de und in den sozialen Netzwerken. Mit dem Zukunftsdialog hören wir zu und treten in den Dialog. Mit Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern. Wir wollen wissen: Was bewegt die Menschen, und wie stellen sie sich in Zukunft gutes Leben und gute Arbeit vor? Die Ideen und Vorstellungen, die uns über den Zukunftsdialog erreichen, sind sehr unterschiedlich. Und wir werden sie – wie es unsere Stärke ist – diskutieren und in gemeinsame Positionen aller DGB-Gewerkschaften einfließen lassen. So, wie es unserer gewerkschaftlichen Tradition entspricht: Vielfalt und Zusammenführen unterschiedlicher Positionen als Stärke im öffentlichen Diskurs.

Bühne der Demokratie

Zur Bedeutung des öffentlichen Raums

KLAUS BORCHARD

Geboren 1938 in Münster, Universitätsprofessor emeritus für Städtebau und Bodenordnung, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Regierungsbaumeister a. D., 1997 bis 2004 Rektor der Universität Bonn.

Unsere Städte sind von einem offenkundigen Gegensatz geprägt: Auf der einen Seite schätzen wir die historischen, dicht bebauten Stadtkerne als baulich-kulturelle Mittelpunkte des Lebens und der sozialen Kommunikation – heute so wohlgeordnet und schön wie nie in ihrer Geschichte, bisweilen sogar zu Kulissen nostalgisch herausgeputzt –, auf der anderen

Seite beklagen wir die Ausuferung der Stadt an ihren nicht nur von den Bewohnern als langweilig und öde empfundenen Rändern.

Doch das Bild trägt: Der Stadtkern und vor allem seine „gute Stube“, der nicht private öffentliche Raum, hat als Bühne für die Inszenierung der pluralistischen Lebensstile, als vertrauter Ort lokaler Identität und demokratischer Meinungsbildung, mit dem sozialen Wandel infolge fortgeschrittener

Arbeitsteiligkeit, geänderten Freizeitverhaltens, immer perfekterer Telekommunikationsmedien, ungebremster Digitalisierung der Warendistribution und nicht zuletzt aufgrund wachsender Verkehrsbelastungen viel von seiner ursprünglichen Bedeutung verloren. Seine über lange Zeit unangefochtene soziale, politische, kulturelle und ökonomische Funktion wird heute durchaus infrage gestellt, auch wenn gelegentlich eine „neue Urbanität“ ins Feld geführt wird, wie sie sich etwa in Stadt- oder Stadtteilfesten, Weihnachts- und Flohmärkten, im Auftreten von Stadtmusikanten oder Theatergruppen äußert, womit freilich bei vielen eher die Sehnsucht nach der vermeintlichen sozialen Stabilität und kulturellen Vielfalt der „alten Stadt“ bedient wird. Auch seine Bedeutung als unentbehrlicher Ergänzungsfreiraum für die früher beengten Wohn- und Arbeitsverhältnisse hat der öffentliche Raum längst verloren.

Im öffentlichen Raum, so seine unbestrittene gesellschaftstheoretische Funktion, sollen die unterschiedlichen Lebensstile der Stadtbewohner, ihre Überzeugungen, Wünsche und Erwartungen auf einen gemeinsamen Nenner gebracht werden. Dieses Ziel heißt „Urbanität“.

„Urbanität bezeichnet eine bestimmte Organisation des Politischen, der Demokratie, eine bestimmte Organisation des Ökonomischen, den freien und gleichen Tausch auf dem Markt, schließlich, und darauf beruhend, eine bestimmte Art zu leben, die Dialektik von Privatheit und öffentlicher Sphäre“ (Hartmut Häußermann/Walter Siebel: *Neue Urbanität*, Frankfurt am Main 1987, S. 214).

BEKLAGENSWERTE „VERPACKUNGSÄSTHETIK“

So verstanden, manifestiert sich das demokratiefördernde Potenzial des öffentlichen Raums vor allem im weitgehenden Fehlen einengender Kontrollen und von Verhaltensnormierungen der Stadtbewohnerinnen und -bewohner durch lokale Autoritäten. Der öffentliche Raum gewährleistet die physischen und psychischen Bedingungen für öffentliches politisches und privates unpolitisches Handeln, für Begegnung und Integration unterschiedlicher sozialer, politischer, ethnischer oder religiöser Gruppierungen, schlicht für urbanes Verhalten. Hier ist der geeignete Raum für politische Interaktionen und demokratische Prozesse der Meinungsbildung und Konsensfindung, für das Schmieden politischer Bündnisse und bürgerschaftlicher Kooperationen bis hin zu Bürgerinitiativen, ja sogar zu Unruhen und Revolutionen.

Das so umrissene demokratiefördernde Potenzial des öffentlichen Raums bedarf zu seiner Entfaltung vielfältiger stadtgestalterischer Maßnahmen, die freilich weit mehr sein müssen, als die heute leider übliche und vielfach zu beklagende standardisierte „Verpackungsästhetik“. Beispielsweise geht es um die sorgfältige Erhaltung der vertrauten Umwelt, die behutsame Erneuerung des Baubestands, die Verbesserung des Wohnumfelds, den Schutz von

Freiflächen und sogenannten „Westentaschen-Parks“, Verkehrsberuhigungen oder -verlagerungen und ökologische Rücksichtnahmen bei der Schließung von Baulücken.

Die hierauf gerichtete Stadtplanung hat inzwischen ein anderes Selbstverständnis: Sie ist Teil einer umfassenderen identitätsstiftenden und die Individualität des öffentlichen Raums unterstützenden Sozial- und Kulturpolitik, bei der an die Stelle der traditionellen administrativen Führungsfunktion der Stadtplanung die Rolle des Moderators zwischen divergierenden öffentlichen und privaten Interessen tritt. Informelle Absprachen und Partnerschaften zwischen öffentlichen und privaten Investoren und legitimatorische Verfahren der Meinungsbildung, Konsensfindung und Konfliktbewältigung stehen im Vordergrund. In alldem unterscheidet sich das so umrissene demokratische Potenzial des öffentlichen Raums, der mehr ist als gestalt- und sinnloser Freiraum, von der Rigidität und Langweiligkeit von Aufmarschalleen und Sammelplätzen, wie sie für Diktaturen bezeichnend sind.

EINE FRAGE DEMOKRATISCHER SELBSTBEHAUPTUNG

Für die Stadtbewohner als Marktteilnehmer erfüllt der öffentliche Raum seit jeher seine Funktion als Ort des Warenausches ebenso wie als Ort des Austausches von Informationen und der Verbreitung von Neuigkeiten. Allerdings hat sein ökonomisches Potenzial mit dem Wandel der kulturellen Wertvorstellungen, der rasanten Verbreitung raumüberspringender Kommunikationsmedien und dem unaufhaltsamen Vordringen des Online-Handels zulasten des kleinteiligen innerstädtischen Einzelhandels erheblich an Bedeutung verloren. Unter dem Eindruck kommunaler Finanzkrisen und abnehmender lokaler Autonomie ist die Abhängigkeit des öffentlichen Raums von den Profitinteressen der Wirtschaft vielerorts deutlich gewachsen.

Nicht zu übersehen sind zudem wachsende Standort- und Nutzungskonflikte: Flaneure und Fußgänger, Rad- und Autofahrer, E-Scooter und, mit dem Digitalisierungsschub einhergehend, demnächst selbstfahrende Autos und paketausliefernde Roboter beanspruchen einerseits zusätzlich den öffentlichen Raum. Zugleich geht es bei der Gestaltung und Nutzung des öffentlichen Raums um die Gewährleistung von Chancengleichheit und Toleranz für alle Teile der urbanen Bevölkerung. Andererseits beeinträchtigt die aktuelle Pandemiebekämpfung mit ihrem Gebot des „social distancing“ – überwacht durch digitale Begleiter – die zwanglose Aneignung des öffentlichen Raums durch zufällige Begegnungen, Versammlungen oder Demos.

Die städtebauliche Gestaltung des öffentlichen Raums und die Vielfalt seiner Nutzungsmöglichkeiten werden auch in Zukunft wichtige Voraussetzungen zur Erhaltung unserer politischen Urbanität und zur Selbstbehauptung unserer Demokratie sein: ein Ziel, das alle Mühen lohnt!

Kommunikation stärken

Über das Verhältnis von Wissenschaft, Politik und Medien

GEORG SCHÜTTE

Geboren 1962 im Rheine,
Staatssekretär a. D., seit 2020
Generalsekretär der Volks-
wagenStiftung, Hannover.

Das Vertrauen in die Wissenschaft ist in den letzten Monaten – so die aktuelle Sonderausgabe des *Wissenschaftsbarometers* – spürbar gewachsen.¹ Dies ist trotz aller Krisennachrichten ein gutes Signal. Doch die Corona-Pandemie hat auch ein

neues Licht auf das Verhältnis von Wissenschaft und Politik sowie Wissenschaft und Medien geworfen, das auch der Wissenschaftskommunikation in diesem Beziehungsgefüge eine neue Bedeutung zukommen lässt.²

Eine gesicherte Evidenzbasis und wissenschaftliche Fakten in die Politikgestaltung einzubeziehen, ist eine schwierige und herausfordernde Aufgabe. Der Rekurs auf Wissenschaft in der Politikgestaltung ist generell schwierig, weil wissenschaftliche Fakten, genauer die Konsequenzen, die man aus ihnen ziehen müsste, in einem Spannungsverhältnis zu politischen Zielen, Normen

und Wertvorstellungen stehen und nicht selten sogar mit ihnen in Konflikt treten. Eine Extremform ist der in der Coronakrise – meines Erachtens fälschlicherweise – entstandene Eindruck, die Virologie würde der Politik nun Vorgaben machen und ein politisches Handeln erzwingen, das keine Alternativen kenne.

Der Chefökonom des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung (PIK) Ottmar Georg Edenhofer hat sich 2015 mit seinem Kollegen Martin Kowarsch in einem interessanten Beitrag mit dieser Problemlage befasst.³ Demnach sind drei Modelle des Verhältnisses von Wissenschaft und Politik zu unterscheiden: das *dezisionistische Modell*, das *technokratische Modell* und das *demokratisch-pragmatische Modell*.

GETRENNT ODER VERBUNDEN?

Dem sogenannten *dezisionistischen Modell* nach Max Weber zufolge würde die Politik ohne konkrete objektive Begründung, also den Rekurs auf wissenschaftliche Expertise, politische Ziele bestimmen. Der Wissenschaft käme dann die Aufgabe zu, nach Maßgabe der Zweckrationalität herauszufinden, wie solche politischen Ziele effektiv und effizient umgesetzt werden können. Beide Bereiche wären also streng voneinander getrennt. Ganz anders das *technokratische Modell*, dem zufolge sowohl die Ziele als auch die Mittel, diese zu erreichen, von Experten bestimmt werden, was letztlich auf eine Herrschaft der Experten hinauslaufen würde. Doch weder die konsequente Trennung (dezisionistisches Modell) noch die strukturelle Verbindung (technokratisches Modell) beider Bereiche ist erfolgreich, denn beide Bereiche sind miteinander verschränkt. Es lässt sich nicht zwischen Zielen und Werten auf der einen Seite und werturteilsfreien Mitteln zur Erreichung dieser Ziele auf der anderen Seite trennen. Selbst wenn ein Lockdown eine rational begründete politische Maßnahme ist, so müssen doch die Interessen der Schülerinnen und Schüler, deren Schulen geschlossen sind, mit den Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die womöglich ihren Arbeitsplatz verlieren, sorgfältig abgewogen werden. Die Frage, ob man zunächst Schulen oder doch lieber erst die Betriebe wieder öffnen will, ist nicht nur eine Frage der politischen Wertvorstellungen, sondern auch eine der Fakten über die Ansteckungsgefahr, die von jüngeren Menschen ausgeht, der tatsächlichen Möglichkeiten der Einhaltung von Hygieneregeln oder der Nachvollziehbarkeit von Infektionsketten. All dies gilt es abzuwägen. In diversen und pluralen Gesellschaften gehört darüber hinaus eine gewisse Handlungsfreiheit jenseits von strenger Faktenorientierung ein Stück weit zum gesellschaftlichen Miteinander.

Es bleibt das *pragmatisch-aufgeklärte Modell*, das Edenhofer und Kowarsch entwickeln: Es löst das Problem der politischen Willensbildung auf der Basis wissenschaftlicher Fakten durch einen Prozess des permanenten

Auslotens und Aufzeigens alternativer Handlungsmöglichkeiten. Der Wissenschaft käme diesem Modell zufolge die Aufgabe zu, der Politik in einem ständigen Iterationsprozess der Neubewertung von Implikationen politischer Handlungspfade im Licht neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse Alternativen aufzuzeigen.⁴ Die Entscheidung darüber, welche Pfade einzuschlagen seien, obläge dann der Politik. Die Wissenschaft wäre demnach so etwas wie ein Kartograf und „Wanderführer“, die Politik wäre der Steuermann oder Wanderer, der diese Karten mit alternativen Handlungspfaden nutzt, etwa beim Ausloten von Kompromissen oder beim Organisieren von Mehrheiten. Umgekehrt könnten auch Impulse für die Erschließung von Neuland aus der Politik in die Wissenschaft eingegeben werden. Das Entwerfen von Assessments alternativer Politikpfade wiederum wäre eine originäre Aufgabe der Wissenschaft, vielleicht sogar eine, die in Zukunft neben Publikationsleistungen und Erfolge in der Forschung auch als wissenschaftliche Leistung anerkannt und honoriert werden könnte.

Wenn sich ein solch aufgeklärtes Modell des wissenschaftlich-politischen Diskurses als erfolgreich erweisen soll, dann kommt nicht zuletzt den Medien als Vermittler eine besondere Rolle zu.

In den vergangenen Jahren ist vielfach unter dem Schlagwort der „Mediatisierung der Wissenschaftskommunikation“ von einer Annäherung der innerwissenschaftlichen Kommunikation an die nach außen gerichtete Öffentlichkeitsarbeit oder Marketingkommunikation gesprochen worden. Der innerwissenschaftliche, auf Wahrheitsfindung ausgerichtete Diskurs wird immer mehr überlagert von den Gesetzen der Aufmerksamkeitsökonomie und des Wettbewerbs um Fördergelder. Dies zeigt sich beispielsweise in der Tendenz, die Kommunikation wissenschaftlicher Ergebnisse einem Storyboard zu unterwerfen, gelegentlich zuzuspitzen oder vorschnelle Schlüsse hinsichtlich der Nutzbarmachung oder Anwendung von Erkenntnissen zu ziehen oder gar zu übertreiben beziehungsweise zu sensationalisieren. Oftmals bleiben wissenschaftliche Gründlichkeit und Redlichkeit auf der Strecke, wenn unliebsame Versuchsergebnisse geglättet oder so eingehegt werden, dass sie dem gewünschten Ergebnis entsprechen. „Publish or perish“ lautet eine bekannte Devise, die innerhalb der Wissenschaft über Wohl und Wehe einer Karriere bestimmen kann. Sie gewinnt unter diesen Bedingungen sowohl im innerwissenschaftlichen Diskurs als auch für die Kommunikation wissenschaftlicher Erkenntnisse an eine breitere Öffentlichkeit eine neue, kritische Dimension.

Auffallend ist auch, dass es populistische Gruppen oftmals leichter als redlich arbeitende Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler haben, ihrer Stimme Gehör zu verschaffen. Vielleicht liegt das an den Besonderheiten der Online-Kommunikation in den sozialen Medien. Anonymität, das Sammeln von Likes, der Wettbewerb um Aufmerksamkeit, von Algorithmen produzierte Inhalte oder auch Bots, die in Kommunikationsprozesse eingreifen – all dies verändert den Austausch von Informationen und die Qualität von

Debatten, die im virtuellen Raum geführt werden. Sensationen zählen dort mehr als Sachlichkeit, der Kampf um Aufmerksamkeit verdrängt die Qualität der Beiträge, und oftmals ist ein reines Kontaktinteresse wichtiger als der Austausch über Inhalte. Psychologische Studien belegen zudem, dass sich bestimmte Effekte, die insbesondere in Stammtischsituationen zu beobachten sind, im virtuellen Raum verstärken: Filterblasen, Gruppenzugehörigkeitseffekte, Parteilichkeit und leichter zu bespielende Informationskanäle führen dazu, dass es randständige Gruppen mit kruden Thesen leichter haben, überproportional viel Gehör und Aufmerksamkeit zu finden.⁵

SPIELREGELN DES POLITIKJOURNALISMUS

In einem Beitrag für die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* habe ich versucht, aufzuzeigen, was passiert, wenn – wie gerade vor dem Hintergrund der Coronapandemie zu beobachten ist – Wissenschaftskommunikation auf die Spielregeln trifft, die im Politikjournalismus angewendet werden.⁶ Während in der Politikberichterstattung jeder Position auch eine Gegenposition, zum Beispiel die einer Oppositionspartei, entgegenstellt wird, geschieht dies nun auch bei der Darstellung wissenschaftlicher Erkenntnisse. Der These von Forscher A wird die Gegenthese von Forscher B entgegenstellt. Was dabei jedoch zu kurz kommt, ist das differenzierte Abwägen und Bewerten sowie das langsame diskursive Aushandeln solcher Thesen, das für die Wissenschaft typisch ist. In der Wissenschaft kann man nicht einfach abstimmen und damit einen solchen Diskurs abkürzen. Der Diskurs geht immer weiter und führt auch dazu, dass Forscher A heute etwas anderes sagt, als er gestern noch vertreten hat. In der Wissenschaft gehört das Revidieren von Positionen im Licht neuer Erkenntnisse zur wissenschaftlichen Arbeitsweise ganz selbstverständlich dazu und ist alles andere als ein Makel, der in der Politik nur dann toleriert wird, wenn die Mehrheit weiterhin gesichert ist.

Einen möglichen Ausweg sehe ich in einer weiteren Stärkung und Verbreiterung der Wissenschaftskommunikation, in der es immer mehr Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern gelingt, ihre Perspektiven und Positionen wahrnehmbar, transparent und verständlich zu kommunizieren.

Wenn wissenschaftliche Fakten für die Politikgestaltung und damit die Weiterentwicklung von Grundregeln unseres Zusammenlebens und die diesen zugrunde liegenden Wertvorstellungen ein wichtiger Bezugspunkt sein sollen, dann bedarf es einer Stärkung und Verbreiterung der Wissenschaftskommunikation, nicht nur in den etablierten Medien, sondern auch im Internet. Hinzukommen muss gerade im Umgang mit sozialen Medien die Kompetenz, sich aus verschiedenen Informationsquellen die relevanten und glaubwürdigsten herauszusuchen. Online-Medien bieten die Chance und die

Herausforderung, dass sich Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler auch persönlich in die Debatte einbringen und selbst kommunizieren. Beeindruckt hat mich beispielsweise, wie es dem Virologen Christian Drosten gelungen ist, sich gegen Vorwürfe der *Bild*-Zeitung zu verteidigen, er habe in einer seiner Studien statistisch nicht sauber gearbeitet. Drosten hat sich mit seinem eigenen Blog einen Namen gemacht und ist ein gefragter Ansprechpartner für Politik und Medien. Er betreibt einen eigenen Twitter-Account, über den er die Vorwürfe der *Bild*-Zeitung zurückgewiesen hat. Nachdem ihm auch Wissenschaftler, die ihn im innerwissenschaftlichen Diskurs kritisiert hatten, zur Seite gesprungen waren, war schnell klar, dass an den Vorwürfen nichts dran war. Das Beispiel zeigt, wie hilfreich es sein kann, wenn Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler selbst zu Akteuren der Wissenschaftskommunikation werden, sich über eigene Blogs oder einen Kanal in den sozialen Medien ein eigenes Kommunikationsinstrument aufbauen. Das kann zu Authentizität und Glaubwürdigkeit beitragen und vor ungerechtfertigten Vorwürfen schützen.

Wenn es in einer aufgeklärten, pluralen und demokratischen Gesellschaft gelingen soll, Wissenschaft, Politik und Gesellschaft in einen erfolgreichen wechselseitigen Dialog miteinander zu bringen, in dem man sich über gemeinsame Ziele, alternative Handlungspfade und unterschiedliche Maßnahmen, um die gemeinsamen Ziele zu erreichen, verständigen kann, dann kommt der Wissenschaftskommunikation eine herausragende Bedeutung zu. Um das für unser Zusammenleben so wichtige Vertrauensverhältnis zwischen Wissenschaft und Gesellschaft zu stärken, müssen wir deshalb die Wissenschaftskommunikation stärken. Vielleicht kann die neue Ausschreibung der VolkswagenStiftung „Wissenschaftskommunikation hoch drei“, deren Ziel es ist, die Akteure aus den Bereichen Wissenschaft, Medien und Kommunikation in einen fruchtbaren Austausch zu bringen, hierzu einen Beitrag leisten.

¹ Vgl. „Wie sehr vertrauen Sie Wissenschaft und Forschung?“, www.wissenschaft-im-dialog.de/fileadmin/user_upload/Projekte/Wissenschaftsbarometer/Dokumente_20/Einzelgrafiken/2020_Wiba_Corona_Social5_skaliert.png [letzter Zugriff: 29.07.2020].

² Der Beitrag ist die gekürzte Fassung eines Vortrags, den der Autor im Rahmen der Online-Veranstaltung „ZWM@Home – State of the Art 2020: Wissenstransfer als Aufgabe von Hochschulen und Forschungseinrichtungen“ am 23.06.2020 gehalten hat.

³ Ottmar Georg Edenhofer / Martin Kowarsch (2015): „Ausbruch aus dem stahlharten Gehäuse der Hörigkeit: ein neues Modell der wissenschaftlichen Politikberatung“, in: Peter Weingart / Gert G. Wagner (Hrsg.): *Wissenschaftliche Politikberatung im Praxistest*, Velbrück Wissenschaft, Weilerswist 2015, S. 83–106.

⁴ Edenhofer/Kowarsch 2015, S. 98.

⁵ Wiedergegeben nach Carsten Könnecker: „Was die Forschung zwitschern könnte“, in: *Der Tagesspiegel*, 17.03.2019, S. 5.

⁶ Georg Schütte: „Systemrelevanz oder Systembruch“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 07.05.2020.

Gestaltungsbedürftig?

—
Öffentlichkeit und Politikvermittlung

ULRICH SARCINELLI

Geboren 1946 in Deidesheim, Professor emeritus für Politikwissenschaft und bis 2013 Vize-Präsident der Universität Koblenz-Landau.

Gestaltung von Öffentlichkeit durch Politikvermittlung – handelt es sich dabei nicht um eine gängige Praxis in totalitären Systemen? Gelenkte Medien, politische Propaganda auf allen Kanälen, Ausgrenzung oppositioneller Meinungen in Presse, Rundfunk und Fernsehen, meist in Verbindung mit der systematischen Behinderung journalistischer Arbeit? Dies alles gehört ja keineswegs zur Alltagspraxis ausschließlich in totalitären Regimen. Tendenzen dieser Art „Gestaltung“ von Öffentlichkeit lassen sich leider auch in einigen liberalen – mehr noch allerdings in illiberalen – Demokratien beobachten, sogar in der Europäischen Union.

—

Grundsätzlicher gefragt: Kann Gestaltung von Öffentlichkeit überhaupt eine legitime Aufgabe von Politikvermittlung sein? Jedenfalls bedarf es dazu guter Argumente, denn Öffentlichkeit ist beides: ein verfassungsrechtliches Fundament der freiheitlichen Demokratie einerseits und ein hartes „Geschäft“ der Bewirtschaftung von Aufmerksamkeit andererseits! Öffentlichkeit ist kein naturwüchsiges Phänomen. Gesellschaftliche, politische, ökonomische, kulturelle und nicht zuletzt mediale Rahmenbedingungen beeinflussen den Aggregatzustand und den Gestaltungsbedarf von Öffentlichkeit. Das gilt für langfristig bedeutsame, strukturelle Entwicklungen vor allem durch die Digitalisierung ebenso wie für kurzfristige Herausforderungen, wie sie sich aktuell aus der Coronakrise ergeben.

Der Ausbruch der COVID-19-Pandemie entwickelte sich in Deutschland – ähnlich wie in anderen Ländern – zu einem Sonderfall von Öffentlichkeit. Die Verbreitung des lebensbedrohenden Virus ließ den vielstimmigen Chor der Politikvermittler zeitweise verstummen und setzte den „normalen“ politischen Wettbewerb außer Kraft. Gesundheitspolitische Fragen bestimmten den politischen Themenhaushalt. Auf der medialen Bühne dominierte eine bis dahin eher unbekannte Expertenelite. Epidemiologen und Virologen hatten, in Begleitung von Spitzenakteuren der politischen Exekutive, für einige Wochen die Definitionsmacht über die Krise übernommen.

VIROKRATIE STATT DEMOKRATISCHE ÖFFENTLICHKEIT?

Wissenschaft ist primär der Wahrheit verpflichtet. Doch nach den zunächst selbstsicher vorgetragenen Einschätzungen der Virologen meldeten sich nach und nach kritische Stimmen zu Wort. Die öffentliche Meinung musste lernen, mit wissenschaftlichen Alternativmeinungen, mit Unsicherheiten und mit der Falsifikation vorläufiger Befunde umzugehen; eigentlich alles übliche Bestandteile des wissenschaftlichen Erkenntnisprozesses. Ganz abgesehen davon, dass zu einer liberalen Demokratie auf Dauer kein Interpretationsmonopol passt, erwies sich die *kurze Phase einer geradezu „virokratisch“ anmutenden Öffentlichkeit* als ein in mehrfacher Hinsicht interessantes Lehrstück der Politikvermittlung. Ganz im Banne der Pandemiebekämpfung auf Fragen des Gesundheitsschutzes konzentriert, vollzog sich in atemberaubender Geschwindigkeit auf breiter Front ein radikaler Bruch mit politischen Dogmen, etwa mit der lange verteidigten „Schwarzen Null“ bei der Haushaltsgestaltung oder mit der Bereitschaft zur gemeinsamen Schuldenaufnahme auf europäischer Ebene; eine Entwicklung, die wohl nur in der kurzen Periode einer weitgehend entpolitisierten Öffentlichkeit möglich und vermittelbar war. Zugleich sprach die Weltgesundheitsorganisation (*World Health Organization*, WHO) von einer „massiven Infodemie“, weil im Zuge der Pandemie

bewusst in Umlauf gebrachte Falschinformationen, Verschwörungstheorien und vieles andere mehr die Meinungsbildung beeinflusst hatten und damit Öffentlichkeit als politische Legitimationsinstanz zu beeinträchtigen drohten.

Man muss nicht gleich den Notstandsstaat beschwören, um zu erkennen, dass die Öffentlichkeit als demokratische Legitimationsinstanz zeitweise geschwächt war. Denn „öffentlich“ bezeichnet nicht lediglich das Gegenteil von „privat“ oder „geheim“. Im politischen Sprachgebrauch verweist „öffentlich“ auf die „res publica“, also darauf, dass etwas von öffentlichem Belang ist und alle angeht. Von *politischer Öffentlichkeit* kann demnach gesprochen werden, wenn durch die Bereitstellung von Themen, Meinungen und Überzeugungen Transparenz hergestellt, Diskursivität erzeugt und damit Orientierung in Angelegenheiten von öffentlicher Relevanz ermöglicht wird.

„PUPILLE IM AUGE DER POLITISCHEN GESELLSCHAFT“

Schließlich macht es das Wesen demokratischer Herrschaft aus, dass sie *zustimmungsabhängig und somit – öffentlich – begründungspflichtig* ist. Nur wo Publizität herrscht, kann politische Verantwortung zugemessen werden. Damit wird Öffentlichkeit zur unverzichtbaren demokratischen Legitimationsinstanz. In den Worten der amerikanischen Politikphilosophin Seyla Benhabib: „Die Öffentlichkeit ist wie die Pupille im Auge der politischen Gemeinschaft: Wenn ihre Sicht getrübt ist, dann ist der Orientierungssinn des Gemeinwesens ebenfalls beeinträchtigt“ (Benhabib 1997, S. 40).

Öffentlichkeit als eine eigene, zwischen Staat und Gesellschaft vermittelnde Sphäre, in der sich das Publikum als Träger der öffentlichen Meinung artikulieren kann, entwickelte sich historisch vergleichsweise spät. So beschränkten sich die Vorstellungen von Öffentlichkeit in der Antike auf die unmittelbare Anwesenheit eines überschaubaren Kreises von Notabeln. Öffentlichkeit im modernen Sinne muss hingegen als Produkt von Aufklärung und Rationalismus gesehen werden. Mit der „Unterordnung der Moral unter die Politik“ (Koselleck 1973, S. 8) als Folge der Erschütterung des Glaubens an die religiöse Letztbegründung politischen Handelns und im Zuge der radikalen Kritik am christlichen Naturrecht gewinnen Öffentlichkeit und öffentliche Meinung einen demokratietheoretischen und -praktischen Eigenwert. Glaubens- und Gewissensfragen werden zur Privatsache. Damit konnte erst der Raum entstehen, in dem herrschaftskritisches Raisonement stattfindet. Zunächst waren es Salons, Kaffeehauszirkel und Aristokratentreffs, die sich im 18. Jahrhundert von privaten zu halböffentlichen Räumen entwickelten und oppositionellem Denken sowie der Forderung nach Kontrolle und Machtteilhabe Resonanz gaben. Die Politisierung von Öffentlichkeit und die Verbindung mit dem Rousseau'schen Gedanken der Volkssouveränität

nahmen schließlich dem Begriff „den abschätzigen Sinn des bloßen Meinens“ und verschmolzen ihn mit der Vorstellung, „dass die menschliche Vernunft der Öffentlichkeit bedürfe, um sich selbst zu testen“ (Luhmann 2000, S. 280).

Öffentlichkeit entsteht nicht, sie wird gemacht! Schon früh wurde der „Strukturwandel der Öffentlichkeit“ (Habermas) als historischer Verfallsprozess diagnostiziert – mit der Argumentation, dass das liberale Modell von Öffentlichkeit als Publikum rasonierender, um das Gemeinwohl besorgter Privatleute auf die moderne Massendemokratie nicht mehr zutrefte. Die öffentliche Meinung sei nicht länger Kontrollorgan staatlicher Politik, sondern ein Resonanzboden, auf dem Politik durch öffentliches Prestige und Publicitypolitik akklamationsfähig gemacht werde. An die Stelle des rasonierenden Publikums sei, so kritisierte Jürgen Habermas, das konsumierende Publikum getreten. Weniger radikaldemokratisch erkannte der Sozialphilosoph später die Bedeutung des Wechselspiels zwischen den Institutionen rechtsstaatlicher Herrschaft und den Öffentlichkeit beziehungsweise Gegenöffentlichkeit erzeugenden Akteuren der Zivilgesellschaft an (vgl. Habermas 1992). Inzwischen plädiert er unmissverständlich für eine mutigere Zählung von rechtspopulistischen Auswüchsen öffentlicher Meinungsbildung. „Ich habe überhaupt kein Verständnis dafür, *Wutbürger in Watte zu packen*“ (ders. 2020, S. 14).

MÄCHTIGE MEINUNGSMASCHINEN

Dass die Gestaltung von Öffentlichkeit in der digitalisierten Welt eine neue und durchaus ambivalente Dynamik erhalten hat, gilt als unstrittig. Denn es sind nicht mehr allein die herkömmlichen Kommunikatoren des politischen Systems und der Zivilgesellschaft, die im Verbund mit den Massenmedien von Print, Funk und Fernsehen Öffentlichkeit herstellen. Hinzu gekommen sind Medienunternehmen neuen Typs wie Google, Facebook, Twitter, YouTube und so weiter. Diese Art Suchmaschinen, Instant-Messenger, soziale Online-Netzwerke und Videoportale agieren aber nicht wie Post oder Telekom als neutrale Dienstleister. Bei ihnen handelt es sich um privatwirtschaftlich organisierte Weltkonzerne und mächtige Meinungsmaschinen, die selbst Öffentlichkeit „gestalten“ – und zwar nach ihren eigenen Regeln.

Zunehmend mehr Menschen, nicht nur der jüngeren Generation, nutzen diese Plattformen. Damit verändert sich einerseits das herkömmliche, an traditionellen Medien orientierte Verständnis von Öffentlichkeit: Öffentlichkeit wird zum Strauß selbst „gepfückter“ beziehungsweise erzeugter Informationen (und sonstiger Dienstleistungen), einem bunten Allerlei von mehr und oft weniger Relevantem; zweifellos ein Freiheitsgewinn. Andererseits bietet die Netzöffentlichkeit Raum für alles, individuell angepasst, vielfach von Algorithmen gesteuert und ohne journalistische Filter. Mit der gar nicht mehr so neuen Social-Media-Welt steht jedermann ein niederschwelliger und

reichweitenstarker Kommunikations- und Resonanzraum zur Verfügung. Die Ambivalenz der sogenannten sozialen Medien ergibt sich dabei aus ihrem Doppelcharakter: Sie können als Plattform zivilgesellschaftlicher Politikvermittlung und Mobilisierung dienen. Ebenso bieten sie die Chance zur Bestätigung selbst absurdesten Verschwörungstheorien in den Meinungsblasen medialer Teilpublika.

Fakten sorgfältig zu prüfen, Informationen auszuwählen und zu gewichten und dabei Meinungsvielfalt zu ermöglichen, das war und bleibt die Aufgabe von Massenmedien; eine für die freiheitliche Demokratie „schlechthin konstitutive“ Bedingung, wie das Bundesverfassungsgericht wiederholt betont hat. Doch in der digitalisierten Medienwelt steht diese Gatekeeper-Rolle unabhängiger Medien gehörig unter Druck; wie überhaupt die intermediären Akteure, die kollektives politisches Handeln organisieren und Diskurse kanalisieren, an Gewicht verlieren. Denn publizistische Parallelwelten geben der auf Recherche und professionellen Journalismus gestützten Öffentlichkeit nicht selten die Agenda vor.

ENTDEMOKRATISIERTE DEMOKRATIE

Welches – vorläufige – Fazit lässt sich für die Gestaltung von Öffentlichkeit in diesen Zeiten ziehen? Die euphorische Erwartung der 1970er-Jahre im Hinblick auf eine Art „Computer-Demokratie“ (Helmut Krauch) und die Hoffnungen auf Deliberation und Demokratisierung öffentlicher Diskurse sind inzwischen einer eher skeptischen Einschätzung gewichen. Im Kern geht es dabei um nicht weniger als um die Funktionslogik der parlamentarisch-repräsentativen Demokratie. Denn der demokratisierte Zugang zur Öffentlichkeit hat nicht nur die Teilhabe am Diskurs erleichtert, er treibt auch eine „neue Individualisierung und Entinstitutionalisierung von Macht“ voran, so der Politikwissenschaftler Philip Manow in seiner ernüchternden Studie zur „(Ent-)Demokratisierung der Demokratie“. Der Funktionsverlust der Agenten und Agenturen der Öffentlichkeitsproduktion korrespondiert mit dem Funktionsverlust von Parteien und Parlamenten (vgl. Manow 2019, S. 113). Stetig erhöhte Taktzahl und wachsender Reaktionsdruck begünstigten den Prozess der „Ent-Institutionalisierung“ mit der Folge, dass das „bisherige Regime der Einhegung offenbar seine Wirkung (verliere), ohne dass sich bereits Konturen eines neuen abzeichnen“ (ebenda, S. 116f.).

In die gleiche Richtung geht die Diagnose des Kultursoziologen Andreas Reckwitz unter dem bezeichnenden Titel *Das Ende der Illusionen*. Die beschleunigte und zugleich zugespitzte, stark emotionalisierte Form der Meinungs- und Willensbildung sei „mit den klassischen Institutionen der liberalen Demokratie nur mangelhaft“ synchronisiert (Reckwitz 2020, S. 276). Herfried Münkler zieht schließlich denkwürdige historische Parallelen. Die

„digitale Demokratie“ mit ihren Möglichkeiten zur kontinuierlichen Einflussnahme der Bürger auf Politikprozesse erkaufe die „Rückkehr zur Stimmdemokratie der Antike“ mit „einem gefährlichen Reflexionsverlust“ (Münkler 2018, S. 94f.). Demokratische Partizipation sei aber „auf Entschleunigung zwecks Reflexion und Deliberation angewiesen“ (ebenda, S. 118). Noch sei im Augenblick nicht zu erkennen, wie unter den Bedingungen der Beschleunigung der Gegenwart durch die aktuellen Medien adäquate Strukturen entstehen können, in denen Reflexion möglich und politische Urteilskraft entwickelt werden kann (vgl. Münkler, in: Bisky/Müller 2019).

Erscheinen diese Stimmen zur zeitdiagnostisch-politischen Einordnung unmittelbar plausibel, so können abschließend allenfalls grundlegende Richtungen im Hinblick auf den Gestaltungsbedarf der veränderten Kommunikationsverhältnisse angezeigt werden; dies freilich mehr im Sinne von Fragen als in Form von fertigen Antworten oder handlichen politischen „Rezepten“.

RAUM FÜR REFLEXION

Erstens: Wie ist die Unterscheidung zwischen Wahr und Falsch, zwischen Fakten und Fiktionen, zwischen News und Fake News in einer Zeit möglich, in der sich die Gewissheiten im Nirwana nahezu unbegrenzter Informations- und Kommunikationsgelegenheiten gleichsam aufzulösen scheinen (vgl. Sarcinelli 2020)? Mit einem Zustand „Brüchige[r] Wahrheit“ (Revault d’Allonnes 2019) hätte man es jedenfalls dann zu tun, wenn Tatsachenbehauptungen zu bloßen Meinungsäußerungen werden und objektiv messbare Befunde keine Grundlage mehr dafür sein könnten, dass Meinungsstreitigkeiten beigelegt, Kompromisse gefunden oder Urteile korrigiert werden.

Zweitens: Wie kann in einer Welt, in welcher der Algorithmus viele Lebensbereiche durchdringt, die prinzipielle Freiheitsfähigkeit der Bürger gesichert werden? Kennt der Algorithmus keine Moral, so verfügt allein der Mensch als Person über die Befähigung zu Autonomie und Sittlichkeit. Damit Verantwortlichkeit in der Netzöffentlichkeit nicht im digitalen Nirgendwo verschwindet, bedarf es einer über die Selbstregulierung hinausgehenden demokratischen Kontrolle in Form von Regeln, die mit der technologischen Dynamik Schritt halten.

Drittens: Wie kann die Befähigung zur Öffentlichkeitskompetenz der Bürgerinnen und Bürger in und mit der digitalen Medienwelt entwickelt und gefördert werden? Experimentiert wird inzwischen mit vielen Ideen und Projekten zur Steigerung von – im weitesten Sinne – Medienkompetenz als Grundlage von Bürgerkompetenz. Hier geht es über die klassischen Bildungseinrichtungen hinaus um neue Lernplattformen, um sogenannte Bürgerakademien und „Reporterfabriken“, „Journalistenschulen für alle“, Recherchenetzwerke und vieles andere mehr.

Politikvermittlung – verstanden als aktive Gestaltung von Öffentlichkeit – darf in der „offenen Gesellschaft“ (Karl Popper) kein Privileg von Profis aus Politik und Journalismus sein. Mehr denn je sollte das Erlernen von Öffentlichkeitskompetenz nicht nur auf den praktischen Umgang mit dem Instrumentarium der digitalisierten Medienwelt abzielen, sondern vor allem Raum für Reflexion geben. Dabei kann es gerade nicht um die Steigerung des Kommunikationstempos gehen. Mehr denn je sind ganz unterschiedliche Orte der Entschleunigung und des Diskurses zur Förderung demokratischer Urteilsbildung notwendig.

Literatur

- Benhabib, Seyla: „Die gefährdete Öffentlichkeit“, in: *Transit*, Nr. 13/1997, S. 26–41.
- Bisky, Jens / Müller Lothar: „Das Hauptproblem ist die Mitte“. Ein Gespräch über die Krise der liberalen Demokratie und den wahren Bildungsskandal“, in: *Süddeutsche Zeitung*, 16.09.2019.
- Habermas, Jürgen: *Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des Rechtsstaats*, Frankfurt am Main 1992.
- Habermas, Jürgen: „Moralischer Universalismus in Zeiten politischer Regression. Jürgen Habermas im Gespräch über die Gegenwart und sein Lebenswerk“, in: *Leviathan*, 48. Jg., Nr. 1/2020, S. 7–28.
- Koselleck, Reinhart: *Kritik und Krise. Eine Studie zur Pathogenese der bürgerlichen Welt*, Frankfurt am Main 1973.
- Luhmann, Niklas: *Politik der Gesellschaft*, Frankfurt am Main 2000.
- Manow, Philip: *(Ent-)Demokratisierung der Demokratie*, Frankfurt am Main 2020.
- Münkler, Herfried: „Verkleinern und entschleunigen oder die Partizipationsformen neu arrangieren“, in: Graf, Friedrich Wilhelm / Meier, Heinrich (Hrsg.): *Die Zukunft der Demokratie. Kritik und Plädoyer*, München 2018, S. 83–119.
- Reckwitz, Andreas: *Das Ende der Illusionen. Politik, Ökonomie und Kultur in der Spätmoderne*, Frankfurt am Main 2019.
- Revault d’Allonnes, Myriam: *Brüchige Wahrheit. Zur Auflösung von Gewissheiten in demokratischen Gesellschaften*, Hamburg 2019.
- Sarcinelli, Ulrich: *Politische Kommunikation in Deutschland. Medien und Politikvermittlung im demokratischen System*, 3. Aufl., Wiesbaden 2011.
- Sarcinelli, Ulrich: „Auf der Suche nach der Wirklichkeit. News und Fake News im politischen Diskurs“, in: *Praxis Politik*, Nr. 4/2020, S. 31–34.

1920 und 2020

Teilen die Vereinten Nationen das Schicksal des vor 100 Jahren gegründeten Völkerbundes?

CHRISTOPH HEUSGEN

Geboren 1955 in Düsseldorf-Heerd, ab 2005 außen- und sicherheitspolitischer Berater von Bundeskanzlerin Angela Merkel, seit 2017 Ständiger Vertreter der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen, New York. In dieser Funktion leitete er im April 2019 und Juli 2020 als Präsident die Sitzungen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen.

Auch wenn vielleicht bereits mit dem ersten Satz die Spannung weg ist: So, wie der Völkerbund sang- und klanglos untergegangen ist, werden die Vereinten Nationen (VN) nicht scheitern. Im Gegenteil: Gäbe es die Vereinten Nationen nicht, müssten

sie dringend gegründet werden. Ohne das Pariser Klimaabkommen und die von den Vereinten Nationen postulierten Klimaziele hätte unser Planet keine Überlebenschance. Mit den Zielen für nachhaltige Entwicklung (*Sustainable Development Goals*, SDGs) haben die Vereinten Nationen allen Staaten dieser Welt mittelfristige Vorgaben gesetzt, um der Weltgemeinschaft eine gedeihliche Zukunft zu ermöglichen. Ohne das VN-Flüchtlingswerk UNHCR, ihre humanitäre Hilfe OCHA, ihre Kinderorganisation UNICEF, das Welternährungsprogramm WFP, das Entwicklungsprogramm UNDP, die Palästinenserhilfe UNWRA, das Menschenrechtskommissariat und viele

andere Unterorganisationen und Agenturen könnten Millionen Menschen nicht überleben, und die Staatengemeinschaft würde möglicherweise auseinanderbrechen.

Dennoch: Die Frage nach Parallelen zwischen 1920 und 2020 ist nicht völlig abwegig. Denn das Hauptziel der Gründungsmütter und -väter des Völkerbundes und später der Vereinten Nationen, die Bewahrung von Frieden und Sicherheit, zerschlug sich in den 1930er- und 1940er-Jahren auf dramatische Weise. Und auch heute wankt das Fundament, auf dem die Vereinten Nationen vor 75 Jahren gebaut wurden. Um die achtzig Millionen Flüchtlinge weltweit, achtzig Millionen bedrückende Einzelschicksale in Konflikten in Syrien, Jemen, Libyen, Afghanistan, Südsudan und der abnehmende Respekt vor Völkerrecht und internationalem humanitärem Recht zeugen davon, dass die Vereinten Nationen in einer existenziellen Krise stecken.

Nach dem verheerenden Ersten Weltkrieg sollte der Völkerbund eine Wiederholung dieser Katastrophe verhindern. Mit viel Idealismus ging er ans Werk, aber schon der Gründung hafteten Mängel an, die nie behoben wurden. Zwar waren die USA mit Präsident Woodrow Wilsons Vierzehn-Punkte-Plan Mitinitiator des Völkerbundes, aber die USA traten ihm nie bei, und damit fehlten gleichermaßen Kitt wie treibende Kraft.

Eine weitere Initiative, die zum Völkerbund führte, ging im April 1915 vom Internationalen Frauenfriedenskongress in Den Haag aus. Auf den Gründungsfotos des Völkerbundes sind jedoch nur Männer zu sehen, jegliche Teilhabe oder Einfluss von Frauen fehlte. Dies war nach 1945 anders, als mit Eleanor Roosevelt

eine namhafte Frau bei der Grundsteinlegung der Vereinten Nationen tatkräftig mit Hand anlegte und die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte inspirierte – die bis heute aktuelle, zentrale Referenz für das Zusammenleben der Menschheit.

Der Völkerbund hatte eine kurze Blütezeit, als die Außenminister Frankreichs und Deutschlands, Aristide Briand und Gustav Stresemann, sich aufeinander zubewegten und Deutschland 1926 in den Völkerbund aufgenommen wurde. Mit dem Tod Stresemanns 1929 und der aufziehenden Weltwirtschaftskrise endete der kurze Zenit des Völkerbundes; der Nationalismus entflammte erneut. Der Gegenwind für diese frühe Idee des Multilateralismus wurde stärker, zum Beispiel bei den Abrüstungsbemühungen und konkret bei der Besetzung Äthiopiens durch das faschistische Italien, der japanischen Großmachtpolitik in Ostasien, dem Bürgerkrieg in Spanien. Angesichts des von Nazi-Deutschland verursachten Zweiten Weltkriegs versagte der Völkerbund völlig. Es fehlte der politische Wille, seine Bestimmungen – wie etwa eine automatische Beistandsgewährung im Angriffsfall oder beschlossene Sanktionsmaßnahmen – umzusetzen.

TRUMPFKARTE FRIEDENSEINSÄTZE

Seit ihrer Gründung ist es den Vereinten Nationen 75 Jahre lang gelungen, einen dritten Weltkrieg zu verhindern. Das für die Aufrechterhaltung von Frieden und Sicherheit zuständige Gremium, der Sicherheitsrat, tagt regelmäßig zu internationalen Krisen und Konflikten, verabschiedet

rechtlich verbindliche Resolutionen und öffentliche Verlautbarungen. Der Wettbewerb um einen der nichtständigen Sitze bleibt intensiv; mit der Wahl in dieses Gremium sind gleichermaßen hohe Kosten, politisches Kapital wie ein internationaler Prestigegewinn verbunden. Gleichzeitig ist es in den letzten Jahrzehnten allerdings nicht gelungen, den Sicherheitsrat zu reformieren und seine Zusammensetzung den seit 1945 stark veränderten Gegebenheiten und Realitäten der heutigen Welt anzupassen. Damit sinkt seine Legitimität, gewinnen andere, rechtlich weniger verbindliche Gremien und Allianzen an Bedeutung.

Auch sein Konfliktlösungspotenzial lässt zu wünschen übrig: Kriegerische Auseinandersetzungen und das damit einhergehende Leiden der Menschen in Syrien, im Jemen, in Libyen, Myanmar und an anderen Orten vermag der Sicherheitsrat nicht zu beenden. Der Einfluss des VN-Generalsekretärs und seiner vielen weltweit tätigen Gesandinnen und Gesandten bleibt begrenzt. Einige nationale Regierungen fühlen sich den Vereinten Nationen nur auf dem Papier, nicht aber ihrem Wesenskern verpflichtet, die immer zahlreicher werdenden nicht staatlichen Akteure, viele bewaffnete Gruppen tun dies noch weniger. Es gibt jedoch auch Hoffungsanker: Die Stabilisierungserfolge der rund 100.000 Blauhelmsoldaten sowie Polizisten und zivile Berater in Krisenregionen sind beispielsweise nicht zu unterschätzen. Im Gegenteil: Ohne sie sähe es beispielsweise in Mali, im Kongo, im Libanon, in Süd-Sudan, in der West-Sahara, auf Zypern und an vielen anderen Orten der Welt viel schlimmer aus, als es derzeit der Fall ist. Diese Trumpfkarte gilt es zu erhalten und zu pflegen, das Personal in

Friedensmissionen noch besser auf ihre Einsätze vorzubereiten und auszurüsten. Auch der Internationale Gerichtshof genießt weiterhin internationales Ansehen und Respekt; viele seiner Urteile werden befolgt. Allerdings kann er nur eingeschränkt internationale Konflikte lösen, weil jeweils alle Streitparteien mit der Befassung des Gerichts einverstanden sein müssen.

EROSION DES VÖLKERRECHTS

Doch zurück zu den bedenklichen Entwicklungen. Sie betreffen vor allem die allmähliche Erosion des Völkerrechts im Allgemeinen und des verbindlichen Charakters der vom Sicherheitsrat verabschiedeten Resolutionen im Speziellen. Während Beschlüsse der VN-Generalversammlung keine rechtliche Bindungswirkung haben, sieht die Charta der Vereinten Nationen ausdrücklich vor, dass die Resolutionen ihres Sicherheitsrates – also des Gremiums, das für die wichtigste Aufgabe, die Bewahrung von Frieden und Sicherheit, zuständig ist – rechtlich verpflichtend sind.

Indem VN-Mitgliedstaaten, insbesondere einige der durch die Charta privilegierten und damit eine besondere Verantwortung tragenden ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats, gegen internationales Recht verstoßen, missbrauchen sie nicht nur ihre Vorrechte, sie unterhöheln auch das Fundament, auf dem die Staatengemeinschaft ruht.

Um mit Russland anzufangen: Die Invasion der Ukraine mit der Annexion der Krim (2014) stellt den schwerwiegendsten Völkerrechtsbruch in Europa seit dem

Zweiten Weltkrieg dar. Russland verstößt gegen die VN-Charta, aber auch gegen das Budapester Memorandum von 1994, mit dem Russland die territoriale Integrität der Ukraine garantierte, als Gegenleistung für die Abrüstung sämtlicher Atomwaffen, die auf dem ukrainischen Territorium stationiert waren. Bis heute macht Russland keine Anstalten, dem internationalen Recht wieder Geltung zu verschaffen. Russlands Unterstützung für das menschenverachtende Assad-Regime in Damaskus macht noch nicht einmal vor einer der schrecklichsten Verletzungen Internationalen Humanitären Rechts halt: der Bombardierung von Krankenhäusern in Syrien. Auch die Entsendung von Söldnern nach Libyen zeigt, dass sich Russland ohne Weiteres über Völkerrecht hinwegsetzt, in diesem Fall gegen rechtlich verbindliche Sanktionen des Sicherheitsrats.

Mit seiner ausgreifenden Landnahme im Südchinesischen Meer durch die Befestigung vorhandener und Aufschüttung künstlicher Inseln sowie mit der Diskriminierung und Internierung Hunderttausender Uiguren verstößt China gegen das internationale Seerecht beziehungsweise gegen fundamentale Menschenrechte. Besorgniserregend sind auch die systematischen Versuche Chinas, die Errenschaften der internationalen Zusammenarbeit nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs auf den Kopf zu stellen: Im Mittelpunkt soll nicht mehr der einzelne Mensch stehen, wie es etwa die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte vorsieht, sondern das Kollektiv, der Staat, womit China einem die Menschenrechte bedrohenden Relativismus Vorschub leistet.

Auch die USA, auf deren tatkräftige Mitwirkung die Gründung der Vereinten

Nationen und ihre Ansiedlung am New Yorker East River zurückgeht, sehen heute die Charta der Vereinten Nationen und das Völkerrecht als eine Art Menu à la carte an. Wenn es passt, wie etwa bei der Verteidigung von Menschenrechten an vielen Orten dieser Welt oder etwa bei den Sanktionen gegen Nordkorea, dann wird das Völkerrecht hochgehalten. Sind den Amerikanern politische Vereinbarungen wie das Pariser Klimaabkommen nicht genehm oder gefällt ihnen die Entwicklung von VN-Unterorganisationen nicht (etwa von UNESCO, WHO, UNWRA oder WTO), dann treten sie aus oder boykottieren sie. Schmerzlich ist die aktive Bekämpfung des Internationalen Strafgerichtshofes, dessen Vorläufer der entscheidend von den USA geprägte Strafgerichtshof in Nürnberg war, mit dem nach 1945 den nationalsozialistischen Kriegsverbrechern der Prozess gemacht wurde.

MISSACHTUNG VON RESOLUTIONEN

Ebenfalls schmerzlich ist, dass die USA mit ihren immensen Beitragsrückständen den Vereinten Nationen in einer existenziellen Krise das Leben zusätzlich schwer machen, da diese ständig kurz vor der Zahlungsunfähigkeit stehen. Während die USA Deutschlands immerhin seit einiger Zeit konstant steigende NATO-Beitragszahlungen heftig kritisieren und mit Abzug Tausender Truppen aus Deutschland quittieren, zucken sie bei der Kritik an der eigenen Zahlungsmoral nur mit den Schultern. Am langfristig schwerwiegendsten für die Vereinten Nationen ist die dramatisch nachlassende Bereitschaft

der USA, alle rechtlich verpflichtenden Resolutionen des Sicherheitsrates umzusetzen. Mit dem Ausstieg aus dem Nuklearabkommen mit dem Iran (entgegen Resolution 2231), der Verlegung ihrer Botschaft nach Jerusalem (entgegen Resolution 478), der Anerkennung der Souveränität Israels über die Golanhöhen (entgegen Resolution 497) und der Akzeptanz israelischer Siedlungsbaupläne (entgegen Resolution 2334) verstoßen sie gegen verbindliches Völkerrecht. Damit unterhöheln die USA das Fundament der Vereinten Nationen und der regelbasierten internationalen Ordnung. Von der Vorbildfunktion der USA, die nach beiden Weltkriegen zu den Vorreitern einer Weltordnung gehörten, die die Stärke des Rechts in den Mittelpunkt stellt, ist nicht mehr viel übrig geblieben. Die Macht des Stärkeren scheint sich wieder durchzusetzen.

DEUTSCHLANDS BESONDERE VERANTWORTUNG

Deutschland als Verursacher zweier Weltkriege trägt besondere Verantwortung dafür, dass die regelbasierte internationale Rechtsordnung nicht auf dem Scherbenhaufen der Geschichte landet, dass sich der 18. April 1946 nicht wiederholt, der Tag, an dem der Völkerbund offiziell zu Grabe getragen wurde.

Der historisch einzigartige Erfolg der Europäischen Union, die sich nach den Grundprinzipien der Vereinten Nationen gerichtet hat, aber auch die 2019 von Frankreich und Deutschland ins Leben gerufene Allianz für den Multilateralismus beweisen, dass es auch anders geht. Dass weltweit der Wille ungebrochen ist, die Vereinten Nationen und mit ihnen eine Weltordnung zu unterstützen, in der Herausforderungen wie Klimawandel, Pandemien, Nahrungsmittelknappheit und vieles andere gemeinsam angegangen und Konflikte friedlich und auf der Grundlage des Völkerrechts gelöst werden. Ein Blick zurück in die Geschichte, und insbesondere in die deutsche, verdeutlicht: Der unablässige Einsatz dafür lohnt sich. Gerade vor diesem Hintergrund ist Deutschland aufgerufen, sich weiterhin regelmäßig um einen nichtständigen Sitz im Sicherheitsrat zu bewerben, seine Reform voranzutreiben und vor allem bei der Forderung nach Einhaltung des Völkerrechts, der Charta der Vereinten Nationen und der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte nicht nachzulassen und Vorbild zu sein. Die Vereinten Nationen dürfen und werden nicht das Schicksal des Völkerbundes erleiden!

Dieser Beitrag gibt die persönliche Meinung des Autors wieder.

Amerika in Nöten?

Zwei aktuelle Publikationen antworten mit „Ja, aber ...“

MICHAEL ZÖLLER

Geboren 1946 in Würzburg, Professor emeritus für Politische Soziologie und Leiter der Amerika-Forschungsstelle, Universität Bayreuth, Gastprofessor an etlichen Universitäten der USA.

Ezra Klein: *Why we're polarized*, Simon & Schuster, New York 2020, 312 Seiten, 29,00 US-Dollar.

Michael Kimmage: *The Abandonment of the West*, Basic Books, New York 2020, 373 Seiten, 32,00 US-Dollar.

Dass Joe Biden zum Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt wird, erscheint mittlerweile denkbar, doch mehr noch als bisher ist es dieses Mal ausgeschlossen, ge-

nau dort wieder anzuknüpfen, wo Barack Obama und Joe Biden die Macht abgeben mussten. Vier Jahre Trump haben den politischen Alltag in unvorstellbarer Weise verändert. In einem Land, dem ausländische Beobachter stets ein eher penetrantes Selbstvertrauen bescheinigten, pflegen Politiker der Linken wie der Rechten eine Niedergangsrhetorik und finden ein Publikum, das solche Abgesänge hören möchte. Donald Trump erachtet den „amerikanischen Traum“ als tot, laut Bernie Sanders hat er sich in einen Albtraum verwandelt, und Elizabeth Warren findet, niemand kümmere sich mehr um die Mittelklasse, deren Einkommen schon lange stagniere. Der Stil der politischen Auseinandersetzung ist derweil kompromisslos

feindselig, und die beiden großen Parteien scheinen sich bis zur Unkenntlichkeit verändert zu haben. Zugleich aber werden Art und Umfang der Veränderungen in Publizistik und Sozialwissenschaften so unterschiedlich beschrieben, dass der Beobachter wie gewohnt mit einem „Ja, aber“ reagieren kann.

Ja, vom „amerikanischen Traum“ war in den damals noch populären Wochenschaun und in den Illustrierten ebenso wie in der Wahlwerbung die Rede, als jeder arbeitswillige Mann auch ohne College-Abschluss so gut verdiente, dass er seiner Familie den Lebensstandard bieten konnte, den die Werbung versprach und dessentwegen er, psychologisch noch wichtiger, auch besser dastand als sein Vater. Viele dieser Jobs, bei denen es um verlässliche Ausführung von Routinearbeiten ging, sind verschwunden; jedoch sind sie nicht nach China gewandert, sondern durch Roboter ersetzt worden.

Die Katastrophenszenarien werden durch die allgemein zugänglichen Daten des *Congressional Budget Office* nicht bestätigt: Eine Lohnsteigerung um 34 Prozent in den vergangenen dreißig Jahren ist nicht spektakulär, man kann sie aber ebenso wenig als Stagnation bezeichnen; und wenn seit 2010, also seit der Finanzkrise, Monat für Monat mehr Arbeitsplätze entstanden als verschwunden sind, kann es sich bei der kontinuierlichen, wenn auch bescheidenen Lohnentwicklung nicht generell um geringere, schlechter bezahlte Jobs handeln. Ökonomen führen diese und andere Einwände ins Feld und verweisen darauf, dass 73 Prozent aller Amerikaner im Alter von vierzig Jahren, also etwa in der Mitte ihres Lebens, ein höheres Einkommen als ihre Eltern erzielen – und das liegt nicht nur daran, dass „die

Reichen immer reicher“ werden. Von den Quintilen (Zwanzig-Prozent-Stufen der Einkommensschichtung), die man nach amerikanischer Gewohnheit unterscheidet, profitieren die beiden untersten mit 86 Prozent beziehungsweise 76 Prozent Zuwachs deutlicher, wobei noch nicht berücksichtigt ist, dass Steuern und Transferleistungen die Einkommen des oberen Fünftels um ein Viertel schrumpfen und die des unteren um zwei Drittel wachsen lassen. Doch wie üblich bewirken solche Zahlen gegen die Krisenrhetorik wenig, und hinter den Beschäftigungs- und Einkommensdaten taucht mit etwa vier von insgesamt über 55 Millionen erwerbsfähigen Männern die kulturell und politisch problematische Gruppe derer auf, die gar keinen Job suchen.

HERRSCHAFT DER AKTIVISTEN

Die seit 2016 diskutierte Frage, ob es die „Abgehängten“ sind, etwa diese Aussteiger, bei denen Trumps ethnonationalistische und andere protektionistische Parolen verfangen, oder ob deren Wirkung weit darüber hinausreicht, durchzieht auch Ezra Kleins Buch. Obwohl die Titelfrage („warum ‚wir‘ polarisiert seien“) auf eine allgemeine Erscheinung anspielt, beginnt es doch mit dem Hinweis auf eine abgrenzbare Gruppe: Eigentlich gebe es zwischen 2016 und den vorigen Wahlen seit 2004 nur den Unterschied, dass weiße Wähler ohne College-Abschluss zuletzt in den entscheidenden Staaten überrepräsentiert waren.

Hauptsächlich aber versucht Klein, nachzuzeichnen, wie das klassische, an Interessen orientierte Politikverständnis

durch Identitätspolitik abgelöst wurde. Selbst deutlich links angesiedelt, bemüht er sich, jeden denkbaren Einwand gegen seine Vermutungen vorwegzunehmen und institutionelle Faktoren, wie zum Beispiel Reformen und deren unbeabsichtigte Nebenwirkungen, von psychologischen Erklärungen zu unterscheiden. Zunächst schildert er in einem Rückblick die kooperative Politik der 1950er- und 1960er-Jahre und die zunehmende Kritik daran. Damals standen manche konservativen Demokraten rechts von den Republikanern, und viele Republikaner waren (im amerikanischen Sinne) liberaler als linke Demokraten. Gesetze tragen oft die Namen je eines Demokraten und eines Republikaners, die sie vorantrieben, und manchmal ist einem Gesetz ein sachfremdes Zugeständnis an einen Bundesstaat angefügt, ein „earmark“, mit dem die Zustimmung eines Senators erreicht wurde, der sich dafür zu Hause feiern lassen konnte. Solches „Do ut des“ galt nicht als anrühlich, da Politik schließlich „local“ und „transactional“ war. Doch wenn es etwa um die Auswahl von Kandidaten ging, wurde schon damals das viel ältere Bild vom „verräucherten Hinterzimmer“ bemüht. Klein zitiert ein Memorandum amerikanischer Politikwissenschaftler, das es 1950 auf die Titelseite der *New York Times* schaffte: Danach litten die Parteien unter einer zu großen internen Meinungsvielfalt und arbeiteten allzu leicht zusammen, was die Wähler orientierungslos lasse. Gefragt seien kontrastierende Profilierung der Parteien und Demokratisierung des politischen Betriebes.

Inzwischen wurde die Teilnahme an Vorwahlen – zuletzt sogar durch Briefwahl – so erleichtert, dass sie den jeweiligen Parteien entgleiten, auf Parteitag

wurde der mäßigende Einfluss ehemaliger Amtsträger, der sogenannten *Superdelegates*, beschnitten, „earmarks“ sind abgeschafft, und die Parteigliederungen werden von Aktivisten beherrscht, die nicht erwarten, dass Abgeordnete etwas für die Region herausholen, sondern dass sie der ideologischen Agenda der Basis folgen. Es gibt auch keinen Zweifel mehr, wofür die Parteien stehen, und im Kongress gehört ihre Zusammenarbeit der Vergangenheit an.

„BIG SORT“

Die „verräucherten Hinterzimmer“, von denen inzwischen schon mit einer gewissen Nostalgie gesprochen wird, stehen aber keineswegs nur für die gute alte Zeit, denn das System der „transactional politics“ beruhte auch darauf, dass die Demokraten des Nordens so lange eine gewerkschaftsnahe Politik betreiben durften, wie sie ihren südlichen Parteigenossen und deren Politik der Rassentrennung nicht in die Quere kamen. Die „Dixiecrats“ besetzten im Süden jahrzehntelang mehr als neunzig Prozent aller Wahlämter. Der daraus folgende „Solid South“ war die Voraussetzung einer Mehrheit der Demokraten in nationalen Wahlen, und die Geschäftsgrundlage (gelegentlich als „Faustian deal“ bezeichnet) war dadurch abgesichert, dass die Delegierten des Südens auf Parteitag eine Sperrminorität bildeten und ein Präsidentschaftskandidat aus dem Norden einen „Running Mate“ aus dem Süden benötigte.

Es gebe Schlimmeres als die politische Polarisierung, die mit dem Ende dieser unhaltbaren stillen Abmachung begann, kommentiert Klein. Mit dem

Civil Rights Act von 1964, den Präsident Lyndon B. Johnson im Senat nur mit der Mehrheit der Republikaner gegen ein Drittel seiner Demokraten durchsetzen konnte, war die Einheit des Südens Vergangenheit, und es begann stattdessen der „Big Sort“, die Selbstsortierung der politisch Interessierten. Konservative des Südens entdeckten die Republikaner als Verbündete gegen Anmaßungen Washingtons, und für Liberale des Nordens hatten die Demokraten den Beigeschmack des Rassismus verloren. War damit der Anfang der durchaus erwünschten Differenzierung und Polarisierung gesetzt, so überlagerte eine aus der demografischen Entwicklung abgeleitete Selbstsicht mehr und mehr alle anderen Zugehörigkeiten. Identität, zuvor ein Kampfbegriff von Minderheiten, begann den Ausblick eines großen Teils der Weißen zu bestimmen, wobei wie üblich die tatsächliche Entwicklung vergrößert wahrgenommen wurde.

2013, als erstmals die meisten Neugeborenen nicht mehr weiß waren, der Anteil der nicht weißen Bevölkerung aber noch bei 37 Prozent lag, schätzten die meisten Teilnehmer einer Umfrage ihn bereits auf 49 Prozent – und sobald diese Marke in den nächsten Jahren erreicht ist, wird dies bei vielen wohl nicht als die Botschaft ankommen, die Weißen seien noch immer die weitaus größte nicht zu vernachlässigende Gruppe. Jedenfalls stehen sich nur noch gefühlte Minderheiten gegenüber, die sich gegenseitig als Karikatur wahrnehmen. Demokraten glauben, 44 Prozent der Republikaner verdienen mehr als 250.000 Dollar im Jahr, was für ganze zwei Prozent zutrifft, und schätzen den Anteil der Senioren unter den Republikanern auf vierzig Prozent; genau das Doppelte des tatsächlichen Anteils. Republika-

ner dagegen glauben, 38 Prozent der Demokraten seien homosexuell (richtig wäre sechs Prozent) und vermuten, 46 Prozent seien schwarz, was nur für 24 Prozent der Demokraten zutrifft. Klein fügt viele weitere, teils schon länger bekannte Umfrageergebnisse hinzu, die jeden entmutigen können, der sich um politische Bildung bemüht. Stellvertretend dafür mag die Wiederholung eines demoskopischen Klassikers stehen: Die Aussicht, dass der Sohn oder die Tochter einen Anhänger der anderen großen Partei heirate, irritierte 1960 ganze fünf Prozent der Republikaner und vier Prozent der Demokraten. Ein halbes Jahrhundert später reagierten 49 Prozent der Republikaner und 33 Prozent der Demokraten in dieser Weise.

Das *Aber* beginnt mit der Einschränkung, dass Kleins Schilderung des alltäglichen politischen Betriebs einen großen, aktiven Teil der selbst definierten Republikaner oder Demokraten erfasst, nicht jedoch die politisch weniger oder weniger dauerhaft Interessierten, also die Mehrheit der Wähler. Daher gilt jedenfalls für die Demokraten, dass man sich letztlich an der eher gemäßigten Mehrheit der Wähler orientieren muss.

Zweifellos ist die Partei weiter nach links gerückt, aber während der Medienstar Alexandria Ocasio-Cortez diese Tendenz verkörpert, waren es zentristische Demokraten, die 2018 in den Zwischenwahlen den Republikanern Sitze abgenommen haben, und deswegen haben deutlich zur Mitte tendierende Kandidaten wie Pete Buttigieg und Amy Klobuchar zugunsten von Biden verzichtet.

Schließlich zeigen Umfragen, etwa des *Chicago Council on Global Affairs*, dass wegen des Zustandes der beiden großen Parteien Einstellungen und Erwartungen

entweder das Lager gewechselt haben oder heimatlos darauf warten, angesprochen zu werden. So finden etwa positive Meinungen über Freihandel oder den Wert von Bündnissen nur noch bei knapp der Hälfte der in zwei gegensätzliche Lager zerfallenen Republikaner und ihrer Wähler Zustimmung. Eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung und der selbsterklärten Wähler der Demokraten dagegen stimmt in Opposition zu Trump, aber auch zu protektionistischen Anwendungen des linken Parteiflügels der Meinung zu, dass Freihandel mehr nutze als schade und dass Bündnisse die USA stärkten.

DER KOLUMBUS-MYTHOS

Da der Präsident in der Außenpolitik noch den größten Freiraum besitzt, besteht also Anlass, nach Amerikas Verhältnis zum Westen zu fragen, das sich nach dem Historiker Michael Kimmage, der bis 2016 im *State Department* arbeitete, in drei Phasen entwickelt hat.¹ Zunächst, als Amerikaner vom Westen sprachen, wenn sie („Go West“) die Ausdehnung des Landes bis zum Pazifik meinten, nahm der Anspruch, eine bessere Version der europäischen Kultur zu sein, die Form des Kolumbus-Mythos an. „Columbia University“ und der „District of Columbia“ erinnern ebenso daran wie die „Columbian World Exposition“, die Weltausstellung, zu der die Regierung der USA 1892, 400 Jahre nach der Landung von Kolumbus, einlud.

Den Westen als geopolitisches Konzept und ideologische Einheit erzeugten die USA paradox gesprochen erst, indem sie ihm im Ersten Weltkrieg beitraten und ihn zugleich anführten. Damit begann

der lange, laut Kimmage bis zu Kennedys Berliner Rede von 1962 reichende Einklang zwischen den führenden Universitäten und den politischen Eliten, denen das Studienprogramm „Western Civilization“ die Geschichte des Westens als ihre eigene vermittelte. Geradezu wehmütig begegnet man der ersten und zweiten Generation der Absolventen, wie George F. Kennan, Dean Acheson, John McCloy, Averell Harriman oder Lucius D. Clay. Kimmage führt aber auch durch den nachfolgenden kulturellen Umschwung, in dem Kolumbus seit den 1970er-Jahren schon einmal in Büchern vom Sockel gestoßen wurde und die westliche Kultur nur noch als System der Unterdrückung vorkam. Außerdem schildert er den weniger beachteten Anteil, den die konservative Kulturkritik an der Veränderung des intellektuellen Klimas hatte.

Während aber die ausdrückliche Berufung auf den Westen mit Präsidenten endet, die wie Roland Reagan oder George H. Bush noch zwischen den Kriegen aufgewachsen waren, bewegen sich entgegen Kimmages pessimistischem Buchtitel die Vorstellungen von internationaler liberaler Ordnung (Bill Clinton), Menschenrechts-Universalismus (George W. Bush) oder Institutionalismus (Barack Obama) deutlich auf westlichen Gleisen. Trump ist der einzige in dieser Reihe, der mit dem Begriff des Westens und seinen Denktraditionen nichts anzufangen weiß. So bleibt zu hoffen, dass nicht nur Michael Kimmage demnächst wieder in das *State Department* zurückkehrt.

¹ Ausführliche Besprechung der Publikation siehe Michael Zöllner: „Nach Kennedy ging es bergab“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Politische Bücher, 11.08.2020.

„Du bist bei Dir geblieben“

Lilo Fuchs über die Verhaftung und Haftzeit ihres Mannes

LILO FUCHS

Geboren 1953 in Jena. Nach dem Abitur studiert sie Psychologie in Jena. Hier trifft sie auf ihren Kommilitonen Jürgen Fuchs, der bereits erste Texte über die Unterdrückungsmechanismen in der DDR geschrieben hat. Als sie 1974 heiraten, sind sie längst im Visier der Stasi. Nach Fuchs' Exmatrikulation, trotz abgeschlossenen Studiums, bringt Wolf Biermann das junge Paar mit dem Auto nach Grünheide in das Gartenhaus von Katja und Robert Havemann. Nach der Verhaftung ihres Mannes im November 1976 folgen Lilo Fuchs Stasi-Bewacher auf

Schritt und Tritt. Und auch nach der Ausbürgerung geht die ständige Observierung der Familie Fuchs in West-Berlin weiter.

In der Dialogreihe, mit der diese Zeitschrift das Jubiläumsjahr von dreißig Jahren Mauerfall und Deutscher Einheit beging, ist dieses Interview das siebte und letzte. Der einstige DDR-Oppositionelle Axel Reitel befragt seine Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner – wie er ebenfalls politische Häftlinge – zu ihren Hafterfahrungen und den daraus



Lilo Fuchs, aufgenommen 2011. Foto: © Dirk Vogel, Altena

erwachsenen Konsequenzen. Reitel, geboren 1961 in Plauen (Vogtland), wurde 1982 von der Bundesrepublik Deutschland „freigekauft“. Heute arbeitet er als Journalist und Schriftsteller.

Am 19. November 1976, als Dein Mann verhaftet wurde, wart ihr gewissermaßen bereits auf der Flucht.

Lilo Fuchs: Zum Zeitpunkt von Jürgens Verhaftung befanden wir uns nicht mehr in meiner Heimatstadt und Jürgens Studentenstadt Jena. Was ihm zudedacht war, hatte man ihm im Zuge seiner Exmatrikulation deutlich gemacht: „Wenn Sie nicht aufhören mit Ihrem ganzen Geschreibe und Aktivitäten, dann sind Sie reif für das Gefängnis.“ Wolf Biermann hat uns daraufhin zu Katja und Robert Havemann nach Grünheide gebracht. Das Angebot haben wir in dieser Situation angenommen.

Ihr lebtet ein reichliches Jahr auf Havemanns Grundstück, an dem von Wolf Biermann besungenen Möllensee. Wie schwierig war das zwangsläufig so zurückgezogene Leben?

Lilo Fuchs: Unser regulärer Plan war, dass wir innerhalb der DDR als Psychologen arbeiten, und Jürgen wollte schreiben. Aber das ging unter diesen Umständen nicht. Ich konnte noch nicht arbeiten, weil wir einen Säugling hatten. Jürgen hat sich sofort umgesehen und Jobs im Gemüsegroßhandel und als Postbote gefunden. Unsere Eltern unterstützten uns. Und wir konnten mietfrei wohnen.

Aber das konnte dann nicht mehr so bleiben.

Lilo Fuchs: Ich hatte mein Diplom. Wir waren im Bereich Sozialpsychologie und

auch Klinische Psychologie gut ausgebildet. Durch Unterstützung der evangelischen Kirche konnte Jürgen in einem Kinderheim in Grünheide und ich später in den Samariteranstalten Fürstenwalde arbeiten.

Nach der Ausbürgerung Biermanns spitzte sich die Lage auch für die Havemanns zu.

Lilo Fuchs: Wir erfuhren, dass mehrere Autoren aus dem DDR-Schriftstellerverband ausgeschlossen worden waren; zahlreiche Menschen erfuhren Repressalien, beruflich und privat. In dieser Situation erreichte uns die Nachricht, dass sich in West-Berlin ein „Schutzkomitee Freiheit und Sozialismus“ gebildet hatte. Dort kamen namhafte Schriftsteller, Gewerkschafter, Rechtsanwälte und Theologen aus Westeuropa zusammen. Sie verfolgten das Geschehen in der DDR und stellten Öffentlichkeit her. Wo die Bedrängnis besonders groß war, leisteten sie auch materielle Hilfe. Die Solidarität unserer Familien und Freunde und das Wissen von einem „Schutzkomitee“ hat uns damals ermutigt, durchzuhalten.

Es erschien die Petition gegen die Ausbürgerung von einigen namhaften DDR-Autoren.

Soweit ich mich erinnere, hatten wir danach noch zwei Tage lang den Telefonanschluss. Darüber standen wir in Kontakt zu unseren Freunden und haben den Text der Petition weitergegeben – nach Jena und in andere Städte. Dann wurde der Anschluss abgeklemmt. Durch Radio und Fernsehen konnten wir die Geschehnisse weiter verfolgen.

Dabei war das nur der Anfang des Erdbebens, das die DDR erschütterte.

Lilo Fuchs: Ja, telefonisch ging zwar nichts mehr, aber Katja und Robert Havemann hatten Kontakt zu Freunden im Westteil Berlins und kannten Journalisten aus dem Westen, die in Ostberlin akkreditiert waren. Sie haben mitgeholfen, dass Informationen über neue Verhaftungen sofort weitergeleitet worden sind. Das waren natürlich die Dinge, die die Staatssicherheit massiv geärgert haben. Ihre Methode, den Menschen im Verborgenen Druck und Angst zu machen, war somit durchkreuzt.

Dann kam es zur Verhaftung, aber an Havemann hat man sich nicht herangetraut ...

Lilo Fuchs: Robert Havemann und seine Familie wurden über viele Jahre isoliert und unter geheimdienstliche Kontrolle gestellt. Er gehörte zum Kreis der Verfolgten des Naziregimes und hatte mit Erich Honecker im Gefängnis gesessen.

Seine Bekanntheit im Westen gab etwas Schutz. Der junge, unbekannt Autor Jürgen Fuchs kam in Haft. Robert und Jürgen fuhren damals in Havemanns Auto Richtung Ostberlin. Dort wollten sie mit einigen Journalisten über die aktuelle Situation sprechen. Man hat sie losfahren lassen, aber es war die Entscheidung gefallen, sie an einer bestimmten Stelle zu stoppen und Jürgen rauszuholen.

Alle sollten in Angst versetzt werden.

Lilo Fuchs: Alle, die sich gegenseitig stärkten.

Am nächsten Tag habe ich über ein Nachbartelefon die Familie von Jürgen, meine Eltern und meine Schwester

Scheinwerfer

Die mich anfallen
Bis sie vorüber sind
Und mich blaß sehen
Und geblendet

Verstehe ich gut
In ihrer Wut

Denn ich leuchte
Zwar matt
Aber sie durchleuchten mich nicht

Und ich nehme ihnen die Sicht
Ein wenig:

Nicht unsichtbar
Nicht zu übersehen
Mit mir müssen sie rechnen

Jürgen Fuchs

Zuerst in:
Neue Lyrik – Neue Namen, 1974



V. l. n. r.: Gerulf Pannach, Christian Kunert, Wolf Biermann und Jürgen Fuchs in West-Berlin, 30. August 1977.
Foto: © AP Images | Johanna Guschlbauer

informiert. Sie hatten von der Verhaftung schon über den West-Rundfunk gehört.

Ein Volkspolizist teilte mir mit, man habe meinen Mann in Haft genommen, „weil er Taten gegen die DDR begangen hat“. Für nähere Informationen solle ich die Sprechstunde des zuständigen Staatsanwaltes am Dienstag nutzen.

Wie bist Du mit dem Schock umgegangen?

Lilo Fuchs: Ich war damals Anfang zwanzig. Als die Verhaftung geschah, standen sofort die Fragen: Was bedeutet das jetzt? Werden sie eine Hausdurchsuchung in Grünheide machen? Was wird mit den Kindern?

Wusste Robert Havemann, was auf Jürgen zukommt?

Lilo Fuchs: Er war in seinem Leben in vergleichbaren Situationen, er kannte Verhöre und Haft. Jürgen hat oft mit ihm über diese Dinge gesprochen.

Zwei Tage nach Jürgen wurden auch die Leipziger Liedermacher Christian Kunert und Gerulf Pannach auf dem Alexanderplatz verhaftet.

Am selben Abend wurde dann die gesamte Straße, die zum Havemann-Grundstück führte, polizeilich abgesperrt und das Eingangstor mit zwei Polizisten dauerbewacht. Zu uns konnten nur noch nahe Angehörige und der Ortspfarrer kommen. Westliche Presse wurde abgewiesen. Wenn wir das Grundstück verließen, hatte jeder zwei bis drei Bewacher, die überallhin folgten. Während der Arbeit in Fürstental standen ein oder zwei Fahrzeuge an den Eingängen und warteten, bis ich nach acht Stunden Dienstschluss hatte.

Du hast Jürgen dann besuchen können ...

Lilo Fuchs: Bei allen Besuchen – in der Stasi-Zentrale, Magdalenenstraße – saß Jürgens Hauptvernehmer am Schreibtisch. Kurz wurde ich eingewiesen, was alles zu beachten wäre: zwanzig Minuten Gesprächszeit. Nur Persönliches, Familiäres besprechen. Bei Zuwiderhandlung Besuchsverbot. Keine Berührungen.

Dann wurde Jürgen hereingeführt, und zwei weitere Stasi-Vernehmer nahmen auch im Raum Platz.

Es gab viele Möglichkeiten des Quälens. Jürgen hat sie später in den „Vernehmungsprotokollen“ und im Roman „Magdalena“ beschrieben: in eine schlechte Zelle stecken, Verweigerung von medizinischer Hilfe, Befürchtungen, Essen und Getränke könnten schädigende Zusätze enthalten.

Lilo Fuchs: Jürgen hatte die Vermutung, dass er radioaktiv verstrahlt worden sein könnte. Zwar wissen wir es nach wie vor nicht, aber wir wissen, dass sowohl die Stasi als auch zahlreiche andere Geheimdienste radioaktive Substanzen eingesetzt haben.

Ab einem bestimmten Zeitpunkt der Vernehmungen hat Jürgen beschlossen, zu schweigen. Über Monate sprach er nicht mehr. Das habe ich, als ich ihn besuchte, nicht gewusst. Das schafft eine psychische Veränderung im Menschen; er ist da sehr weit gegangen und hat dann – um nicht verrückt zu werden – in dem Sinne umgeschwenkt, dass er seine Gedanken und Ansichten ihnen „diktierte“. Das hat Jürgen in West-Berlin unter dem Titel „Vernehmungsprotokolle“ aufgeschrieben.

Ähnliches habe ich während der Haft auch gemacht: Ich habe ihnen gegenüber Reportage-Ideen referiert – über Umweltzerstörung, über Wahrnehmungen und Gedanken Jugendlicher in der DDR.

Lilo Fuchs: Eben. Du bist bei Dir geblieben – wie auch Jürgen und viele andere. Du konntest sie damit in dieser ausgelieferten Situation vielleicht etwas auf Abstand bringen. Jürgen merkte auch, dass er den Zustand des Schweigens nicht länger durchhalten kann.

Noch während seiner Untersuchungshaft veröffentlichte der Rowohlt Verlag Jürgens „Gedächtnisprotokolle, mit Liedern von Gerulf Pannach und Christian Kunert und einem Vorwort von Wolf Biermann“, und CBS brachte das geschmuggelte Tonband „Für uns, die wir noch hoffen“. War das ein Schritt, um in den Westen zu gelangen?

Lilo Fuchs: Jürgen und ich wollten eigentlich nicht in den Westen, die Entscheidung wurde von staatlicher Seite getroffen. Kunert, Pannach und Jürgen wurden durch Anwalt Wolfgang Vogel mit der Frage konfrontiert: „Entweder Sie bekommen einen Prozess mit einer Verurteilung zu zehn bis zwölf Jahren Haft oder Sie stimmen einer sofortigen Haftentlassung nach West-Berlin mit Aberkennung der DDR-Staatsbürgerschaft zu.“ Wir Ehefrauen wurden dann überraschend ins Anwaltsbüro bestellt. Dort informierte man uns über die „Alternative“, und Herr Vogel fuhr uns direkt in die Magdalenenstraße: „Dort können Sie Ihre Ehemänner sprechen.“

In dieser Situation entschieden sich alle drei Häftlinge für den Weg nach West-Berlin. Sie empfanden die U-Haft als lebensbedrohlich.

Mit der Ausreise war es nicht vorüber. Jürgen galt den Herrschenden in der DDR als einer der größten „Staatsfeinde“. Vom Stasi-Stützpunkt „Rheinland“ – Kolonnenstraße, in West-Berlin! – bleibt ihr unter ständiger Beobachtung. Auch ein Bombenanschlag auf euch wurde dort erwogen.

Lilo Fuchs: Von diesen Hintergründen haben wir im Detail erst nach Jürgens Tod erfahren. Es geschah ab und zu – besonders in Phasen, in denen eine Veröffentlichung bekannt wurde. Uns fielen dann auf der Straße bestimmte Fahrzeuge, meist Planwagen, auf, die dort lange parkten. In den Akten waren bestimmte Fotos der Vorderansicht des Hauses zu sehen. 1986 explodierte eine Autobombe vor dem Haus – eine unserer Töchter wäre mit einer Freundin fast getroffen worden; Bremschläuche an Jürgens Auto wurden manipuliert.

Was waren die Gründe für die anhaltende Verfolgung?

Lilo Fuchs: Im „Spiegel“ stand einmal, dass Jürgen Fuchs von 1977 bis zum Mauerfall die wohl wichtigste Verbindung der DDR-Opposition zur westlichen Öffentlichkeit gewesen sei. Er war ein internatio-

naler Netzwerker, auch nach Osteuropa. Und er hielt Kontakt zu Menschen wie Manès Sperber und Ralph Giordano.

Ihr habt in West-Berlin auch eure Arbeit als Psychologen fortgesetzt.

Lilo Fuchs: Ja, von 1977 bis 1980 haben wir von Arbeitslosengeld sparsam gelebt. Jürgen schrieb über seine Haftzeit, 1978 erschien der Text „Vernehmungsprotokolle“ bei Rowohlt.

Unser Psychologie-Studium wurde in West-Berlin anerkannt. Nach 1980 fanden wir Arbeit in einer psychosozialen Beratungsstelle.

Der Fall der Mauer und demnächst dreißig Jahre Einheit liegen hinter uns. Wie ist Dein Blick auf diese Entwicklung?

Lilo Fuchs: Was soll ich sagen? Wenn ich heute die Bilder aus Belarus sehe, erinnert mich das an unser eigenes Erleben. Der Gegenimpuls, wenn man merkt, dass gelogen, betrogen und gedroht wird, ist dort lebendig, wird aber massiv unterdrückt. Das Ganze, was uns so aufgeregt hat, ist dort nicht zu Ende. Und gleichzeitig stehen wir jetzt gemeinsam vor größten Herausforderungen. Die Klimaveränderungen zeigen sich immer deutlicher, ein Virus überschreitet alle Grenzen.

Das Gespräch führte Axel Reitel am 19. August in Berlin-Charlottenburg.

Armee der Einheit

Jörg Schönbohm und die Auflösung der Nationalen Volksarmee der DDR

SÖNKE NEITZEL

Geboren 1968 in Hamburg, seit 2015 Inhaber des Lehrstuhls für Militärgeschichte / Kulturgeschichte der Gewalt, Historisches Institut, Universität Potsdam.

Die Jahre 1989/90 markieren den größten Einschnitt in der Geschichte der Bundeswehr. Die sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen veränderten sich in den folgenden Jahren rasant, aber dies war zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung noch nicht abzusehen.

Die dringendste Frage war zunächst, was mit der Nationalen Volksarmee (NVA) geschehen sollte. In der Wendezeit hatte der erste zivile DDR-Verteidigungsminister Rainer Eppelmann die Vorstellung, dass beide deutsche Armeen weiterexistieren könnten. Doch in Bonn ist diese Position nie ernsthaft ventiliert worden. Als die DDR verschwand, hatte auch ihre Armee keine Existenzberechtigung mehr.

Am 3. Oktober 1990 waren von den einstmals 170.000 Männern und Frauen in NVA-Uniform nach Entlassung der Wehrpflichtigen sowie dem Ausscheiden

der Generäle und anderer hoher Kader noch 51.000 Berufs- und Zeitsoldaten übrig. Zumindest ein Teil von ihnen sollte dauerhaft in die Bundeswehr übernommen werden, um eine gesamtdeutsche Armee der Einheit zu bilden. Man brauchte sie auch dringend, um das Waffen- und Gerätearsenal der NVA Schritt für Schritt abzubauen und es nicht in unbefugte Hände fallen zu lassen. Es gab weit über eine Million Handwaffen von Armee- und Parteiorganisationen, die eingesammelt und bewacht werden mussten. Zudem waren 5.000 Kettenfahrzeuge, über 70.000 Radfahrzeuge, 2.700 Geschütze und vor allem 220.000 Tonnen Munition zu entsorgen, zu verkaufen oder weiter zu nutzen.

Während die NVA schrittweise aufgelöst wurde, galt es, nach und nach neue Bundeswehrverbände auf dem Territorium der fünf neuen Länder zu bilden und so die westdeutsche Wehrorganisation auf den Osten auszudehnen. Niemand konnte voraussagen, ob sich die ehemaligen NVA-Soldaten, die am 3. Oktober 1990 vorläufig in die Bundeswehr übernommen wurden, dabei loyal verhalten würden. Mancher rechnete mit Chaos, Meutereien, sogar mit Anschlägen.

„WIR KOMMEN ALS DEUTSCHE ZU DEUTSCHEN“

Die Verantwortung für diese Herkulesaufgabe übernahm der Befehlshaber des neuen Bundeswehrkommandos Ost, der im vergangenen Jahr verstorbene Jörg Schönbohm. Der damals 53-jährige General hatte eine Bilderbuchkarriere durchlaufen und war seit Anfang der 1980er-Jahre vor allem in politischen Verwendungen tätig

gewesen: zuerst als Adjutant von Verteidigungsminister Manfred Wörner, zuletzt als Leiter des Planungsstabes im Verteidigungsministerium. In dieser Funktion war er mit allen politischen Hintergründen zur brisanten Frage der NVA-Auflösung vertraut. Er war zudem ein erfahrener Truppenführer, galt als unabhängiger und durchsetzungsstarker Kopf. Zudem: Schönbohm war 1937 südöstlich von Berlin in Neu Golm geboren und mit seiner Familie 1945 in den Westen geflohen. Die neue Aufgabe war für ihn auch eine Rückkehr in seine märkische Heimat.

Der Zusammenbruch der sozialistischen Ordnung hatte viele ratlose Menschen hinterlassen, und keiner wusste so recht, wie es weitergehen sollte. Auch Schönbohm musste sich erst ein Bild von der Lage verschaffen, und viele Grundsatzzentscheidungen wurden nicht von ihm, sondern vom Verteidigungsministerium getroffen. So konnte er den verunsicherten ehemaligen NVA-Soldaten anfangs auch nicht sagen, wer in die Bundeswehr übernommen werden konnte. Aber er reiste viel durch das Land, besuchte zahllose Standorte, sprach mit Kommandeuren sowie mit den Soldaten, um sich ein eigenes Bild zu machen. Immer wieder gab er die Losung aus, dass die Bundeswehr nicht als Sieger oder Eroberer komme. „Wir kommen als Deutsche zu Deutschen“,¹ und es gehe darum, eine Armee der Einheit aufzubauen, in der West- und Ostdeutsche mit gleichen Rechten und Pflichten dienten.

Jörg Schönbohm war ein Mann der klaren Worte, er warb um Vertrauen und darum, gemeinsam einen Beitrag zur Einigung des Landes zu leisten. Schönbohm machte aber auch klar, dass die Bundeswehr eine andere Armee ist, als es die NVA

gewesen war. Er nannte die DDR-Diktatur beim Namen und verdeutlichte, dass nun das Recht des Individuums im Mittelpunkt stand, nicht mehr das Kollektiv und die SED-Ideologie. Nur wer sich der neuen Rechtsordnung verschrieb und mit der Vergangenheit brach, konnte einen Platz in der Bundeswehr einnehmen.

ARMEE NICHT GLEICH ARMEE

Die Probleme, vor denen er stand, waren enorm: Die Unterkünfte waren marode, Kommunikationsleitungen in den Westen kaum vorhanden. Die im Osten eingezogenen Wehrpflichtigen mussten zunächst im Westen ausgebildet und dann an die Standorte in den neuen Ländern versetzt werden. Dort schoben viele von ihnen langweilige Wachdienste, um die riesigen Waffen- und Munitionsdepots, die Materiallager und Fahrzeughallen zu sichern. Anfangs gab es kaum Gefechtsausbildung, weil die neuen Waffen fehlten. Die Motivation war gering, und Wehrdienstleistende hatten kein Vertrauen in die ehemaligen NVA-Vorgesetzten. Das seien „alte Stalinisten, die früher SED-hörig waren und jetzt vor Selbstmitleid zerfließen“,² hieß es. Schönbohm hielt solche Urteile für übertrieben und würdigte das redliche Bemühen, sich den neuen Rahmenbedingungen anzupassen. Aber ihm war klar, dass der Aufbau Zeit brauchte. Viele Verbände hatten lediglich neue Bataillionskommandeure und zwei bis drei neue Offiziere und Feldwebel aus dem Westen erhalten. Die Kompaniechefs und Zugführer kamen alle aus der NVA. Es war ein Zusammenprall der Kulturen, und die wechselseitige Fremdheit war offensicht-

lich. Wie in einem Brennglas zeigte sich, dass Armee nicht gleich Armee war, dass die innere Logik der deutschen Streitkräfte in Ost und West vollkommen unterschiedlich gewesen war: Die aus dem Grundgesetz abgeleiteten Vorschriften, die Leitideen der Inneren Führung und des Staatsbürgers in Uniform, waren im Osten unbekannt. Anfangs fehlte auch das Personal, um den dringend notwendigen Unterricht über die neuen Rechtsvorschriften abzuhalten.

Die Vermittlung der Inneren Führung blieb in der chaotischen Situation zu Beginn der 1990er-Jahre Stückwerk. Die Bewältigung des täglichen Dienstes war dringender. Im Vordergrund stand die militärische Ausbildung der Mannschaften. Wie die ehemaligen Wehrmachtssoldaten in den 1950er-Jahren waren auch die ehemaligen NVA-Offiziere unsicher, was konkret unter Innerer Führung zu verstehen war. Die zweiwöchigen Schnellkurse konnten nicht mehr als ein Anfang sein. Problematisch war auch, dass es ein Unteroffizierkorps, wie man es im Westen kannte, in der NVA nicht gegeben hatte. Daher fehlte es auf der mittleren Ebene an Führungsverantwortung, Einstellung und Ausbildung. Die Bundeswehr unternahm gleichwohl große Anstrengungen, die NVA-Offiziere und -Unteroffiziere mit den neuen Realitäten vertraut zu machen. Tausende absolvierten ein Praktikum bei einem Truppenteil im Westen, um in die Führungsaufgaben und Verwaltungsabläufe eingewiesen zu werden. Mehr als 3.000 durchliefen an den Schulen der Bundeswehr Ergänzungslehrgänge. Zudem sorgte Schönbohm dafür, dass Patenverbände aus dem Westen die Einheiten im Osten betreuten und unbürokratische Aufbauhilfe leisteten.

In den ereignisreichen Monaten hatte es sich immer wieder als hilfreich erwiesen, dass Schönbohm das „Ohr“ von Verteidigungsminister Gerhard Stoltenberg hatte und in Bonn auf die besondere Lage in den neuen Ländern hinweisen konnte. So verschaffte er sich mehr Zeit bei der Auflösung der NVA, erwirkte, dass die Bundesregierung mehr Geld in die Sanierung der maroden Kasernen investierte und die soziale Absicherung der Soldaten in den Vordergrund stellte.

WECHSEL IN DIE POLITIK

Mitte 1991 waren die Abwicklung der NVA und der Aufbau neuer Bundeswehrstrukturen weitgehend abgeschlossen. Das Bundeswehrkommando Ost konnte aufgelöst werden, und die Teilstreitkräfte übernahmen die Führung der neu aufgestellten Verbände in der ehemaligen DDR. Jörg Schönbohm hatte seine Aufgabe erfüllt: Von den am 3. Oktober 1990 verbliebenen 51.000 Berufs- und Zeitsoldaten der NVA bewarben sich 25.000 für den weiteren Dienst in der Bundeswehr. Bis Mitte 1991 wurden 18.000 Soldaten für zunächst zwei Jahre übernommen. Außerdem taten 2.000 Soldaten aus dem Westen Dienst in den Neuen Ländern, hinzu kamen rund 20.000 Wehrpflichtige. Weitere 30.000 ostdeutsche Wehrpflichtige dienten mittlerweile in den alten Bundesländern. Die Armee der Einheit war zumindest in den Strukturen in kurzer Zeit

Realität geworden. Allen war jedoch bewusst, dass es bis zur Verwirklichung der Einheit im Denken und Handeln noch ein weiter Weg war.

Jörg Schönbohm begleitete die weitere Entwicklung zunächst noch in seinem neuen Amt als Inspekteur des Heeres und schlug dann eine bemerkenswerte politische Karriere ein: Ab 1992 war er als beamteter Staatssekretär im Verteidigungsministerium für Sicherheitspolitik, Planung und Rüstung verantwortlich. Er war erst der zweite General, der in dieses verantwortungsvolle politische Amt berufen wurde. Und Schönbohm war der einzige hohe Militär, der schließlich ganz in die Politik wechselte. 1996 holte Eberhard Diepgen den geschichtsbewussten Streiter für einen aufgeklärten Konservatismus als Innensenator nach Berlin. 1999 ging er schließlich in die Brandenburger Landespolitik, amtierte dort bis 2009 als Innenminister, bis 2007 auch als stellvertretender Ministerpräsident und Landesvorsitzender der CDU.

Die Wiedervereinigung bot Jörg Schönbohm die Möglichkeit zu dieser außergewöhnlichen militärischen und politischen Karriere. Nach seinem Tod im Februar 2019 wurde er zu Recht als eine der herausragenden Persönlichkeiten der Bundeswehr und der CDU geehrt.

¹ Jörg Schönbohm: Zwei Armeen und ein Vaterland. Das Ende der Nationalen Volksarmee, Berlin 1992, S. 61.

² Beauftragter Erziehung und Ausbildung des Generalinspektors: Chronik 1970–2006, Berlin 2006, S. 127.

Karussell der Preise

Literatur als Wettbewerb und der Wettstreit in der Literatur

MICHAEL BRAUN

Geboren 1964 in Simmerath, Leiter Literatur der Konrad-Adenauer-Stiftung und außerplanmäßiger Professor für Neuere Deutsche Literatur und ihre Didaktik, Universität zu Köln.

„Vielfalt macht nun mal Arbeit.“ So machte am 9. März 2020 die *Süddeutsche Zeitung* ihr Frühjahrs-Literatur Spezial auf. Ausgangspunkt war der Vorwurf, die Literatur sei zu wenig divers, nicht inklusiv genug, sie lasse es an Gleichberechtigung fehlen, etwa in der Genderfrage. Noch 2018 waren den Statistiken der Initiative

„Frauen zählen“ und des Innsbrucker Zeitungsarchivs zufolge zwei Drittel aller besprochenen Bücher von männlichen Autoren, drei Viertel der Rezensenten waren Männer. Literatur für alle, für bestimmte Gruppen, für viele oder für wenige, Literatur als Wettbewerb und der Wettstreit in der Literatur: Das berührt Fragen, die in der ersten Genieperiode der deutschen Literatur um 1770 mobilisiert, dann in der Nachkriegszeit gründlich revidiert wurden

und heute unter den Vorzeichen der Digitalisierung problematisiert werden. Für wen schreibt der Autor, wie können sich seine Werke im Aufmerksamkeitswettbewerb der Kultur durchsetzen? Wie viel Wettstreit verträgt der Literaturbetrieb überhaupt, und was passiert, wenn in Ausnahmezeiten die Rollen von den Bühnen der Präsenzkultur in die sozialen Medien und Streamingdienste übertragen werden?

Was die Schriftsteller selbst vom Wettkampf halten, haben sie, wie kann es anders sein, in ihren Werken festgehalten. Goethes *Faust*-Drama, das mit dem wohl weltberühmtesten Wettkampf der Literatur startet, beleuchtet einen historischen Wendepunkt des Wettstreitdenkens. Mephisto als verharmlöster Theaterteufel wettet mit einem ziemlich weltfremden Gott um die Seele eines Menschen, des Doktor Faust. Es ist von Anfang an klar, wer die Wette verliert; gewonnen werden kann der Teufel nur mehr für die Kunst, in der fortan die Debatten um Gut und Böse, Schönes und Nicht-mehr-Schönes, Edles und Gemeines ausgefochten werden.

WETTKÄMPFE IN DER LITERATUR

Die beliebteste Form des Wettkampfes in der Literatur ist – neben dem Pakt, der Freunde entzweien und ungleiche Paare vereinen kann, wie in Thomas Hürlimanns politischen Novellen – das Duell. Heinrich von Kleist ist nicht nur ein Experte für Wettkämpfe, er hat auch die Duellerzählung maßgeblich modernisiert. Seine Novelle *Der Zweikampf*, 1811 erschienen, veranschaulicht den Weg vom Gottesurteil zum menschlich-allzumenschlichen Zweikampf in einer spätmittelalterlichen Rittergeschichte. Dass die Wahrheit im Ritual eines Gottesurteils gefunden werden kann, wird stark bezweifelt. Es kommt auf die menschliche Vernunft an. Nicht wie die Antagonisten sein sollen, darum geht es, sondern vielmehr darum, wie sie sind und warum sie so handeln, wie sie handeln.

Kleists „Melancholie des Moralisten“ (Günter Blumberger) erweist sich auch in dem 1808 gedruckten Drama *Penthesilea*, dessen Wortgewalt Michael Thalheimer für das Berliner Ensemble 2017 inszeniert hat. Die Zweikämpfe wandern in die Sprache, in Botenberichte und Mauerschau, man kann sie nicht sehen, aber umso deutlicher hören. Das feindliche und zugleich verliebte Paar ist auf einer schrägen Bühne als Pietà zu sehen, traurig hält die Amazonenkönigin Penthesilea den toten Griechenhelden Achill im Arm. Aber auch Penthesilea lässt Kleist am Ende sterben, durch Freitod. Diesen letzten Ausweg hält das Duell bei Thomas Mann bereit, in seinem Roman *Der Zauberberg* (1924). Im Schnee von Davos duellieren sich der jüdische Moralist Lodovico Settembrini und der jesuitische Fundamentalist Leo Naphta. Settembrini sagt: „Ich werde nicht töten“, und schießt in die Luft; Naphta schießt sich danach aus Wut in den Kopf.

Demgegenüber sind die Wettkämpfe in der Gegenwartsliteratur zaghafter geworden. Manchmal rivalisieren die Figuren um Geld, das, wenn es sprechen kann wie in Ernst-Wilhelm Händlers Wirtschaftsromanen, die Menschen in Besitzstand und Prekariat zu teilen vermag; manchmal laufen die Figuren gegen die Zeit um die Wette, wie in Hürlimanns Romanen; manchmal kämpfen sie um Macht und symbolisches Kapital wie in den Milieuromanen von Petra Morsbach. Aber sie ringen nicht mehr um Leben und Tod im persönlichen Duell. Und wenn es dann doch einmal dazu kommt, dass ebenbürtige Widersacher aufeinandertreffen, wie in Daniel Kehlmanns Bestseller *Die Vermessung der Welt* (2005), dann werden sie unweigerlich zu ziemlich besten Freunden wie Carl Friedrich Gauß und Alexander von Humboldt; Gauß verwechselt bei der ersten Begegnung dessen Bruder mit ihm und weiß sich bei der zweiten darin mit ihm einig, dass Künstler viel „zu leicht ihre Aufgabe“ vergäßen: nämlich „das Vorzeigen dessen, was sei“.

LITERATUR ALS WETTKAMPF

Mag der Wettkampf also weitgehend aus der Literatur verschwunden sein, so bleibt er doch ein Element, das den Literaturbetrieb konstituiert. Auch das hat eine Geschichte. Schon Schiller und Goethe arbeiteten an einem Programm der nationalen Kultur, unterschiedlich in ihren Ansätzen: Schiller von oben durch ästhetische Erziehung, Goethe von unten durch gesellige Bildung, jedoch verbunden im Ziel, den literarischen Geschmack zu verbessern und das geistige Niveau der Zeitgenossen zu heben. Das breite Publikum, das sie dergestalt in ihrer Zeitschrift *Die Horen* anzusprechen suchten, war allerdings noch nicht ganz so weit. Einerseits hatte sich zwar im Zeitraum zwischen 1750 und 1800 die Anzahl lesender Menschen verdoppelt; um 1800 konnte jeder Vierte lesen. Andererseits waren die beliebten Lektüren nicht gerade die Werke der Klassiker, sondern Scharteken, Räuber- und Gespensergeschichten.

Walter Benjamin hat in seinem Hörspiel *Was die Deutschen lasen, während ihre Klassiker schrieben* (1932) diesen Zwiespalt zwischen hoher und trivialer Literatur, bevor ihn die Postmoderne einebnete, aufs Korn genommen. Er zielt auf die Frage, wie es denn kommt, dass ein künstlerisches Werk in der Moderne populär wird. Popularität hatte, so Benjamin, in der Aufklärung noch einen volksbildnerischen Zweck; viel gelesen wurde, was vielen zur Weiterbildung diente. In der technischen Moderne aber würden die Medien diese Aufgabe übernehmen und die Öffentlichkeit zum Wissen mobilisieren – und nicht das Wissen in die Öffentlichkeit bringen. Je mehr die Medien das Interesse der Öffentlichkeit entfachen, desto mehr wird der Gegenstand diesem Interesse, dem er dient, angepasst und manchmal auch übergeordnet. Wie man es bewertet, wenn auf diese Weise im Wettbewerb um die wirkungsvollste

Kunst mediale Partizipation und politische Repräsentation zusammenfallen, ist eine offene Frage auf der kulturpolitischen Agenda.

Der Wettkampfcharakter des heutigen Literaturbetriebs wird deutlich in Bücherpreisen, Bestseller- und Bestenlisten (was bekanntlich nicht dasselbe ist), in Poetry-Slams, *open mikes* (Nachwuchswettbewerbe für junge Literatur) oder Literaturwettbewerben wie dem in Klagenfurt. Dieser Betrieb hat im deutschsprachigen Kulturraum ein Alleinstellungsmerkmal: Nirgends werden so viele Literaturpreise vergeben wie in Deutschland, Österreich und der Schweiz, nirgends gibt es eine so breit und so stark ausgebaute Kulturförderung wie in Deutschland. Kulturpreise haben ein hohes symbolisches und wirtschaftliches Kapital. Geber und Empfänger ehren sich gegenseitig durch den rituellen Gabentausch von Lob und Dank, Preis-Urkunde und Dotations-Scheck nicht zu vergessen; hinzu kommt die publizistische Wirkung. Wie gut oder wie weniger gut der Wettbewerb um die Preise ist, der einem Karussell ähnelt, auf dem es für neue Autoren schwer ist, mitzufahren, darüber lässt sich trefflich streiten. Die einen wenden ein, dass man durch zu viele Auszeichnungen das Mittelmaß fördere und dass der „Vorlesezirkus“ (Daniel Kehlmann) einen produktiven Schriftsteller in fünfzig Schreibjahren etwa drei Romane kosten würde. Die anderen betonen, dass es gar nicht genug Förderung geben könne, damit ein diverses und plurales Kulturleben in einem Staat, der ihm nicht mehr, aber auch nicht weniger als den Rahmen gibt, überhaupt funktioniert.

ERFINDUNG DES LITERATURBETRIEBS

Es war die „Gruppe 47“, die den Wettkampf in die Literaturszene einführte. Dies geschah in Form der Direktkritik von Lesungen und in Nominierungen für den Preis der Gruppe. Die „Gruppe 47“ war historisch konkurrenzlos und ist bis heute ohne Nachfolger. Sie war Bühne, Marktplatz und Richtstätte der Nachkriegsliteratur. Hans Magnus Enzensberger hat sie 1962 als eine hauptstadtlose Clique „zur Verhinderung literarischen Unfugs“ bezeichnet. Er war der Avantgardist der Gruppe, allen Debatten stets um eine Nasenlänge voraus. Früh hatte er begriffen, dass man die Wettkämpfe nicht zu gewinnen braucht, wenn man sie rechtzeitig anzettelt, sich dann zurückzieht und die Medien, in denen sie ausgetragen werden, scharf beobachtet. So pflückte Enzensberger 1956 die „skeptische Allwissenheit“ des *Spiegel* auseinander – mit der Folge, dass er wenig später zum Hausautor des Magazins ernannt wurde. Als er 1968 den „Tod der Literatur“ verkündete, hielt ihn das nicht davon ab, selbst neue Gedichte zu schreiben. Und seine Schelte der Adenauer-Restauration widerrief er 1988 ausdrücklich mit einem Lob der „buntscheckigen“ Gesellschaft, die aus den Gründerjahrzehnten der Bundesrepublik hervorgegangen sei.

Die Kritiker der „Gruppe 47“ waren Weichensteller im Kulturbetrieb, Walter Jens, Joachim Kaiser, Hans Mayer und – später – Marcel Reich-Ranicki. Sie nahmen einen Einfluss auf die Literatur, der manchem, auch Politikern, zu machthaberisch erschien, groß genug jedenfalls, um den literarischen Mainstream zu lenken und vermeintliche Nebenströmungen auszugrenzen, beispielsweise die experimentelle Literatur und die Dichter jüdischer Herkunft. Ein immer wieder zitiertes Exempel dafür ist Paul Celan. Der 1920 in Czernowitz (Bukowina) geborene Dichter las 1952, als die Gruppe in Niendorf an der Ostsee tagte, die *Todesfuge*. Dieses Gedicht sollte sein berühmtestes und bekanntestes werden, kein deutsches Gedicht war folgenreicher im 20. Jahrhundert – der Celan-Biograph John Felstiner nennt es das „*Guernica* der europäischen Nachkriegsliteratur“. Die *Todesfuge* hat den Schulkanon bestimmt, sie ist kontrovers interpretiert, von anderen Dichtern aufgenommen, von bildenden Künstlern gestaltet, vielfach vertont und übersetzt worden und hat es sogar in den Deutschen Bundestag geschafft, 1988, als es die Holocaustüberlebende Ida Ehre zum Gedenken der Pogromnacht von 1938 vortrug. Doch als Celan in Niendorf sein Gedicht vorlas, wurde dieser Ruf aus „jüdischer Einsamkeit“, wie Thomas Sparr in seiner Biographie des Gedichts (2020) schreibt, krass missverstanden. Der Leiter der Gruppe, Hans Werner Richter, rügte, Celan habe ja gelesen „wie Goebbels“, und sprach im gleichen Atemzug vom „Singsang [...] wie in der Synagoge“. So geriet das Gedicht selbst, das ja die Muttersprache mit der Sprache der Mörder konfrontierte, die Täter mit ihren Opfern, die Lebenden mit den Toten, ins Kreuzfeuer. Die Debatte, wenn es denn eine solche gab bei der Tagung, von der Celan vorzeitig abreiste, war ein Ersatzgefecht, Nachkriegsschauplatz für eine schweigende Generation. Ein Wettstreit fand nicht statt. Wohl aber konnte Celan dank der „Gruppe 47“ Kontakte knüpfen, die ihm den Weg zu deutschen Verlagen, zuvörderst der Deutschen Verlags-Anstalt in Stuttgart, bahnten. Ein Opfer des Literaturbetriebs wurde er durch die „Gruppe 47“ nicht.

CELANS „FLASCHENPOST“

Celan ist heute, in seinem doppelten Gedenkjahr (er lebte von 1920 bis 1970), bekannter denn je. Merkwürdigerweise steht dem nicht entgegen, dass seine Literatur oft als schwer verständlich gilt. Celan hat selbst zugestanden, dass seine Gedichte „dunkel zur Welt“ kommen. Sie behelligen unsere Zeit auf eine eigenartige Weise, und ihre Botschaft, die Celan als „Flaschenpost“ verstanden wissen wollte, geht uns alle an, ob wir sie lesen wollen oder nicht. „Wir stehen umschlungen im Fenster, sie sehen uns zu von der Straße./[...] / Es ist Zeit [...],/ daß der Unrast ein Herz schlägt“, heißt es in einem frühen Gedicht. Es stammt aus dem Frühjahr 1948, als Celan auf dem Weg von Bukarest nach Paris in Wien strandete, zu Fuß, auf Schleichpfaden, als

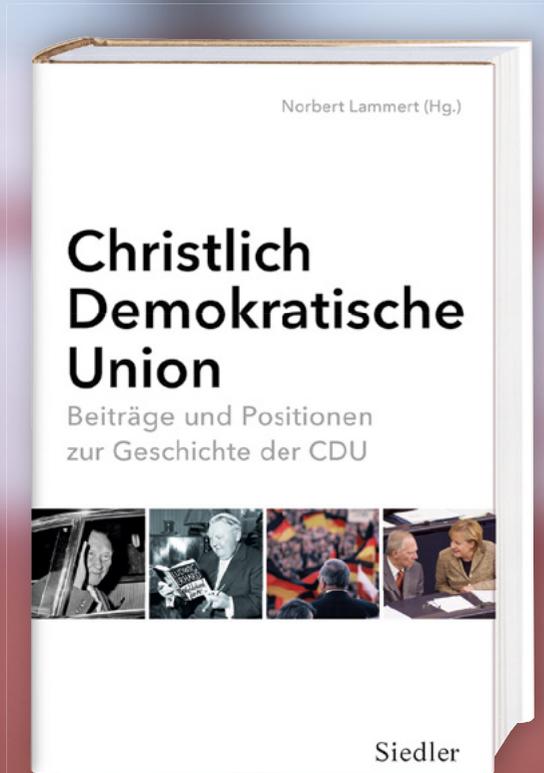
Flüchtling. Dort verliebte er sich in die sechs Jahre jüngere Ingeborg Bachmann, die in Wien Philosophie studierte.

Der Unrast schlug ein Herz in den Wiener Wochen für das junge Liebespaar. Die Stadt war noch zerstört und in vier Sektoren geteilt, indes der Volkssprater gerade wiedereröffnet war. Beide hatten gerade, vom Surrealismus beeinflusst, literarisch debütiert, in Zeitschriften: Celan mit der *Todesfuge*, Bachmann mit der Erzählung *Die Fähre*.

„AKUT“ DES GEGENWÄRTIGEN

Celans Verse von der „Unrast“, der ein „Herz schlagen“ soll, geben Lichtblicke in eine Notstandsgesellschaft, die für ein Miteinander im Ausnahmezustand unbedingt auch der Perspektive des jeweils anderen bedarf. Das bedeutet, wenn man es weiterdenkt, Solidarität in Freiheit zu praktizieren, sofern diese eingeschränkt ist, und auf Vernunft mit Herz zu setzen, auf „geteiltes Wissen und Mitwirkung“, wie es die deutsche Bundeskanzlerin am 18. März 2020 gesagt hat. „Es ist Zeit“, so endet dieses Gedicht „Corona“ von Celan, das in seinem Band *Mohn und Gedächtnis* (1952) unmittelbar vor der *Todesfuge* steht. Es ist ein Solidaritätsgedicht für unsere Zeit, ein Gedicht, das einen Akut setzt: ein Lesezeichen fortdauernder Gegenwärtigkeit, ein Gedicht, dem es nicht darauf ankommt, zu siegen, sondern zu überdauern.

Der Appell zum Überdauern gehört zum Erbe des Wettstreitdenkens. Wenn es weder möglich noch nötig ist, etwas wettzumachen, weil der Einsatz zu hoch oder das Pfand unsichtbar ist, dann ist die Literatur da, um davon zu erzählen, wie man in leichteren Zeiten lebt und in schweren weiterlebt, nicht als Placebo mit schönen Worten, sondern als Erinnerung daran, dass Freiheit und Menschenwürde im Gesetz als unantastbar gelten, weil sie tatsächlich immer wieder bedroht sind. Im Jahr bevor Celans Gedicht *Corona* erschien, publizierte Albert Camus den Roman *Die Pest* (1947). Er hat an Aktualität in den letzten Monaten gewonnen. Ausklingen lässt ihn Camus, der 1957 für sein publizistisches Gesamtwerk mit dem Nobelpreis ausgezeichnet wurde, mit vorsichtiger Hoffnung. Sein Erzähler, ein Arzt, der Schicksalsgläubigkeit durch „Sehnsucht nach Wiedervereinigung“ und „Frieden“ ersetzt, will uns schildern, „was man aus den Heimsuchungen lernen kann“. Und das ist nicht, wie man gewinnt und was man verlieren kann, sondern „daß es an den Menschen mehr zu bewundern als zu verachten gilt“.



Hardcover mit Schutzumschlag, 840 Seiten mit zahlreichen farbigen Abbildungen, 30,00 € ISBN: 978-3-8275-0138-7

75 Jahre CDU

Bilanz einer Erfolgsgeschichte

Nach der Kapitulation Deutschlands 1945 reichten sich Katholiken und Protestanten die Hände und gründeten die Christlich Demokratische Union. Sie ist die erfolgreichste Partei in der bundesdeutschen Geschichte. Mehr als fünfzig Jahre stellt sie schon den Kanzler oder die Kanzlerin. In ihren Essays widmen sich bekannte Autorinnen und Autoren dieser großen Volkspartei von ganz unterschiedlichen Standpunkten aus. So geht es um die historische Rolle der CDU ebenso wie um ihr Führungspersonal, ihren Umgang mit NS-Zeit und SED-Herrschaft oder ihre Weltanschauung und nicht zuletzt um die Überwindung der deutschen Teilung und die Integration Europas. Deutlich wird: Die CDU will gestalten, heute und in Zukunft.

PUBLIKATIONEN

In der Studie *Deepfakes. Eine Bedrohung für Politik und Gesellschaft* untersuchen Hany Farid und Hans-Jakob Schindler, welche Risiken von technisch manipulierten Videos ausgehen, die in Desinformationskampagnen in den sozialen Medien eingesetzt werden. Wie können Internetnutzer ein Deepfake-Video erkennen und welche Rahmenbedingungen kann die Politik setzen? Dem gehen die Autoren in der im Juni 2020 erschienenen Publikation nach.

Den Sammelband *Christlich Demokratische Union. Beiträge und Positionen zur Geschichte der CDU* hat die Konrad-Adenauer-Stiftung anlässlich des 75. Gründungsjubiläums der CDU vorgelegt. Er ist im Juli 2020 im Siedler Verlag erschienen. Unter der Herausgeberschaft des Stiftungsvorsitzenden Norbert Lammert setzen sich namhafte Vertreterinnen und Vertreter der Geschichts- und Sozialwissenschaft sowie aus der Politik mit verschiedenen Aspekten der Parteigeschichte auseinander. Am 27. August 2020 fand die Buchvorstellung in Berlin statt – unter anderem mit der Parteivorsitzenden von Bündnis 90/Die Grünen und Mitglied des Deutschen Bundestages Annalena Baerbock sowie der Publizistin und Journalistin Mariam Lau, Frank Bösch, Professor für die Geschichte des 20. Jahrhunderts an der Universität Potsdam und Direktor des Leibniz-Zentrums für Zeithistorische Forschung (ZZF), und Norbert Lammert.

Der *Partner-Atlas für die deutsche Außenpolitik*, der im August 2020 erschienen ist, ist ein Nachschlagewerk, bei dem der Fokus auf potenziellen Partner-Ländern jenseits der NATO und der Europäischen Union liegt. Der Atlas soll die Debatte um Deutschlands Partner und Interessen strukturieren und es politischen Entscheidungsträgern ermöglichen, sich schnell in unterschiedlichen Themenfeldern und Weltregionen zurechtzufinden (www.partner-atlas.com).

Die Studie *Aufstieg durch Einstieg* von Timm Bönke, Astrid Pape, Hannah Penz, Maximilian Priem und Simon Voss erschien im August 2020 und analysiert Erwerbslosenbiographien seit 2005. Sie kommt zu dem Ergebnis: Das Aufstiegsversprechen unseres Sozialstaates erfüllt sich. Jegliche Form von Beschäftigung – auch wenn diese mit einem Bezug von Sozialleistungen verbunden ist – verbessert die Chancen ehemaliger Leistungsbezieher, sich am Arbeitsmarkt zu etablieren.

PERSONALIA

Tomislav Delinic übernahm am 1. September 2020 die Leitung des Länderprojekts Tschechien.

Ab Oktober 2020 wird Matthias Barner für das Länderprojekt Vereinigtes Königreich und Irland zuständig sein; Johannes Rey wird das Büro in Kasachstan leiten, und Stefan Samse übernimmt das regionale Rechtsstaatsprogramm Asien in Singapur.

Die nächste Ausgabe erscheint im November 2020 zum Thema

Sicherheit

Nationale und internationale Gefährdungen

Mit Beiträgen unter anderen von Gerhard Conrad, Klaus F. Gärditz, Annegret Kramp-Karrenbauer und Sarah Kirchberger.

IMPRESSUM

Nr. 564, September/Oktober 2020, 65. Jahrgang, ISSN 0032-3446

DIE POLITISCHE MEINUNG



Herausgegeben für die Konrad-Adenauer-Stiftung von Norbert Lammert und Bernhard Vogel

Begründet 1956 von Otto Lenz und Erich Peter Neumann

Redaktion Bernd Löhmann (Chefredakteur) Ralf Thomas Baus (Redakteur) Cornelia Wurm (Redaktionsassistentin)

Geschäftsführung Konstantin Otto

Anschrift Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin Klingelhöferstraße 23, 10785 Berlin Telefonnummer: (0 22 41) 2 46 25 92 ralf.baus@kas.de cornelia.wurm@kas.de www.politische-meinung.de

Redaktionsbeirat Stefan Friedrich, Ulrike Hospes, Matthias Oppermann, Matthias Schäfer

Verlag und Anzeigenverwaltung Druck- und Verlagshaus Fromm GmbH & Co. KG Postfach 19 48, 49009 Osnabrück Telefonnummer: (05 41) 31 03 81 E.Cilker@fromm-os.de

Herstellung Druck- und Verlagshaus Fromm GmbH & Co. KG Breiter Gang 10–16, 49074 Osnabrück

Konzeption und Gestaltung Stan Hema GmbH Agentur für Markenentwicklung, Berlin www.stanhema.com

Bezugsbedingungen Die Politische Meinung erscheint sechsmal im Jahr. Der Bezugspreis für sechs Hefte beträgt 50,00 € zzgl. Porto. Einzelheft 9,00 €. Schüler und Studenten erhalten einen Sonderrabatt (25 Prozent). Die Bezugsdauer verlängert sich jeweils um ein Jahr, sofern das Abonnement nicht bis zum 15. November eines Jahres schriftlich abbestellt wird. Bestellungen über den Verlag oder durch den Buchhandel.

Das Copyright für die Beiträge liegt bei der Politischen Meinung. Nicht in allen Fällen konnten die Inhaber der Bildrechte ermittelt werden. Noch bestehende Ansprüche werden ggf. nachträglich abgegolten. Die Zeitschrift wird mitfinanziert durch Zuwendungen der Bundesrepublik Deutschland.





GLASNOST 2020?

Schon vor den Präsidentschaftswahlen ließ Alexander Lukaschenko im Staatsfernsehen zeigen, wie Sicherheitskräfte die Auflösung von Demonstrationen trainieren. Es hat die Proteste gegen das umstrittene offizielle Ergebnis der Wahl vom 9. August nicht verhindert. Seitdem gingen Tausende Menschen immer wieder auf die Straßen. Die Übungen wurden bestürzende Realität – mit ausufernder Staatsgewalt und willkürlichen Verhaftungen.

Gegen alle Vorsicht erstreiten sich die Belarussen Wege aus der gelenkten und pervertierten Öffentlichkeit einer Diktatur. Wird die internationale Öffentlichkeit das Land im Blick behalten, wenn die Berichterstattung dort mehr und mehr unterdrückt wird?

Die Aufnahme zeigt Demonstranten vor einer Polizeiabsperrung in Minsk, 30. August 2020.

Foto: © picture alliance / ASSOCIATED PRESS / Uncredited



NORTHEASTERN HUSKIES NORTHEASTERN HUSKIES NORTHEASTERN HUSKIES

NORTHEASTERN HUSKIES NORTHEASTERN HUSKIES NORTHEASTERN HUSKIES

1 7

6 2

5

UMASS LOWELL

UMASS LOWELL

UMASS LOWELL

UMASS LOWELL

UMASS LOWELL